

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Pazifik-Initiative gestartet

Im Dezember 2025 wurde die *“Pacific Ocean Initiative – Sustainable Protection and Management of Coastal and Marine Ecosystems for Community Resilience”* (Pazifik-Initiative - nachhaltiger Schutz und Management von Küsten- und Meeresökosystemen für die Widerstandsfähigkeit der Gemeinden) gestartet. Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt des Sekretariats des Pazifischen Regionalen Umweltprogramms (SPREP) und der staatlichen französischen Entwicklungshilfeagentur *Agence Française de Développement* (AFD).

Die *Pazifischer-Ozean-Initiative* (kurz: Pazifik-Initiative) wird mit acht Millionen Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren von der AFD gefördert und ist ein regionales Programm zum Schutz der biologischen Vielfalt an Küsten und im Meer, zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme und zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung in den pazifischen Inselstaaten.

Die Initiative bringt das regionale Umweltschutzprogramm SPREP und die Pazifische Gemeinschaft (SPC) zusammen, um Aktivitäten mit pazifischen Regierungen, wissenschaftlichen und technischen Partnern sowie Nichtregierungsorganisationen zu koordinieren, gemeinsame Herausforderungen im Zusammenhang mit den Ozeanen anzugehen und die Ernährungssicherheit und wirtschaftliche Sicherheit der pazifischen Gemeinschaften zu fördern.

Sie kommt 18 pazifischen Inselstaaten und -territorien zugute, darunter Fidschi, Kiribati, die Marshall-Inseln, die Salomonen, Samoa, Tonga, Vanuatu, Timor-Leste, Neukaledonien, Französisch-Polynesien sowie Wallis und Futuna.

Die Leiterin der AFD in Fidschi, Frau Elodie Vitalis, betonte die Bedeutung der vom Pazifikraum geleiteten Initiative. *„Der Schutz des Pazifischen Ozeans bedeutet, das schlagende Herz dieser Region zu bewahren. Gemeinsam mit SPREP und SPC bündeln wir unsere Kräfte, um lebenswichtige Ökosysteme wiederherzustellen, die Gemeinschaften zu unterstützen, deren Lebensgrundlage vom Ozean abhängt, und die Fähigkeit der pazifischen Inselstaaten zu stärken, den Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen“*, sagte sie zur Eröffnung der Initiative Ende des letzten Jahres.

Hintergrund: Die Pazifik-Initiative steht im Einklang mit der Strategie „Blue Pacific 2050“, die eine nachhaltige und resiliente Entwicklung in der gesamten Region sicherstellen soll. Die Initiative konzentriert sich auf die Stärkung regionaler und lokaler Fachkenntnisse für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Meeres- und Küstenressourcen durch drei Komponenten:

1. Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit und der nationalen Kapazitäten,
2. Unterstützung der gemeinsamen Bewirtschaftung der Küstenressourcen auf Gemeindeebene sowie
3. Projektmanagement, Überwachung und Bewertung. (*Pacific Business Review* 16.12.25, *Islands Business* 18.12.25)

ADB und Pacific Islands Forum unterzeichnen Partnerschaftsabkommen zur Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit

Der Präsident der *Asian Development Bank* (ADB), Masato Kanda, und der Generalsekretär des Pacific Islands Forum, Baron Waqa, haben in Suva (Fidschi) Ende Februar ein Partnerschaftsabkommen zur Vertiefung der Zusammenarbeit und zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit und Integration im gesamten Pazifikraum unterzeichnet.

„Die abgelegenen und geografisch verstreuten Inseln des Pazifiks können von der regionalen Zusammenarbeit und Integration enorm profitieren“, sagte Kanda. *„Die Stärke des Pazifiks liegt in seiner Einheit. Wenn wir zusammenstehen, können wir gemeinsame Ziele – vom Schutz der gemeinsamen Meeresressourcen bis zum Aufbau wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit – weitaus effektiver erreichen, als es jedes Land allein könnte. Diese Vereinbarung ist unsere Grundlage, um größer zu denken und schneller voranzukommen.“*

Waqa sagte, die Partnerschaft stärke die von den Pazifikstaaten geleiteten Ansätze für Entwicklung und Klimaschutz.

Das neue Abkommen formalisiert die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit des *Pacific Islands Forum* und der ADB in den Bereichen wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Widerstandsfähigkeit der Gemeinden, Katastrophenvorsorge und „blue economy“.

(*Pacific Business Review* 24.02.26, <https://www.adb.org/news/adb-pacific-islands-forum-agree-accelerate-regional-cooperation>)

Pazifische Bauernverbände ernennen erste Vorsitzende

Die „*Pacific Farmers Organizations*“ (PFO, Zusammenschluss der pazifischen Bauernverbände) haben erstmals eine Frau zu ihrer ersten Vorsitzenden gewählt: Aileen Burness ist die dritte Person und die erste Frau im Amt seit Gründung der PFO vor 12 Jahren.

Burness übernimmt das Amt von Minoru Nishi, der seit der Gründung des PFO-Vorstands Mitglied war. Die gebürtige Fidschianerin hat sich durch ihr jahrzehntelanges Engagement in der Landwirtschaft, insbesondere in der Blumenzucht und in der Gründung von „*South Sea Orchids*“, pazifikweit einen sehr guten Ruf erworben. Sie sieht sich in der Nachfolge ihres verstorbenen Mannes Don Burness, der maßgeblich zur Stärkung von Bauernorganisationen und zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung in mehreren Pazifikstaaten beigetragen hatte.

Info: Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2026 zum „Internationalen Jahr der Bäuerinnen“ erklärt. (*Fiji One News* 15.01.26, <https://www.fijitimes.com.fj/floriculture-for-women/>)

Mikroplastik in Fischen verdeutlicht Dringlichkeit eines Plastikabkommens

Eine neue Studie hat ergeben, dass in einem Drittel der Fischarten in den Küstengewässern der pazifischen Inselstaaten und -territorien Mikroplastik gefunden wurde, wobei die höchste Konzentration an Plastikverschmutzung in Fischen rund um Fidschi festgestellt wurde.

Riff- und Bodenfresser sind besonders gefährdet, was die Risiken für die lokale Ernährungssicherheit verdeutlicht und die Dringlichkeit eines globalen Plastikabkommens unterstreicht.

Die Ergebnisse der Studie, die von einem Forscherteam unter der Leitung von Jasha Dehm von der *University of the South Pacific* am 28. Januar 2026 im Wissenschaftsmagazin „*PLOS One*“ veröffentlicht wurden, kommen gerade rechtzeitig, da die internationalen Verhandlungen über ein globales Plastikabkommen in diesem Jahr wieder aufgenommen werden sollen.

Bisher gab es nur wenige empirische Daten zur Mikroplastikbelastung in pazifischen Fischen. Um diese Lücke zu schließen, untersuchte das Forschungsteam 878 Küstenfische aus 138 Arten, die von Fischergemeinden in Fidschi, Tonga, Tuvalu und Vanuatu gefangen wurden, unter Verwendung veröffentlichter Aufzeichnungen der *Global Information Biodiversity Facility*. In allen vier Ländern enthielt etwa ein Drittel der Fische mindestens einen Mikroplastikpartikel, wobei die Belastungswerte zwischen den Inseln stark variierten.

Unter den untersuchten Standorten stach Fidschi besonders hervor. Fast 75 % der hier untersuchten Fische enthielten Mikroplastik – weit über dem globalen Durchschnitt von 49 %. Im Gegensatz dazu wiesen nur 5 % der in Vanuatu untersuchten Fische Anzeichen einer Kontamination mit Plastik auf.

Zwei Arten – der Daumenabdruck-Kaiserfisch (*Lethrinus harak*) und der Strich-Punkt-Ziegenfisch (*Parupeneus barberinus*) –

waren in den Fängen aller vier pazifischen Länder vertreten. Beide wiesen in Fidschi deutlich höhere Kontaminationsraten auf, was darauf hindeutet, dass eher lokale Belastungen als die artspezifische Biologie allein die Exposition beeinflussen.

Hintergrund: Die Verschmutzung durch Mikroplastik ist ein globales Problem, aber die pazifischen Inselstaaten sind davon besonders betroffen. Die rasante Urbanisierung, die zunehmende Bebauung der Küstengebiete und die begrenzten Abfall- und Abwasserentsorgungssysteme auf den Inseln haben dazu geführt, dass immer mehr Plastikmüll in die Küstengewässer gelangt. Diese Gewässer sind jedoch für die Ernährungssicherheit, den Lebensunterhalt und die kulturellen Praktiken in Ozeanien von großer Bedeutung, da viele Gemeinden in hohem Maße von lokal gefangenen Fisch als Hauptproteinquelle abhängig sind.

(<https://oceanographicmagazine.com/news/pacific-fisheries-microplastics-expose-urgency-of-plastics-treaty/> 04.02.26, <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0339852>)

Hunderte neuer Arten von Zerstörung durch Tiefseebergbau bedroht

Eine fünfjährige Forschungsstudie zu den Auswirkungen des Tiefseebergbaus auf dem Meeresboden ergab, dass die Anzahl und Vielfalt der Tiere in der Tiefsee um etwa ein Drittel zurückgegangen ist.

Zu der Studie hatten sich Meeresbiolog*innen aus mehreren Ländern zusammengeschlossen. Sie verbrachten 160 Tage auf See in einer Tiefe von 4.000 Metern, um

die Auswirkungen des geplanten Tiefseebergbaus in der Clarion-Clipperton-Zone (CCZ) zu untersuchen, einem riesigen Gebiet im Pazifischen Ozean zwischen Mexiko und Hawai'i, das zunehmend für den Tiefseebergbau ins Visier genommen wird.

Die Forschungsergebnisse, die am 5. Dezember 2025 in der Zeitschrift „Nature Ecology and Evolution“ veröffentlicht wurden, zeigen, dass die Lebensräume in der Tiefsee durch die Bergbaumaschinen direkt gestört wurden, was zu einem Rückgang der Tierpopulationen um 37 Prozent und der Artenvielfalt um 32 Prozent führte.

Eher zufällig entdeckten die Wissenschaftler*innen auch rund 800 neue Arten in der Tiefsee. Die Forschenden sammelten 4.350 Tiere mit einer Größe von mehr als 0,3 mm, die im und auf dem Meeresboden in der Tiefsee lebten. Aus diesen Proben wurden 788 Arten identifiziert. Die meisten gehörten zu Gruppen wie Meeresborstenwürmern, Krebstieren und Weichtieren, darunter Schnecken und Muscheln. Das Team identifizierte jedoch auch eine neue Solitärkorallenart (siehe Folgeartikel).

„Unsere Studie wird für die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) wichtig sein, die den Mineralabbau in internationalen Gewässern reguliert“, sagte Thomas Dahlgren, Meeresbiologe an der Universität Göteborg (Schweden), der an dem Forschungsprojekt teilgenommen hatte. „Ich arbeite seit über 13 Jahren in der Clarion-Clipperton-Zone, und dies ist bei weitem die größte Studie, die jemals durchgeführt wurde. Da die meisten Arten bisher noch nicht beschrieben wurden, waren

molekulare DNA-Daten für die Erforschung der Biodiversität und Ökologie am Meeresboden von entscheidender Bedeutung“, erklärte Dahlgren weiter die enorme Bedeutung der Studie. (<https://oceanographicmagazine.com/news/hundreds-of-species-discovered-and-deep-sea-mining-impact-uncovered/> 03.02.26, <https://www.nature.com/articles/s41559-025-02911-4>)

Neu entdeckte Steinkorallenart besiedelt Manganknollen

Forschende um Frau Guadalupe Bribiesca-Contreras vom *National Oceanography Centre* in Southampton (England) haben im Pazifischen Ozean eine Korallenart entdeckt, die auf Manganknollen wächst. Damit ist die *Deltocyathus zoemetallicus* getaufte Koralle die erste bekannte Steinkorallenart, die direkt auf diesen mineralreichen Gesteinsbrocken lebt.

Aufgespürt haben sie die Koralle in Sedimentproben aus dem Tiefsee-Bergbau-Lizenzgebiet der Clarion-Clipperton-Zone (CCZ) des östlichen Pazifiks zwischen Hawai'i und Mexiko. In den Proben aus Tiefen zwischen 4.115 und 4.700 Metern stießen sie auf eine zuvor unbekannte Korallenart, die nur wenige Millimeter groß ist.

Nähere Analysen zeigten, dass es sich um einen Vertreter der Steinkorallen (*Scleractinia*) handelt. Diese Blumentiere bilden harte Skelette aus Kalziumkarbonat und kommen nicht nur in flachen tropischen Riffen vor, sondern auch oft in der Tiefsee. Ab einer bestimmten Tiefe beginnt Kalziumkarbonat sich allerdings aufzulösen – wegen der Kälte, dem hohen Druck und dem hohen CO₂-Gehalt. Im Pazifik liegt diese Grenzschicht zwischen 4.000 und 4.500 Metern. Die nun entdeckte

Koralle lebt jedoch in oder sogar unterhalb dieser Grenze. Wie sie dennoch ihr Skelett bewahrt, ist noch unklar.

Deltocyathus zoemetallicus ist gut an die völlige Dunkelheit in der Tiefsee angepasst und überlebt auch ohne jegliches Sonnenlicht. Die sonderbare Koralle ernährt sich dabei von Partikeln, die im Wasser treiben, wie das Team feststellte.

Info: Die Manganknollen „wachsen“ nur wenige Millimeter pro Million Jahre. Würden sie durch den Tiefseebergbau entfernt, würde damit der Lebensraum der heute auf ihnen wachsenden Steinkorallen zerstört und auch eine zukünftige Wiederbesiedlung unmöglich gemacht. Die Forschenden plädieren daher dafür, die Tiefsee und ihre Artenvielfalt zu schützen und den Bergbau dort zu verhindern. „Der Schutz dieser Lebensräume bedeutet nicht nur, eine Koralle zu bewahren“, betonte Santodomingo. „Es geht darum, eine ganze Welt von Tiefseeleben zu erhalten, die verschwinden könnte, bevor wir überhaupt wissen, dass sie existiert.“

(<https://www.scinexx.de/news/biowissenschaften/tiefsee-koralle-waechst-auf-manganknollen/> 25.11.25)

Schulung zum Thema Radioaktivität im Pazifik

Beamt*innen aus verschiedenen Pazifikstaaten nahmen Ende letzten Jahres an der ersten Schulung zum Thema „Messung und Bewertung der Radioaktivität im Meer für pazifische Inselstaaten“ in Monaco teil.

Das einwöchige Programm, das von der Abteilung für Kernwissenschaften und -anwendungen der Internationalen Atomenergie-

Organisation (IAEO) organisiert wurde, brachte Vertretende aus Palau, den Marshall-Inseln, den Salomonen, Samoa, Vanuatu und Kiribati zusammen. Zu den Teilnehmenden gehörten auch Vertreter*innen des *Pacific Islands Climate Action Network* (PICAN) und des Sekretariats des *Pacific Islands Forum*.

Ziel der Schulung war es, die regionalen Kapazitäten zur Überwachung und Bewertung der Radioaktivität im Pazifischen Ozean zu stärken.

„Der Kurs bot eine Einführung in marine Radioaktivitätsquellen, -werte und -trends im Pazifischen Ozean und gab einen Überblick über Probenahme- und Messtechniken, Qualitätskriterien, Überwachungsstrategien und radiologische Umweltverträglichkeitsprüfungen im Zusammenhang mit der Einleitung von durch das Advanced Liquid Processing System aufbereitetem Wasser durch Japan“, erklärte die Kursleiterin Iolanda Osvath von der IAEO.

Zusätzlich zu den Vorträgen besuchten die Teilnehmenden die IAEO-Meeresforschungslabore in Monaco – dem einzigen auf Meeresforschung spezialisierten Labor innerhalb der Vereinten Nationen – und erhielten dort einen praktischen Einblick in modernste Methoden zur Bewertung der radioaktiven Auswirkungen auf die Meeresumwelt.

Das Programm umfasste auch praktische Übungen zur Probenahme, Analyse und Datenauswertung, bei denen die Teilnehmenden ihr theoretisches Wissen in realistischen Szenarien anwenden konnten. Sie diskutierten regionspezifische Herausforderungen wie die Anfälligkeit kleiner Inseln,

begrenzte Überwachungsinfrastrukturen und die Bedeutung harmonisierter Berichtsstandards in den Pazifikstaaten. (*Pacific Business Review* 16.12.25)

Leitlinien zur Umgestaltung der Behindertenstatistik im Pazifik

Frau Evelyn Wareham und Frau Taiaopo Faumuina haben am 3. November 2025 im neuseeländischen Parlament in Wellington einen Leitfaden für die Behindertenstatistik im Pazifikraum vorge stellt.

Wenn Daten zu Behinderungen oder Beeinträchtigungen fehlen, fehlen auch die Menschen, die sie repräsentieren. Ein neuer Leitfaden soll dies ändern, indem er sicherstellt, dass alle Menschen bei Volkszählungen berücksichtigt werden und zum Aufbau einer inklusiven Gesellschaft beitragen.

Die Pazifische Gruppe für Behindertenstatistik (*Pacific Group on Disability Statistics*) hat mit Unterstützung der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) und ihrer Partner einen neuen regionalen Leitfaden zu bewährten Verfahren in der Behindertenstatistik herausgebracht und damit den *Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen* und dessen Thema für 2025 „Förderung einer behindertengerechten Gesellschaft zur Förderung des sozialen Fortschritts“ gewürdigt.

Der neue „Pacific Regional Guidebook on Disability Statistics“ (Pazifischer Regionalleitfaden zur Statistik über Behinderungen) soll ein Problem angehen, das die Bemühungen zur Verwirklichung der Vision einer inklusiven Gesellschaft seit langem untergräbt:

Das Fehlen konsistenter, vergleichbarer Daten über Behinderungen.

Im gesamten Pazifikraum sind Menschen mit Behinderungen in offiziellen Statistiken oft nur unzureichend vertreten, erklärte Evelyn Wareham, stellvertretende Direktorin der Abteilung für Entwicklungsstatistik bei der SPC. Diese Unsichtbarkeit führe zu einem Mangel an Fakten für fundierte Entscheidungen, sagte sie.

„In der Regierung kann ein Mangel an Daten dazu führen, dass politische Maßnahmen auf Vermutungen statt auf Fakten beruhen, und zwar in allen Bereichen, von Bildung über Gesundheit und Beschäftigung bis hin zum sozialen Schutz. Für Bürger und Gemeinden kann dies bedeuten, dass Vorurteile und Barrieren ungehindert fortbestehen“, meinte Wareham weiter.

„Viele Länder bereiten sich auf bevorstehende Volkszählungen und Haushaltserhebungen vor, und der Leitfaden bietet einen klaren Fahrplan für die Integration von Modulen zum Thema Behinderung. Er steht auch im Einklang mit den regionalen Prioritäten im Rahmen des Strategischen Rahmens für pazifische Statistiken und den globalen Verpflichtungen, niemanden zurückzulassen“, ergänzte Taiaopo Faumuina vom samoanischen Statistikamt, Co-Vorsitzende und Gründungsmitglied der *„Pacific Group on Disability Statistics“*.

Info: Die *„Pacific Group on Disability Statistics“* ist ein Zusammenschluss nationaler Statistikämter, Organisationen von Menschen mit Behinderungen, Interessensvertretern, Entwicklungshilfe-

Agenturen und Entwicklungspartnern, der gegründet wurde, um die Qualität der Daten zu Behinderungen von Menschen in Ozeanien zu verbessern.

(<https://sdd.spc.int/news/2025/12/03/invisibility-inclusion-pacific-regional-guidebook-disability-statistics> 03.12.25)

Tagung des Aufsichtsrats

Der 18-köpfige Aufsichtsrat von „Pacific Trade Invest“ (PTI) hat am 11. Februar 2026 seine jährliche Vorstandssitzung in Auckland (Neuseeland) abgehalten und dort sein Engagement für eine starke Unternehmensführung, Rechenschaftspflicht und strategische Führung im gesamten PTI-Netzwerk bekräftigt.

Geleitet wurde die Sitzung von Baron Divavesi Waqa, dem Generalsekretär des *Pacific Islands Forum*.

„Mit Pacific Trade Invest haben die Staats- und Regierungschefs des Forums einen vertrauenswürdigen Mechanismus geschaffen, um die wirtschaftlichen Säulen der Strategie 2050 für den Blue Pacific Continent voranzubringen. PTI stärkt die regionale Zusammenarbeit, mobilisiert Investitionen und stellt sicher, dass die pazifischen Volkswirtschaften zu unseren eigenen Bedingungen und im Einklang mit unseren gemeinsamen Entwicklungsprioritäten an den globalen Märkten teilnehmen“, erklärte Waqa.

Info: Die „Pacific Trade Invest (PTI)“ ist die führende Handels-, Investitions- und Tourismusförderungsagentur der Pazifikregion. Sie arbeitet daran, die wirtschaftliche Entwicklung der Pazifikinseln zu stärken, indem sie regionale pazifische Unternehmen beim Zugang zu internationalen Märkten unterstützt.

Pacific Trade Invest unterhält Büros in Australien, China, Europa und Neuseeland sowie ein Partnerbüro in Japan. (*Pacific Business Review* 11.02.26, <https://pacifictradeinvest.com/about-us/what-we-do/>)

Termin und Ort stehen fest

Das 55. Treffen der Staats- und Regierungschefs des *Pacific Islands Forum* (PIF) findet vom 30. August bis 4. September 2026 in Palau unter dem Motto „B.E.L.A.U – Building Economies: Life. Action. Unity.“ (Wirtschaft aufbauen: Leben. Handeln. Einheit.) statt. „Belau“ ist der alte Name für den unabhängigen mikronesischen Inselstaat Palau.

Als wichtigen Meilenstein in den Vorbereitungen unterzeichnete der Präsident von Palau, Surangel Whipps Jr., am 23. Februar 2026 die Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding*) über die Ausrichtung des Treffens mit dem PIF-Generalsekretär, Baron Divavesi Waqa (Nauru).

Die Unterzeichnung formalisiert die Rolle Palaus als Gastgeber und spiegelt das gemeinsame Engagement der Region für den „Blue Pacific Continent“ wider. (*Facebook Meldung* 23.02.26)

Neue ADB-Regionaldirektorin für den Pazifik

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) hat Frau Azusa Sato zur Regionaldirektorin ihres Regionalbüros für den Pazifikraum mit Sitz in Suva (Fidschi) ernannt. Sie soll die sieben ADB-Büros auf den Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Niue, Samoa, Tonga und Tuvalu leiten.

Sato wird die Zusammenarbeit mit den pazifischen Mitgliedsländern und Partnern leiten und die Umsetzung der Länderpartnerschaftsstrategie der ADB für Fidschi sowie die laufenden Arbeiten unter der Leitung des Pazifik-Ansatzes der ADB für andere Länder beaufsichtigen. Außerdem wird sie an der Entwicklung des neuen Pazifik-Ansatzes 2026 – 2030 der ADB mitwirken.

Info: Sato kam 2016 als Gesundheitsspezialistin für die Abteilung Südostasien zur ADB. Im Jahr 2019 wechselte sie als Spezialistin für den sozialen Sektor zur ADB-Vertretung in Indonesien und wurde 2021 zur Senior-Expertin für den sozialen Sektor befördert. Sie ist britische Staatsbürgerin und hat einen Dokortitel in Gesundheitspolitik sowie einen Master-Abschluss in Bevölkerung und Entwicklung von der *London School of Economics*. Außerdem hat sie einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften von der Universität Cambridge.

(*Pacific Business Review* 12.01.26, <https://www.adb.org/news/adb-appoints-azusa-sato-regional-director-its-pacific-subregional-office>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Partnerschaftsdialog mit der Europäischen Union

Vertretende der Europäischen Union (EU) und Papua-Neuguineas (PNG) haben am 12. Februar in Brüssel (Belgien) ihren ersten „Partnerschaftsdialog“ gemäß Artikel 3 des neuen Partnerschaftsabkommens (das sogenannte

„Samoa-Abkommen“) zwischen der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten und der EU durchgeführt.

Der letzte Dialog zwischen der EU und PNG hatte im Februar 2023 im Rahmen des damaligen Cotonou-Abkommens stattgefunden.

Die Teilnehmenden des Dialogs bekräftigten ihr Engagement für die Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit. Gemeinsam wolle man sich den Herausforderungen dieser Zeit, wie etwa den Klimawandelfolgen, der regionalen Sicherheit und wirtschaftlichen Unsicherheiten, stellen. Bei dem Treffen ging es auch um die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sowie um Maßnahmen, wie Papua-Neuguinea mehr „grüne“ Technologie einsetzen kann.

Im Bereich Handel tauschten sich die EU und Papua-Neuguinea über den aktuellen Stand des vorläufigen Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (iEPA) zwischen der EU und mehreren Pazifikstaaten aus und wiesen auf die Vorteile hin, die dieses Abkommen für beide Seiten mit sich bringt.

Den gemeinsamen Vorsitz des Partnerschaftsdialogs führten Erik Kurzweil, Generaldirektor für Asien und den Pazifikraum im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), und Elias Rahuomo Wohengu, der Außenminister von Papua-Neuguinea. (PNG Business News 16.02.26)

Eines der korruptesten Länder weltweit

Transparency International Papua-Neuguinea (TIPNG) hat Mitte Februar seinen jährlichen

Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) 2025 veröffentlicht, in dem Papua-Neuguinea auf Platz 26 von 100 rangiert – ein Rückgang um vier Ränge gegenüber dem Vorjahresergebnis. Damit gehört der melanesische Inselstaat knapp zwei Jahre vor den nächsten Parlamentswahlen 2027 zu den 30 korruptesten Ländern der Welt.

Der CPI bewertet 182 Länder anhand des wahrgenommenen Ausmaßes der Korruption im öffentlichen Sektor auf einer Skala von null (= hohes Maß an Korruption) bis 100, was sehr saubere Regierungssysteme widerspiegelt. Er misst Bestechung, Missbrauch öffentlicher Gelder, Vetternwirtschaft und die Stärke von Antikorruptionsgesetzen, einschließlich des Schutzes von Whistleblowern und Journalist*innen.

Politikberater Yuambari Haihuie von TIPNG sagte, dass die aktuelle Bewertung von PNG 17 Punkte unter dem globalen Durchschnitt von 42 und 19 Punkte unter dem regionalen Durchschnitt von 45 für den gesamten asiatisch-pazifischen Raum liegt. *„Das sind besorgniserregende Zahlen, da sie zeigen, dass wir zurückfallen“*, sagte Haihuie. *„Der Trend zeigt die Veränderung des CPI-Wertes vor einem Wahljahr, und dieser Trend kann Aufschluss darüber geben, was wir für 2027 erwarten können. Der Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratie ist offensichtlich“*, meinte er.

Haihuie skizzierte mehrere Maßnahmen, die seiner Meinung nach Priorität haben müssen, darunter eine angemessene Finanzierung der Wahlkommission, regelmäßige Sitzungen des interministeriellen Wahlausschusses, die Umsetzung der Empfehlungen aus

dem Bericht des Sonderparlamentarsausschusses zur Parlamentswahl 2022 und eine koordinierte Planung zwischen den Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung von Wahlkorruption.

(<https://news.pngfacts.com/2026/02/png-among-worlds-most-corrupt-nations.html> 12.02.26)

Abkommen zur Visa-Befreiung

Am Rande des Weltgipfels der Regierungen (*World Governments Summit*) vom 3. Bis 5. Februar 2026 in Dubai haben der neuguineische Premierminister James Marape und eine Vertreterin der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Vereinbarung über die gegenseitige Befreiung der Einreisevisumpflicht zwischen Papua-Neuguinea und den VAE unterzeichnet.

Premier Marape bezeichnete das Abkommen als einen wichtigen Schritt zur Stärkung der bilateralen Beziehungen und zur Schaffung neuer Wege für Tourismus, Handel, Investitionen und den Austausch zwischen den Menschen beider Staaten.

„Dies ist keine einseitige Vereinbarung. Sie ist ausgewogen und spiegelt das gegenseitige Vertrauen zwischen unseren Nationen wider. Papua-Neuguinea ist bereit, Besucher aus den Vereinigten Arabischen Emiraten willkommen zu heißen, egal ob es sich um Touristen, Geschäftsleute, Investoren oder Beamte handelt“, sagte Marape.

Premierminister Marape hob auch die strategische Bedeutung der VAE als globaler Luftfahrt-, Logistik- und Finanzknotenpunkt hervor und stellte Chancen in den Bereichen Handelserleichterungen, Investitionsförderung,

Agrarexporte, Fischerei, Energie und nachgelagerte Verarbeitung vor.

„Dubai ist ein Tor zur Welt. Die Stärkung unserer Beziehungen zu den VAE versetzt Papua-Neuguinea in die Lage, besser mit den Märkten im Nahen Osten, in Europa, Afrika und Asien in Kontakt zu treten“, ergänzte er.

Info: Im Rahmen des Abkommens können Bürger*innen Papua-Neuguineas, die im Besitz eines gültigen Diplomaten-, Dienst- oder gewöhnlichen Reisepasses sind, ohne vorheriges Visum in die VAE einreisen und genießen eine visumsfreie Einreise oder ein Visum bei Ankunft für bis zu 30 Tage. Im Gegenzug können Inhaber*innen aller Kategorien von VAE-Reisepässen unter den gleichen Bedingungen nach Papua-Neuguinea einreisen, mit Visum bei Ankunft für bis zu 30 Tage. (PNG Business News 09.02.26)

Vereinbarung über Förderung der Galipnuss-Industrie

Vertreter des *Forest Research Institute* (FRI) und des Projekts *Markets for Village Farmers* (MVF) haben bereits im letzten Jahr ein „*Memorandum of Agreement*“ (MoA) unterzeichnet, um die Beteiligung an der Entwicklung der aufstrebenden Galipnuss-Industrie in Papua-Neuguinea zu fördern.

In seiner Rede bei der Zeremonie räumte Professor Philip Siaguru vom FRI ein, dass der Galipnuss-Sektor zwar noch klein sei, aber kontinuierlich wächst. Er betonte die Notwendigkeit, den Galipbaum zu kommerzialisieren, zu domestizieren und nachhaltig wieder anzupflanzen, um die

langfristige Rentabilität dieses Agrarzweigs sicherzustellen.

MVF-Projektmanager Joe Koima erklärte: „Das Projekt zielt auf die Wertschöpfungskette für Frischprodukte und Galip-Nüsse ab. Es fördert und unterstützt Begünstigte, darunter Landwirte und Sammler von Frischprodukten und Galip-Nüssen sowie Käufer, indem es strategische Investitionen in Landwirtschaft und Wirtschaft tätigt, um Produktion, Transport und Vermarktung zu verbessern.“ Er erklärte weiter, dass die Nüsse in erster Linie von Männern und Frauen in den Wäldern gesammelt und nicht eigens angebaut werden.

Das MoA stellt einen wichtigen Schritt zur Entwicklung der Galipnuss-Industrie dar und zielt darauf ab, nachhaltige Lebensgrundlagen für lokale Gemeinden zu schaffen und gleichzeitig das Wachstum des Agrarsektors in Papua-Neuguinea zu unterstützen.

Info: Die Galipnuss (*Canarium indicum*), auch (Indischer) Kanaribaum, Javamandel, Kanarinuss oder Kanarinussbaum genannt, ist eine Pflanzenart aus der Gattung *Canarium* innerhalb der Familie der Balsambaumgewächse (Burseraceae). Sie liefert die essbare Galipnuss. Die Samen (Mandeln, Nüsse, Kerne) werden roh verzehrt oder leicht geröstet. Sie können ganz oder gemahlen als Zutat in Süßspeisen, Saucen oder Snacks verwendet werden. Aus den Samen kann ein Öl gepresst werden, das überwiegend aus Ölsäure und Linolsäure besteht.

Der jährliche Ertrag eines Baumes liegt, je nach Alter und Standort, bei vielen Kilogramm essbarer Samen. Junge Triebe und Sprossen werden in einigen Regionen

ebenfalls gegessen. (NBC 30.09.25, <https://pflanzenkompendium.de/Detailled/79337.html>)

Wiederaufnahme des Misima-Goldprojekts geplant

Der lokale Bergbaukonzern *Ok Tedi Mining Limited* hat einen Fünfjahresplan zur Wiederaufnahme des Misima-Goldprojekts vorgestellt, nachdem es dieses im Mai 2025 von *Kingston Resources* erworben hatte. Das Unternehmen beabsichtigt, innerhalb der zweijährigen Laufzeit der Explorationskonzession mit dem Bau der Mine zu beginnen.

Der Plan sieht vor, bereits vor Produktionsbeginn in die Infrastruktur der Gemeinden zu investieren, damit die Anwohner*innen davon profitieren können.

„Der Bau von Straßen, die Strom- und Wasserversorgung sowie die Unterstützung von Schulen und Krankenhäusern werden frühzeitig beginnen. Diese Verbesserungen kommen den Gemeinden schon lange vor der Inbetriebnahme der Mine zugute“, sagte Jesse Pile, General Manager für soziale Leistung und Nachhaltigkeit bei *Ok Tedi*, bei einer Gemeindeversammlung. Diese erste Versammlung markierte den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Gesprächsrunden mit den Interessensgruppen während der drei Phasen des Projekts: detaillierte Machbarkeit und Genehmigungen, Bau und Produktion.

Ok Tedi will detaillierte Erkundungen in den drei Gruben Umuna, Ewatinona und Kulumalia durchführen, um die Bergbaupläne und Anlagenentwürfe zu optimieren. Außerdem werden grundlegende Umwelt- und Sozialstudien

durchgeführt. Das Unternehmen geht davon aus, dass es bis Mitte 2027 die erforderlichen Genehmigungen von der Naturschutz- und Umweltschutzbehörde (CEPA) und der *Mineral Resources Authority* erhalten wird.

Nach Erteilung der Genehmigungen werden von Mitte 2027 bis Mitte 2029 umfangreiche Infrastrukturarbeiten beginnen, um den Standort für den Vollbetrieb vorzubereiten.

Die kommerzielle Produktion soll nach der Inbetriebnahme der Anlage ab Ende 2029 beginnen und der Region erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen.

Info: Misima ist eine Insel im Louisiade-Archipel im Südosten Papua-Neuguineas. Sie gehört zur Milne Bay Province.

Die Misima-Mine auf der Insel wurde von 1989 bis 2004 vom kanadischen Bergbaukonzern *Placer Dome* betrieben. Danach folgte ein mehrjähriger Stilllegungs- und Rehabilitationsprozess. Während der Betriebszeit wurden 3,7 Mio. Unzen Gold und 18 Mio. Unzen Silber gefördert. Von 2004 bis 2010 fand die Schließungs- und Rehabilitationsphase der Mine statt, bei der folgende Maßnahmen durchgeführt wurden: Wiederbegrünung und Aufforstung, Sicherung von Abraumhalden und Wasserqualitätsmonitoring.

Die Misima-Mine gilt in PNG als Beispiel für einen vergleichsweise positiven Schließungsverlauf („positive closure outcome“).

(PNG Business News 05.01.26, <https://docslib.org/doc/10257576/economic-diversification-and-mine-closure-an-analysis-of-the-misima-mine-case>)

Ok Tedi Mining unterstützt Frauenschutzorganisation

Die lokale Bergbaugesellschaft *Ok Tedi Mining Limited* hat ihr Engagement gegen häusliche und familiäre Gewalt in Papua-Neuguinea verstärkt und unterstützt zukünftig die Nichtregierungsorganisation (NGO) „*Femili PNG*“, die sich für die Opfer häuslicher und familiärer Gewalt einsetzt.

Im Rahmen seines finanziellen Engagements für die NGO kaufte Ok Tedi lokal produzierten Kaffee von *Femili PNG* aus den westlichen Highlands und verteilte diese Packungen als Werbebeschenke an die Teilnehmenden der kürzlich von der „*PNG Chamber of Resources and Energy*“ in Sydney (Australien) veranstalteten *PNG Investment Week*. Die Teilnehmenden konnten den Kaffee dort auch kaufen. Mit den Erlösen aus dem Verkauf möchte *Femili PNG* u.a. Frauen bei der Suche nach sicheren Unterkünften unterstützen und Fallstudien zu häuslicher Gewalt in Papua-Neuguinea finanzieren.

Femili PNG begrüßte die Unterstützung und wies auf die weitreichenden Auswirkungen von Partnerschaften mit dem privaten Sektor hin. „*Wir sind dankbar für die Unterstützung von Ok Tedi, die unseren preisgekrönten Femili PNG-Kaffee durch diese Initiative bekannt macht. Diese Unterstützung trägt zur Arbeit von Femili PNG bei, familiäre und sexuelle Gewalt in Papua-Neuguinea zu beenden*“, sagte Jocelyn Condon, Geschäftsführerin von *Femili PNG Australia*. Unternehmen hätten das Geld für solche Aktionen und sie hätten dafür den preisgekrönten lokal hergestellten Kaffee, so könnten beide Seiten in dieser Partnerschaft profitieren, sagte

Condon. Häusliche Gewalt bleibe ein großes Thema in Papua-Neuguinea und die Arbeit von *Femili PNG* sei leider nötiger denn je, bedauerte die Sprecherin.

(PNG Business News 19.01.26, <https://femilipng.org/about/>, <https://insidepng.com/ok-tedi-and-femili-png-partner-to-tackle-domestic-violence/>)

New Porgera Mining startet neues Programm

Der lokale Bergbaukonzern *New Porgera Limited* hat seinen ersten nationalen Arbeitsplan vorgestellt, in dem Maßnahmen zur Ausweitung der nationalen Beteiligung, zur Entwicklung der lokalen Arbeitskräfte und zur Schaffung langfristiger Vorteile für die mit dem Porgera-Minenprojekt verbundenen Gemeinden dargelegt sind.

Das Unternehmen erklärte, der Plan stehe im Einklang mit dem *New Porgera Mining Development Contract* und dem *Porgera Project Commencement Agreement* und solle nationale Verpflichtungen in den Betrieb der Mine integrieren.

New Porgera gab an, dass bereits erste Fortschritte erzielt worden seien, darunter die Wiedereinstellung qualifizierter ehemaliger Mitarbeitender und die Einführung gezielter Programme zur Kompetenzentwicklung von Mitarbeitenden.

Derzeit machen Menschen aus der Kleinstadt Porgera 33 % der Belegschaft aus, während 55 % der Belegschaft aus der Provinz Enga kommen. Das Unternehmen erklärte, es strebe an, den Anteil der Porgeraner im Laufe der Zeit zu erhöhen und gleichzeitig den Aufstieg in höher qualifizierte und leitende Positionen zu unterstützen. Frauen machen etwa 10 %

der Belegschaft aus, wobei bereits heute Initiativen zur Erhöhung des Anteils auf 20 % bestehen.

Der jetzt vorgelegte nationale „Inhaltsplan“ (*National Content Plan*) konzentriert sich auf lokale Beschäftigung, Lieferantenentwicklung und langfristige Partnerschaften mit Gemeinden. Um die Umsetzung zu überwachen, hat *New Porgera* ein Team eingerichtet, das mit den Abteilungen für Nachhaltigkeit, Personalwesen und Lieferkette zusammenarbeitet. Diese Abteilungen unterstehen einem internen Ausschuss, der vom Generaldirektor geleitet und vom Landesdirektor unterstützt wird.

Hintergrund: New Porgera Mining bzw. *New Porgera Limited* (NPL) ist die neue Betreibergesellschaft der Porgera-Goldmine in der Provinz Enga (Papua-Neuguinea). Sie wurde im Zuge der Neuverhandlungen nach dem Ende der alten Bergbaulizenz 2020 gegründet und trat am 13. Oktober 2023 formal in Kraft. Von April 2020 bis Dezember 2023 war die Mine stillgelegt.

Die Eigentümer-Anteile sind wie folgt verteilt: 51 % halten Papua-Neuguinea-Stakeholder. Dazu gehören der Staat, der Mineralölkonzern *Kumul Minerals*, die Provinzregierung von Enga und lokale Landbesitzer.

49 % der Anteile hält *Porgera Limited*. Diese Gesellschaft gehört je zur Hälfte *Barrick Gold* und der chinesischen *Zijin Mining*, so dass beide jeweils 24,5 % der Minenanteile halten. Die Mine wird operativ weiterhin durch *Barrick Niugini Limited* (BNL) geführt – einem Joint Venture zwischen Barrick und Zijin. (*PNG Business News* 05.01.26, <http://www.porgerajv.com/>)

Umweltgenehmigungen für Frieda River-Projekt erteilt

Die staatliche „*Conservation and Environment Protection Authority* (CEPA)“ hat dem Bergbaukonzern *Frieda River Limited* nach einem strengen und umfassenden Bewertungsverfahren sechs Umweltgenehmigungen für das *Frieda River Project* erteilt.

Die Genehmigungen stellen einen Meilenstein für das Projekt dar und sind das Ergebnis eines umfangreichen Programms von Umweltstudien, der Entwicklung detaillierter Umweltmanagementpläne und eines ausführlichen Konsultationsprozesses mit Landeignern und staatlichen Interessengruppen in den betroffenen Gemeinden. So gab es etwa regelmäßige Treffen des „*Community Leaders Forum*“, an dem die sieben Landbesitzergemeinden des Frieda River Copper-Gold-Projekts teilnahmen.

Phil McCormack, der Direktor des Frieda River-Projekts, sagte, die Entscheidung der CEPA zeige das starke Engagement des Unternehmens für den Umweltschutz.

Die Genehmigungen gelten für das Kupfer-Gold-Projekt Frieda River, das Stromnetzprojekt Sepik, das Wasserkraftprojekt Frieda River, das Infrastrukturprojekt Sepik Road, den Flughafen Green River und den Seehafen Vanimo.

Alle Genehmigungen unterliegen strengen Umweltauflagen, darunter eine kontinuierliche Überwachung der Wasserqualität, um sicherzustellen, dass der Sepik-Fluss und seine Nebenflüsse gesund bleiben.

„*Frieda River Limited hat mehr als ein Jahrzehnt in umfassende Studien zu Umwelt, sozioökono-*

mischen Aspekten und kulturellem Erbe investiert, unterstützt durch eine umfassende Einbindung der Interessengruppen. Das Projekt umfasst einen Wasserkraftdamm mit einer installierten Leistung von 600 MW, der die Mine mit Strom versorgen und die Region Sepik mit sauberer, erneuerbarer Energie versorgen wird – damit gehört Frieda River zu den emissionsärmsten Bergbauprojekten weltweit“, erläuterte Phil McCormack.

Hintergrund: Das Frieda River Project ist eines der größten geplanten Bergbau- und Infrastrukturprojekte in Papua-Neuguinea. Es liegt in den Provinzen Sandaun (West Sepik) und East Sepik entlang eines Nebenflusses des Flusses Sepik. Das Herzstück des Projekts ist ein porphyrisches Kupfer-Gold-Vorkommen, insbesondere die HITEK-Lagerstätte (Horse-Ivaal-Trukai-Ekwai-Koki), eine der größten unerschlossenen Kupferressourcen-Lagerstätten der Welt. Neben der Gold- und Kupfermine im Tagebau sollen ein Staudamm gebaut und die ganze Umgebung infrastrukturell u.a. über einen Hafen, die Erweiterung eines Flughafens und Stromleitungen erschlossen werden.

Das Projekt wird von *Frieda River Limited*, einer 100 %-Tochter von *PanAust Ltd.*, gehalten. PanAust selbst gehört zur chinesischen staatlichen *Guangdong Rising Assets Management Group*.

(<https://www.friedariver.com/>, *PNG Business News* 10.12.25)

BOUGAINVILLE

Regierung lehnt chinesische Kooperation ab

Der Präsident der Autonomen Regierung von Bougainville (ABG), Ishmael Toroama, hat bestätigt, dass die ABG die vorgeschlagene Partnerschaft zwischen dem lokalen Bergbaukonzern *Bougainville Copper Limited* (BCL) und der chinesischen *CMOC Group Limited* im Zusammenhang mit dem Panguna-Minen-Projekt abgelehnt hat.

Die Entscheidung sei nach sorgfältiger Prüfung getroffen worden und spiegele die Position der ABG als Mehrheitsaktionär wider, die nach den jüngsten Aktienübertragungen durch die Regierung von Papua-Neuguinea insgesamt 72,9 % der Anteile an BCL hält.

Im Rahmen des von BCL initiierten strategischen Partnerschaftsprozesses, der Teil der Bemühungen zur Förderung der seit langem ins Stocken geratenen Sanierung der Kupfer- und Goldmine Panguna ist, wurde CMOC – ein großer chinesischer Bergbaukonzern – zunächst als potenzieller Partner angefragt. BCL hatte damit die Möglichkeit prüfen wollen, einen bedeutenden internationalen Partner zu gewinnen, um Investitionen, technisches Know-how und operative Kapazitäten für die nächste Phase der Wiedereröffnung der Mine zu bekommen.

Toroamas Regierung lehnte die Beteiligung von CMOC jetzt aber ab aus Sorge, der chinesische Konzern würde zu viele Aktienanteile an der BCL einfordern. Stattdessen wurde BCL jetzt von Toroama angewiesen, mit dem in Indien ansässigen Unternehmen *Lloyds Metals & Energy Limited*

als bevorzugtem Partner der ABG im Rahmen eines Vertragsbergbau- oder Dienstleistungspartnerchaftsmodells zusammenzuarbeiten, das weder die EL01-Lizenz von BCL noch die Beteiligung der ABG an BCL beeinträchtigen würde.

Die EL01-Lizenz, eine 2024 erteilte fünfjährige Explorationslizenz, bildet die rechtliche Grundlage für BCL, um die Vor- und Machbarkeitsstudien in Panguna voranzutreiben, einem der weltweit größten bekannten Kupfervorkommen.

Diese Ausrichtung spiegelt die politische Position der ABG wider, dass Bougainville das Eigentum und die Kontrolle über seine Ressourcen behalten und gleichzeitig erfahrene Betreiber durch klar definierte vertragliche Vereinbarungen einbinden will, erklärte Toroama die Entscheidung der Regierung. Die ABG erklärte, sie sei weiterhin entschlossen, das Panguna-Projekt auf rechtmäßige, transparente und geordnete Weise voranzutreiben, um den langfristigen Interessen der Bevölkerung von Bougainville zu dienen. (*PNG Business Review 29.01.26*)

Wiedereröffnung der Mine für Juni 2026 geplant

Der Präsident der autonomen Regierung von Bougainville (ABG), Ishmael Toroama, hat die Wiedereröffnung der Panguna-Gold- und Kupfermine bis Juni dieses Jahres angekündigt.

Die ABG hatte dem lokalen Bergbauunternehmen „*Bougainville Copper Limited*“ (BCL) bereits im Januar 2024 eine fünfjährige Explorationslizenz erteilt. Im November 2025 wurde ein

Landzugangs- und Entschädigungsabkommen unterzeichnet. Seitdem treibt BCL in Zusammenarbeit mit lokalen Landbesitzern die Sanierungspläne für die stillgelegte Mine voran.

Angesichts der für 2027 geplanten Unabhängigkeit Bougainvilles von Papua-Neuguinea müsse die Region zügig beginnen, eigenes Geld zu erwirtschaften, erklärte Toroama. Er ärgere sich einfach zu oft über die Nationalregierung in Port Moresby, meinte er.

Die jüngste Finanzierung durch die nationale Regierung hatte Ende letzten Jahres zu einem Streit zwischen dem Büro des Regionalmitglieds und der autonomen Regierung von Bougainville darüber geführt, wer Anspruch auf den Zuschuss in Höhe von 125 Millionen Kina hat. Diese Gelder sind seit letztem Jahr auf einem Treuhandkonto des Gerichts eingefroren, bis eine rechtliche Entscheidung getroffen wird.

Dieser Finanzierungsstreit hatte die Arbeit der ABG in gewissem Maße lahmgelegt und hat Präsident Toroama nun dazu veranlasst, entschlossener als zuvor die Wiedereröffnung von Panguna voranzutreiben. (*National Broadcasting Association 01.02.26*)

Neuer Haushalt verabschiedet

Das Repräsentantenhaus von Bougainville hat den Haushalt 2026 der Autonomen Regierung von Bougainville (ABG) verabschiedet. Das Haushaltsvolumen beträgt 844.090.000 Kina (198,4 Millionen US-Dollar).

Der Haushalt wurde vom ABG-Minister für Finanzen und Haushalt, Albert Punghau, im Parlament vorgelegt und in der letzten

Sitzung des Jahres 2025 einstimmig vom Repräsentantenhaus verabschiedet.

Minister Punghau erklärte, dass der Haushalt im Jahr 2026 520,36 Millionen Kina (122,3 Millionen US-Dollar) an Zuschüssen der nationalen Regierung, 46,74 Millionen Kina (11,0 Millionen US-Dollar) an internen Einnahmen und 276,9 Millionen Kina (65,1 Millionen US-Dollar) an wiederzuverwendenden Entwicklungshilfemitteln umfasst.

Von den insgesamt 844 Millionen Kina des Haushalts entfallen 240,98 Millionen Kina (56,7 Millionen US-Dollar) oder 28,55 % auf laufende Ausgaben, während 603,11 Millionen Kina (141,7 Millionen US-Dollar) oder 71,45 % auf Entwicklungsausgaben entfallen.

Minister Punghau erklärte, dass der Haushalt der ABG für 2026 auf drei finanzpolitischen Prioritäten basiert:

- Schutz der Dienstleistungen und der Kernfunktionen, einschließlich Gesundheits-, Bildungs- und Polizeidiensten;
- Umsetzung einer von den Wahlkreisen geleiteten Entwicklung durch gleichmäßige Zuweisungen in Höhe von 1 Million Kina (235.000 US-Dollar)
- Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit durch die Ausweitung der internen Einnahmen, die Verschärfung der Ausgabenkontrolle sowie Investitionen in Infrastruktur und andere wirtschaftliche Faktoren.

Die Gelder würden gerecht und transparent auf alle Regionen der autonomen Provinz aufgeteilt, erklärte der Finanzminister abschließend. (PNG Business News 05.01.26, <https://pnghausbung.com/bougainville-house-of-representatives-pass-2026-budget/>, <https://abg.gov.pg/>)

SALOMONEN

Salomonen zum Vizepräsidenten der Asien-Pazifik-Gruppe der IRENA gewählt

Die Salomonen wurden bei der 16. Versammlung der *Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien* (IRENA), die im Januar 2026 in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) stattfand, zum Vizepräsidenten der Asien-Pazifik-Gruppe gewählt.

Der Minister für Bergbau, Energie und ländliche Elektrifizierung, Derek Rawcliffe Manu'ari, bedankte sich für die Unterstützung und das Vertrauen, das den Salomonen entgegengebracht wurde, um die äußerst vielfältige Region Asien-Pazifik zu vertreten.

Man werde sich mit vollem Einsatz der Energiewende widmen, erklärte der Minister. Er betonte, dass für die Salomonen und andere kleine Inselentwicklungsstaaten im Pazifik die Energiewende über die Dekarbonisierung hinausgeht. „*Es geht um Überleben, Widerstandsfähigkeit und Würde. Eine gerechte Energiewende bedeutet erschwinglichen Zugang zu Energie, stärkere und selbstbestimmtere Gemeinschaften und widerstandsfähige Energiesysteme, die den Auswirkungen künftiger Wirbelstürme standhalten können*“, fügte Manu'ari hinzu.

Ein Schwerpunkt während der Amtszeit der Salomonen wird der Austritt der Vereinigten Staaten (USA) aus der IRENA sein, eine Entwicklung, die sich voraussichtlich auf das Arbeitsprogramm und den Haushalt der Agentur auswirken wird.

Hintergrund: Als Vizepräsident werden die Salomonen sich mit den Mitgliedsstaaten im asiatisch-pazifischen Raum über Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Arbeit der IRENA beraten und abstimmen, um sicherzustellen, dass die Themen konstruktiv und im besten Interesse aller Mitglieder behandelt werden. Die Vizepräsidentschaft ist eine rotierende Funktion, die dem IRENA-Sekretariat, dem Rat und den Mitgliedsstaaten Orientierung und Unterstützung bietet. (Pacific Business Review 03.02.26)

Wiederbelebung der Geflügelindustrie geplant

Der Minister für Landwirtschaft und Viehzucht der Salomonen, Franklyn Derek Wasi, hat ehrgeizige nationale Ziele zur Wiederbelebung der Geflügelindustrie auf den Salomonen bekannt gegeben.

Wasi skizzierte die Ziele in seiner Eröffnungsrede bei einem Konsultationstreffen mit lokalen Geflügelzüchtern und betonte das Engagement des Ministeriums, ein nachhaltiges Wachstum in diesem Sektor zu fördern.

Er erklärte, ihm seien die großen Herausforderungen für lokale Geflügelzüchter bewusst: „*Ich verstehe, dass die größten Herausforderungen, denen Sie gegenüberstehen, die hohen Futterkosten und die unzuverlässige Versorgung mit Eintagsküken sind. Diese Herausforderungen benachteiligen Sie und machen es Ihnen schwer, mit billigeren importierten Eiern und Geflügelprodukten zu konkurrieren.*“

Das Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht (MALD) strebt an, innerhalb der nächsten

drei Jahre die folgenden Ziele zu erreichen:

- Einrichtung einer neuen Brüterei auf der KGVI-Farm mit einer Kapazität von 10.000 Eiern, unterstützt von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und der Europäischen Union,
- Beschaffung von Mini-Futtermittelmöhlen, um die lokale Produktion von Geflügel- und Schweinefutter zu ermöglichen,
- Erschließung von 100 Hektar Mais- und Getreidefarmen auf Guadalcanal, um Rohstoffe für heimisches Futter zu liefern,
- Errichtung der ersten kommerziellen Futtermittelmühle für Geflügel und Schweinehaltung auf den Salomonen,
- Errichtung des ersten Zuchtzentrums für Elterntiere des Landes zur lokalen Produktion befruchteter Eier,
- Verteilung von 20.000 Vögeln an 20 ausgewählte Landwirte in diesem Jahr, einschließlich Futter und wichtiger landwirtschaftlicher Geräte,
- Umfangreiche Infrastrukturinvestitionen, darunter ein von der Weltbank finanziertes Schlachthaus.

Der Minister erklärte, dass diese Initiativen voraussichtlich zu einer deutlichen Steigerung der heimischen Eier- und Geflügelproduktion führen werden, mit dem Ziel, die Einzelhandelspreise bis Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres auf 25 SBD pro Eierkarton und 50 SBD pro Huhn zu senken.

Er sagte, dass die Erreichung dieser Ziele es der Regierung ermöglichen würde, höhere Steuern auf importierte Geflügelprodukte einzuführen und langfristig Importbeschränkungen zu verhängen.

Die neue Strategie fördere auch die Gründung von Geflügelgenossenschaften auf den Salomonen, um die Organisation, die Vermarktung und die langfristige Nachhaltigkeit zu verbessern. (*Pacific Business Review* 04.02.26)

Erfolgreiche Partnerschaft

Die Salomonen haben über ihr *Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht* ihre Partnerschaft mit dem „*Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung*“ (IFAD) bekräftigt und dabei die Landwirtschaft als Rückgrat der Ernährungssicherheit, des Wirtschaftswachstums und der nationalen Stabilität hervorgehoben.

In seiner Rede auf der 49. Sitzung des Verwaltungsrats des IFAD während des Runden Tisches Asien-Pazifik („*Asia and the Pacific Roundtable*“) in Rom (Italien) unterstrich der Minister für Landwirtschaft und Viehzucht, Franklyn Derek Wasi, das Engagement der Regierung für eine inklusive und nachhaltige Transformation des ländlichen Raums im Einklang mit der Nationalen Entwicklungsstrategie der Salomonen in den Jahren von 2016 bis 2035.

Minister Wasi bedankte sich für die kontinuierliche finanzielle Unterstützung durch den IFAD und erklärte, die Investitionen stünden in engem Einklang mit den nationalen Prioritäten der Salomonen in den Bereichen Armutsbekämpfung, Klimaresilienz und privatwirtschaftlich getragenes Wachstum in der Landwirtschaft.

Ein Vorzeigeprojekt der Partnerschaft sei das „*Agriculture Investment for Markets and Nutrition Project*“ (AIM-N): Mit einer

Investition von rund 19,82 Millionen US-Dollar soll AIM-N in den nächsten sechs Jahren die Ernährungssicherheit stärken, die Ernährungsergebnisse verbessern und die Einkommen für mehr als 18.000 Menschen in drei ländlich geprägten Provinzen erhöhen. Dabei sollen die ländlichen Haushalte befähigt werden, besonders nahrhafte und klimaresistentere Lebensmittel zu produzieren, zu kaufen und zu konsumieren. Minister Wasi wies auch auf die Gendergerechtigkeit in diesem Projekt hin: Frauen machen mindestens 50 Prozent und junge Menschen mindestens 20 Prozent der Begünstigten aus.

Er ergänzte, man werde weiter mit dem IFAD zusammenarbeiten und habe sich dabei folgende hohe Ziele gesteckt:

- von Jugendlichen geführte Agrarunternehmen zu fördern,
- Frauen in Führungspositionen in der Landwirtschaft zu stärken,
- die ländliche Infrastruktur sowie klimaresistente Systeme zu verbessern.

Info: Der *International Fund for Agricultural Development* (IFAD) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die 1977 gegründet wurde und ihren Sitz in Rom (Italien) hat. Sie hat das Ziel, Armut und Hunger in ländlichen Regionen von Entwicklungs- und Schwellenländern zu bekämpfen. Im Mittelpunkt steht die Unterstützung von Bäuerinnen und Bauern, Fischer*innen, Viehhalter*innen und indigenen Gemeinschaften unter dem Motto „Investing in rural people“.

(*Pacific Business Review* 11.02.26, <https://www.ifad.org/en/>)

Vorzeigeprojekt Wasserkraftwerk Tina River

Erstmals nahmen die Salomonen an der Messe *Hydro2025* teil, die vom 22. bis zum 24. Oktober 2025 in Thessaloniki (Griechenland) stattfand. Es handelt sich dabei um die weltweit größte Fachmesse für Wasserkraft. Die Messe brachte Ingenieure, Finanziers, politische Entscheidungsträger und Umweltexpert*innen zusammen, um die Herausforderungen und Chancen von Wasserkraftwerksprojekten zu diskutieren.

Zur Delegation der Salomonen gehörte John Walenenea Jnr, Biodiversitätsbeauftragter des „*Tina River Hydropower Development Project*“ (TRHDP). Er berichtete über das Projekt und nahm Anregungen von „best practice“-Beispielen mit nach Hause.

Als erstes groß angelegtes Projekt für erneuerbare Energien des Landes zielt das TRHDP darauf ab, die kostspielige Dieselstromerzeugung zu ersetzen, Emissionen zu reduzieren, die Stromversorgung zu stabilisieren und Gemeinden mit sauberer, erschwinglicherer Energie zu versorgen.

Die Messe *Hydro2025* umfasste 37 Veranstaltungen zu nahezu allen Aspekten der modernen Wasserkraft, von Klimaresilienz und Projektfinanzierung bis hin zu Biodiversitätsschutz, Dammsicherheit, Sedimentmanagement und neuen digitalen Tools.

Die Delegierten erfuhren u.a., wie satellitengestützte Bildgebung und neuronale Netzwerkanalysen derzeit eingesetzt werden, um neue und ältere Erdrutsche zu identifizieren, die die

Sedimentation von Stauseen erhöhen oder Strukturen gefährden könnten. Die Integration dieser Systeme könnte das Überwachungs- und Sicherheitskonzept des Tina-River-Projekts weiter verbessern.

Klimarisikobewertungen, darunter Rahmenwerke wie die *Climate Change Risk Assessment* (CCRA), wurden als unverzichtbare Instrumente für Wasserkraftbetreiber hervorgehoben. Hydrologische Vorhersagen, integriertes Wasserressourcenmanagement und langfristige Anpassungspläne wurden ebenfalls als entscheidend für den Schutz der Gemeinden flussabwärts hervorgehoben – eine Priorität auch für die Salomonen.

Hintergrund: Das Wasserkraftprojekt am Tina River auf der Insel Guadalcanal ist das erste groß angelegte Projekt der Salomonen im Bereich erneuerbare Energien. Es zielt darauf ab, den Gemeinden erschwinglicheren, saubereren und zuverlässigeren Strom zu liefern. Geplant ist ein 15-Megawatt-Wasserkraftwerk, das künftig rund 65–70 % des Strombedarfs in Honiara decken soll. Dazu gehören außerdem ein Staudamm, ein Kraftwerk, neue Zugangsstraßen sowie eine 22 km lange Übertragungsleitung nach Honiara.

Das Projekt wird von der Regierung der Salomonen mit finanzieller Unterstützung und Förderung durch den *Abu Dhabi Fund for Development*, die Asiatische Entwicklungsbank, die australische Regierung, den Green Climate Fund, den *Korea EXIM Economic Development Cooperation Fund* und die Weltbank umgesetzt. (<https://tina-hydro.com/>, *Pacific Business Review* 25.11.25)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Dr. Klaus Schilder, Leiter der Misereor Dialog- und Verbindungsstelle Ozeanien in Suva/Fidschi.]

Staatsanwaltschaft legt Berufung gegen Verurteilung von Ex-Premier Bainimarama ein

Das Büro des Direktors der öffentlichen Staatsanwaltschaft (ODPP) hat bestätigt, dass es Berufung gegen ein weiteres Urteil gegen den ehemaligen Premierminister Voreqe Frank Bainimarama und gegen den Freispruch des ehemaligen Polizeipräsidenten Sitiveni Qiliho im Zusammenhang mit Amtsmissbrauch eingelegt hat. In dem Verfahren ging es um einen Vorfall mit zwei Polizisten – Sergeant Penieli Ratei und Constable Tomasi Naulu – im Jahr 2021. Diese erhielten relativ milde Disziplinarstrafen, nachdem sie Fotos von Jonacani Bainimarama, dem Bruder des ehemaligen Premierministers, gemacht und die Bilder in Polizei-Gruppenchats verbreitet hatten (vgl. Bericht in Pazifik aktuell Nr. 144/Dezember 2025).

Bainimarama setzte nach einem Anruf seines Bruders den damaligen amtierenden Polizeikommissar Rusiate Tudravu unter Druck, den Beamten zu kündigen oder ihnen die Kündigung anzudrohen. Die Staatsanwaltschaft hatte zudem Sitiveni Qiliho beschuldigt, eine disziplinarische Entscheidung von Herrn Tudravu ungerechtfertigt aufgehoben zu haben.

Der Fall ist auch deshalb besonders brisant, weil zum ersten Mal eine politisch exponierte Person in Fidschi wegen der missbräuchlichen Ausübung politischen Drucks auf einen öffentlichen

Beamten - eine sog. „ungerechtfertigte Forderung“ - strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurde. Die Berufungsanzeige wurde am 19. November 2025 eingereicht. Darin kritisiert die Staatsanwaltschaft, dass der Richter beim Freispruch des ehemaligen Polizeipräsidenten Sitiveni Qiliho juristische und verfahrenstechnische Fehler begangen habe, und dass das gegen Bainimarama verhängte Urteil für die begangene Tat offensichtlich zu milde ausfiel. Aufgrund einer vorausgehenden Verurteilung darf Bainimarama sich bei den kommenden Wahlen Ende 2026 nicht erneut um ein politisches Amt bewerben (vgl. Bericht in Pazifik aktuell Nr. 144/Dezember 2025). (*The Fiji Times* 07.01.26)

Plan zur Stärkung der Frauenrechte – aber Benachteiligung existiert weiter

Das Kabinett Fidschis hat einen Fünfjahresplan genehmigt, um die Rechte der Frauen zu stärken und Diskriminierung gemäß den Empfehlungen der Vereinten Nationen zu bekämpfen. Zu den wichtigsten Prioritäten des Plans gehören die Sensibilisierung für die Rechte von Frauen in verschiedenen Gemeinden, die Stärkung des Rechtsrahmens zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und die Verbesserung des Zugangs von Frauen zur Justiz durch den Aufbau von Kapazitäten und die Beseitigung systemischer Hindernisse. Die Vereinten Nationen hatten Bedenken hinsichtlich der Diskriminierung von Frauen in Fidschi geäußert, insbesondere hinsichtlich von Kinderen, diskriminierender Bräuche und mangelnder Unterstützung von Frauen bei Scheidungen.

„Geschlechterstereotypen und traditionelle kulturelle Praktiken beschränken weiterhin die Rechte von Frauen auf Land, Eigentum und Erbschaft, insbesondere in ländlichen Gebieten und auf den äußeren Inseln“, kritisierte das UN-Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen (CEDAW) im April 2025. CEDAW fügte hinzu, dass Frauen, insbesondere Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt, beim Wunsch nach einer Scheidung aufgrund der Abhängigkeit von ihren Ehemännern und des Fehlens von Unterstützungsmechanismen wie erschwinglichem Wohnraum, Prozesskostenhilfe oder Beschäftigungsmöglichkeiten erhebliche wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen müssen. Gerade in ländlichen indigen-fidschianischen (iTaukei) Gemeinschaften bedarf es Vermittler*innen, die über diskriminierende Praktiken aufklären und Veränderungen begleiten können. Die Umsetzung wird von einem neu eingerichteten Lenkungsausschuss überwacht.

Auch in Fidschis Politik sind Frauen - wie im gesellschaftlichen Leben - nach wie vor benachteiligt. Dem Parlament in Suva gehören nur 5 weibliche Abgeordnete an (knapp 10 %), eine der niedrigsten Werte im Pazifik. Zudem äußerten Frauenrechtsgruppen Kritik daran, dass Premierminister Sitiveni Rabuka die diplomatischen Vertretungen Fidschis in Israel, Indonesien, Genf und Neuseeland ausschließlich mit Männern besetzte, obwohl sich auch 12 Frauen bewarben.

Das Fidschi *Women's Crisis Centre* (FWCC) kritisiert, dass Frauen im öffentlichen Dienst und im Privatsektor bis heute unterrepräsentiert sind. FWCC-Koordinatorin

Shamima Ali sagte, dass diese Ungleichheit von oben befürwortet wird. „Das Patriarchat ist sehr lebendig und unser Premierminister favorisiert Männer gegenüber Frauen. Er sieht Frauen nicht als Anführer, und auch der Rest der Gesellschaft sieht Frauen nicht als Anführerinnen“, sagte Ali. Sie kritisiert, dass die Politik der Regierung zur Gleichstellung der Geschlechter zwar auf dem Papier stehe, aber in Wirklichkeit nicht stattfindet. (*The Fiji Times*, 07.01.26, *RNZ* 07.11.25, *RNZ* 26.11.2025)

Fidschianische Staatsbürgerschaft bald für Menschen von Banaba und Kioa

Die Regierung befindet sich in der Endphase der Vorbereitung eines Kabinettsbeschlusses zur Einbürgerung von Migrant*innen aus der zu Kiribati gehörenden Insel Banaba und Bewohner*innen der zu Fidschi gehörenden, aber teilweise autonomen, Insel Kioa. Dieser Schritt ist der Regierung zufolge ein wichtiger Meilenstein, um die volle rechtliche Anerkennung, staatliche Zugehörigkeit und Würde für die beiden Gemeinschaften zu gewährleisten.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurden auf der zu Fidschi gehörenden Insel Rabi etwa 1.000 Bewohner*innen der zu Kiribati gehörenden Insel Banaba, früher Ocean Island, angesiedelt. Nach dem diese Überlebenden der japanischen Kriegsverbrechen und der anschließenden Inhaftierung in japanischen Arbeitslagern im Jahre 1945 befreit wurden, verweigerten die britischen Kolonialbehörden ihnen die Rückkehr auf ihre vom Phosphatabbau weitgehend zerstörte Insel und siedelten sie auf Rabi an. Kioa wiederum

wurde im Zeitraum von 1947 bis 1962 von knapp 300 Migrant*innen aus Tuvalu besiedelt, nachdem die Siedler von der überbevölkerten Insel Vaitupu die Insel Kioa gekauft hatten.

Der Minister für Land und Mineralressourcen, Filimoni Vosarogo, kündigte die Anerkennung anlässlich des 80-jährigen Jubiläums der Ankunft der Banabaner*innen auf der Insel Rabi in der Ortschaft Tabwewa auf Rabi an. Minister Vosarogo sagte, die Initiative spiegele das Engagement der Regierung wider, langjährig offene Fragen im Zusammenhang mit dem rechtlichen Status von Banabaner*innen und Kioaner*innen in Fidschi anzugehen. „*Es geht darum zu erkennen, wer du bist und wo du hingehörst*“, sagte er. „*Die Einbürgerung wird den Platz dieser Volksgruppen als Teil der fidschianischen Familie mit den damit verbundenen Rechten, Würde und Anerkennung bestätigen.*“

Der Entwurf für eine Kabinettsentscheidung wird anhand von verifizierten Listen der jeweiligen Gemeinderäte entwickelt, um sicherzustellen, dass der Prozess transparent, genau und fair ist. Sobald der Vorschlag angenommen ist, wird erwartet, dass er den Weg für die Berechtigten freimacht, um die fidschianische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Minister Vosarogo sagte weiter, die Entscheidung weise über den rein rechtlichen Status hinaus und ermögliche den Banabaner*innen und Kioaner*innen in Fidschi die vollständige Teilhabe am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Vosarogo ergänzte, dass die Regierung weiterhin in Infrastruktur, Verkehr und wesentliche Dienstleistungen auf der Insel Rabi investiert und gleichzeitig Landwirtschaft, Fischerei, kleine Unternehmen und Tourismus

unterstützt, um eine möglichst inklusive Entwicklung zu gewährleisten. (*The Fiji Times* 16.12.25)

Militär unterstützt im Kampf gegen Drogenhandel

Die fidschianischen Streitkräfte haben sich eingeschaltet, um die Polizei bei der Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität zu unterstützen. Die *Fiji Broadcasting Corporation* (FBC) berichtete, dass Polizeiminister Ioane Naivalurua eine gemeinsame Taskforce angekündigt hat, da das Drogenproblem in Fidschi nicht mehr mit den üblichen Methoden bekämpft werden könne.

Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die Polizei gegen mehrere ihrer eigenen Beamten wegen möglicher geheimer Absprachen mit Drogenhändlern ermittelt. Polizeichef Rusiate Tudravu erklärte gegenüber RNZ Pacific, dass die Polizei „*immer die Führung übernehmen*“ werde und die Rolle der Armee darin bestehe, die Polizei zu unterstützen.

Fidschi entwickelte sich innerhalb der letzten Jahre zunehmend zu einem Transitzentrum für harte Drogen im Pazifik. Anfang Januar erst wurden 2.630 Kokainpakete mit einem Gewicht von 2,64 Tonnen und einem geschätzten Verkaufswert von 527 Millionen US-Dollar vor Vatia, einem Hafen im Norden von Viti Levu, beschlagnahmt. Nach Angaben der Polizei führten Beamte der Kriminalpolizei, der Abteilung für schwere organisierte Kriminalität und Nachrichtendienst in der Nacht vom 15. Januar 2026 eine Razzia in Vatia durch, bei der sie ein Fahrzeug und ein Boot durchsuchten. Sechs Verdächtige wurden

festgenommen. Und erst im August 2025 wurde der Anführer einer Verschwörung zum Import von 4,1 Tonnen Methamphetamin mit einem Verkaufswert von etwa 1,4 Milliarden Dollar in Fidschi zu lebenslanger Haft verurteilt. (*RNZ News* 21.01.26, *RNZ News* 23.01.26)

Fidschi und drei weitere Pazifikstaaten unterliegen US-Visaverschärfungen

Fidschi, Tonga, Tuvalu und Vanuatu gehören zu den Staaten, die in Ozeanien am stärksten von einer signifikanten Ausweitung des umstrittenen Visa-Anleiheprogramms der USA (*Visa Bond Pilot Program*) betroffen sind. Reisende aus den vier Inselstaaten unterliegen nun der US-Visumanleihepflicht, einer Art Zwangskautions.

Die neuen Maßnahmen des US-Außenministeriums sind Teil eines 12-monatigen Pilotprogramms, bei dem Antragsteller aus den vier Ländern für B-1 (Geschäft) oder B-2 (Tourismus) Visa nach Ermessen von US-Konsularbeamten vor Visaerteilung verpflichtet werden können, US-Staatsanleihen von bis zu 15.000 US-Dollar zu zeichnen. Die aktualisierte Politik trat ab dem 21. Januar 2026 in Kraft. Was Fidschi betrifft, so sind Einwanderungsvisa zwar wieder ausgenommen, aber die Beschränkungen gelten weiter für Besuchervisa der Kategorie B-2.

Ein durchgesickertes Memo des Außenministeriums besagt, dass die Regierung diejenigen Nationalitäten ins Visier nimmt, die während ihres Aufenthalts in den USA eher Sozialleistungen und öffentliche Zuwendungen in Anspruch nehmen würden. Was

Reisebeschränkungen angeht, stehen die vier Inselstaaten nun auf einer Stufe mit Ländern wie Afghanistan, Iran, Russland, Somalia und sogar Venezuela. Der fidschianische Premierminister Siveni Rabuka erklärte in vorausseilendem Gehorsam, dass sein Land „selbst schuld“ sei. *„Wir stehen ganz oben auf der Liste illegaler Einwanderer. [...] Wir müssen die Flucht nach vorne antreten und sicherstellen, dass wir die neuen Vorschriften, die uns auferlegt werden, einhalten“.*

In einem Beitrag auf Truth Social vom 7. Januar 2026 veröffentlichte Donald Trump eine Grafik, aus der hervorgeht, wie oft diese Haushalte in den USA Sozialhilfe und öffentliche Unterstützung erhalten. Mehrere Pazifikstaaten nehmen in Trumps Grafik einen hohen Rang ein, wobei die Marshall-Inseln mit 71,4 Prozent den vierten Platz belegen. Weitere Pazifikstaaten sind Samoa mit 63,4 Prozent, die Föderierten Staaten von Mikronesien mit 58,1 Prozent, Tonga mit 54,4 Prozent und Fidschi mit 40,8 Prozent.

Die Standardhöhe der Zwangsanleihe liegt bei 10.000 US-Dollar, höhere Beträge können aber nach Ermessen infolge des Visa-Interviews verhängt werden. Die Zeichnung einer Zwangsanleihe garantiert aber noch keine Visumgenehmigung. Erst wenn alle anderen Visabedingungen erfüllt sind - einschließlich der Nutzung eines von drei Flughäfen für die Ein- und Ausreise – kann ein Visum gewährt werden. Zudem ist unklar, ob die Anleihe bei Visaverstößen wie beispielsweise einer verspäteten Ausreise, zurückerstattet wird. Das Außenministerium hat angegeben, dass die Liste der betroffenen Länder nach Bedarf überprüft und aktualisiert

wird, was bedeutet, dass Pazifikreisende mit laufenden Änderungen der US-amerikanischen Einreisebestimmungen konfrontiert werden könnten. Politiker im Pazifik haben Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf Familien, Unternehmen und den Tourismus in der gesamten Region geäußert.

Info: Pazifikinsulaner*innen machen allerdings nur einen relativ geringen Prozentsatz der Einwanderer in den USA aus. Das *US-Migration Policy Institute* schätzt, dass sich im Jahr 2023 166.389 Einwanderer in den USA aufhielten, die in Ozeanien (außer Australien und Neuseeland) geboren wurden. (*Island Business* 09.01.26, *RNZ* 17.01.26)

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft

Der fidschianische Präsident hat von China ein Luxusfahrzeug geschenkt bekommen, das auch von hochrangigen chinesischen Beamten und Diplomaten genutzt wird, wie die fidschianische Regierung mitteilte. Der Hongqi H9 Executive (was übersetzt „Rote Fahne“ bedeutet) wurde dem fidschianischen Präsidenten Ratu Naiqama Lalabalavu am 26. Januar 2026 im State House in der Hauptstadt Suva übergeben. Bei der Übergabe sagte Wang Yuan, der Chargé d'Affaires ad interim der chinesischen Botschaft in Fidschi, Hongqi-Limousinen seien „zu Chinas ‚Visitenkarte‘ in diplomatischen Angelegenheiten geworden“. Die Übergabe des Luxusautos, das „fortschrittliche Technologie und überragenden Komfort“ bietet, markiere „einen weiteren Meilenstein in der starken und dauerhaften Partnerschaft“

zwischen Peking und Suva, erklärte die fidschianische Regierung in einer Presseerklärung. Der Hongqi ist eine Art Mischung aus Rolls-Royce und BMW und kostet in der Normalausführung etwa 55.000 Euro, während die Executive-Modelle deutlich teurer sein können. Präsident Ratu Lalabalavu sagte, trotz „verschiedener Herausforderungen und Unsicherheiten im Laufe der Jahre“ seien *„die enge Verbindung und die langjährigen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern“* stabil geblieben.

„Wir sind Ihnen sehr dankbar für das, was Sie uns gegeben haben – eine wunderschöne Limousine, von der die Nation und insbesondere die hohen Ämter hier profitieren werden“. Und er fügte hinzu, dass die „großzügige Spende“ auf seine Bitte hin erfolgt sei. So einfach kann Geopolitik im Pazifik sein. (*RNZ News* 27.01.26)

Die USA drohen Kürzungen von Staatshilfen an

Die US-Regierung droht, Fidschi auf die niedrigstmögliche Rangliste auf ihrem globalen Menschenhandelsindex herabzustufen, weil das Land es versäumt habe, gegen einen sog. Weltuntergangskult vorzugehen, der angeblich an „transnationaler organisierter Kriminalität“ beteiligt ist. Der Schritt würde Millionen von Dollar an Entwicklungshilfe für das Südpazifik-Land gefährden. Fidschi würde in der Liste „Menschenhandel“ (TIP) des Außenministeriums neben Ländern wie Kambodscha und Nordkorea auf Tier 3 herabgestuft. Fidschi befindet sich derzeit noch auf der zweitniedrigsten Ebene Tier 2.

Die drohende Neuklassifizierung folgt auf die Flucht von mindestens vier US-Bürgern - darunter zwei Kinder - seit Ende 2024 aus der Grace Road Group, einer religiösen Sekte, die aus Südkorea stammt. Seit 2014 hat sich der Kult zu einem der mächtigsten Wirtschaftskonglomerate in Fidschi entwickelt und betreibt Unternehmen wie Supermärkte, Schönheitssalons und Restaurants. Die USA werfen der Sekte vor, in Fälle von transnational organisierter Kriminalität und Menschenhandel verwickelt zu sein. Dem TIP-Bericht zufolge leiden die ca. 300 Mitglieder der Gruppe in Fidschi unter Lebensbedingungen, die auf Menschenhandel hindeuten, darunter übermäßige Überstunden ohne Ruhetage, körperliche Gewalt, Passbeschlagnahmung und nicht ausbezahlte Löhne. Der Polizei in Fidschi zufolge wurden allein zwischen 2024 und 2025 vier Ermittlungsfälle wegen Menschenhandel durch die Grace Road Gruppe an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Grace Road hat bislang auf Fragen nicht geantwortet.

Die Herabstufung auf Tier 3 in diesem Jahr könnte dazu führen, dass die USA Kreditgeber wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds unter Druck setzen, die Finanzierung des Landes zu beenden. Fidschi hat bis Ende März Zeit, Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen der Sekte zu erreichen, um einer automatischen Herabstufung zu entgehen. Premierminister Sitiveni Rabuka sagte Reportern, dass er eine „interministerielle Taskforce“ unter seiner Leitung eingerichtet hat und die Ministerien für Justiz, Polizei, Einwanderung und Finanzen einbezieht, um die Situation möglichst rasch zu klären. Er fügte

hinzu, dass gemeinsame Einwanderungs-, Zoll- und polizeiliche Ermittlungen in einer Reihe von Fällen im Zusammenhang mit Grace Road kurz vor dem Abschluss stehen.

Die USA trugen 2023 zwar nur 6,5 Millionen US-Dollar zum Haushalt Fidschis bei, oder etwa zwei Prozent der gesamten Auslandshilfe. Aber eine Herabstufung hätte immer noch große Auswirkungen, sagte Riley Duke, Expertin für Entwicklungshilfe im Pazifik bei Australiens Think Tank *Lowy Institute*. So könnte die Aufnahme Fidschi in ein „Kompaktprogramm“ der Millennium Challenge Corporation (MCC) wackeln, eine US-Hilfsinitiative, die darauf abzielt, die Armut zu reduzieren und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Der Druck der USA auf multilaterale Gremien wie die Weltbank und die *Asian Development Bank*, die Fidschi jährlich Dutzende Millionen Dollar geben, wäre noch bedeutender, sagte er. (*Pacific News Service* 16.12.25)

VANUATU

Schulung schließt Lücken in Gesundheitsdaten

Das vanuatuische Gesundheitsministerium hat mit finanzieller und logistischer Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Genauigkeit der nationalen Gesundheitsdaten unternommen, indem es Ärzte und weiteres medizinisches Personal in der Bescheinigung der genauen Todesursache geschult hat.

An dem zweitägigen Workshop Ende November 2025 hatten 20 Menschen aus Gesundheitsberufen teilgenommen. Sie vertraten

Gesundheitseinrichtungen aus allen Provinzen, was laut Gesundheitsministerium „eine landesweite Initiative zur Verbesserung der Sterberatenstatistik“ widerspiegelt.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums bestand das Ziel der Schulung darin, „die Genauigkeit und Einheitlichkeit der Sterbebescheinigungen zu verbessern, indem medizinisches Fachpersonal die Fähigkeiten vermittelt werden, sowohl die unmittelbaren als auch die zugrunde liegenden Todesursachen korrekt zu erfassen“. Das Ministerium fügte hinzu, dass durch ordnungsgemäß ausgestellte Sterbeurkunden das Gesundheitsministerium von Vanuatu „die wahren Ursachen der Sterblichkeit verstehen und evidenzbasierte Entscheidungen treffen“ könne.

Hintergrund: Vor dieser Schulung waren Sterbeurkunden in Vanuatu oft unvollständig oder ungenau ausgefüllt, wobei in vielen Formularen allgemeine und wenig aussagekräftige Begriffe wie „Herz“ oder „Tod bei Ankunft“ verwendet wurden. Diese Einträge konnten weder die zugrunde liegende Krankheit noch die zum Tod führende Ereigniskette identifizieren. Diese Informationslücke erschwerte es den Gesundheitsbehörden, die Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit des Landes vollständig zu verstehen.

Das Training führte auch zu einem standardisierten nationalen Formular für Sterbeurkunden, das nun von allen Gesundheitseinrichtungen verwendet wird, auch für Todesfälle, die in Gemeinden auftreten und vom lokalen Gesundheitspersonal betreut

werden. Das neue Formular soll für Einheitlichkeit und Klarheit bei der Meldung von Todesfällen im ganzen Land sorgen. (*Vanuatu Daily Post* 10.12.25)

Neue Migrationspolitik

Die Regierung von Vanuatu hat Mitte Januar offiziell ihre erste nationale Migrationspolitik (*National Migration Policy*) vorgestellt. Es handelt sich um die ersten Leitlinien für die Migrationspolitik des melanesischen Staates seit seiner Gründung im Jahr 1980.

Der für Einwanderung zuständige Minister Andrew Solomon Napuat erklärte, die Regierung sei stolz darauf, diese Migrationspolitik vorzustellen. Sie werde als Leitrahmen für die Steuerung der Migration dienen, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, die nationale Souveränität zu schützen und die Widerstandsfähigkeit Vanuatus gegenüber den Klimawandelfolgen und wirtschaftlichen Schocks zu stärken. (*Vanuatu Daily Post* 17.01.26)

Bessere Flugverbindungen nach Neuseeland

Ab dem 1. Juli 2026 wird die staatliche Fluggesellschaft *Solomon Airlines* eine neue Direktverbindung zwischen Christchurch (Neuseeland) und Port Vila (Vanuatu) einrichten, die zweimal wöchentlich donnerstags und sonntags angeboten wird. Es handelt sich um die erste Direktflugverbindung zwischen der neuseeländischen Südinsel und Vanuatu, wovon sich das Fremdenverkehrsamt in Vanuatu einen touristischen Aufschwung verspricht.

Darüber hinaus wird *Solomon Airlines* ebenfalls ab dem 1. Juli eine vierte wöchentliche Verbindung von Auckland (Nordinsel Neuseeland) nach Port Vila einführen. Durch diese Erweiterung werden insgesamt sechs Direktflüge pro Woche von Neuseeland aus nach Vanuatu angeboten. Die erweiterten Verbindungen bieten etwa 900 Sitzplätze pro Woche, was 46.800 Sitzplätzen pro Jahr entspricht und eine erhebliche Steigerung gegenüber den bisherigen 17.400 Sitzplätzen/jährlich bedeutet. (<https://southpacificislands.travel/solomon-airlines-adds-christchurch-route-lifts-new-zealand-flights-to-six-per-week/>)

Solaranlagen erfolgreich installiert

Im Rahmen der Initiative „*REnew Pacific*“, die in Zusammenarbeit mit dem *National Green Energy Fund* von Vanuatu durchgeführt wurde, wurden Ende des letzten Jahres 20 neue netzunabhängige Solaranlagen installiert und 20 bestehende Anlagen in allen sechs Provinzen von Vanuatu renoviert. Die letzte Installation wurde in der Mamalu Vanua Dispensary, einer abgelegenen Gesundheitsstation in Naviso, fertiggestellt, die zuvor noch nie über eine ordnungsgemäße Stromversorgung verfügt hatte.

Die Solaranlagen, die im Rahmen von HELPR-1 gebaut wurden, versorgen ab sofort einige der abgelegenen Kliniken und Krankenhäuser Vanuatus zuverlässig mit Solarstrom und verbessern damit den Zugang zur Gesundheitsversorgung für mehr als 80.000 Menschen.

Seit dem Start des australisch-vanuatischen Programms im März 2025 ist das HELPR-1-Projekt das

erste Projekt, das im Rahmen der bilateralen Partnerschaft erfolgreich umgesetzt werden konnte. Dazu beigetragen haben auch Studierende des *Vanuatu Institute of Technology*, die im Rahmen von Praktika das HELPR-1-Team für Klimaanpassung begleitet und bei der Installation der Solaranlagen geholfen haben.

Das Projekt umfasste auf jede Einrichtung individuell zugeschnittene Modernisierungen, darunter energieeffiziente Beleuchtung, Batteriesysteme, Wasserpumpen und wichtige medizinische Geräte. Einrichtungen wie das *Quatvaes Hospital* und das *Saramauri Health Centre* können nun erstmals Röntgengeräte, Ultraschallgeräte und andere Diagnosegeräte einsetzen. Lokale Gesundheitsfachkräfte wurden in der Wartung der neuen Systeme geschult, um deren langfristige Zuverlässigkeit sicherzustellen.

Info: REnew Pacific ist ein 75 Millionen Dollar schweres Programm der australischen Regierung zur Ausweitung der netzunabhängigen erneuerbaren Energien in ländlichen und abgelegenen Gemeinden im Pazifikraum und in Timor-Leste. Es ist Teil der 350 Millionen Dollar schweren *Pacific Climate Infrastructure Financing Partnership* (PCIFP) und wird über die *Australian Infrastructure Financing Facility for the Pacific* (AIFFP) umgesetzt.

Das HELPR-Programm (*Health Emergency Logistics Preparedness and Response*) wurde von der internationalen tätigen Katastrophen- und Krisenschutzorganisation *Respond Global* entwickelt, um die lokalen Katastrophenschutzkapazitäten zu stärken und die regelmäßige Versorgung geographisch abgelegener

Gemeinden mit grundlegenden Dienstleistungen zu unterstützen. (*Pacific Business Review* 14.01.26, <https://respondglobal.com/help/>)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Abkommen in Paris unterzeichnet

Nach viertägigen Gesprächen in Paris (Frankreich) haben der französische Präsident Emmanuel Macron und fünf parlamentarische Fraktionen (*Les Loyalistes, Rassemblement-Les Républicains, Calédonie ensemble, Eveil Océanien* und die *Union Nationale pour l'Indépendance*) aus Neukaledonien am 19. Januar 2026 das sogenannte „*Élysée-Oudinot-Abkommen*“ unterzeichnet – eine Vereinbarung über verfassungsrechtliche und wirtschaftliche Veränderungen für das französische Überseegebiet im Pazifik.

Das neue Abkommen, das zunächst noch einen langwierigen parlamentarischen Prozess durchlaufen muss, bevor es in Kraft treten kann, soll den im Juli 2025 verabschiedeten Entwurf des Bougival-Textes, der im September letzten Jahres von der französischen Regierung veröffentlicht wurde, „ergänzen“, „verbessern“ und „präzisieren“. Damals wurde das Bougival-Abkommen wegen seiner mangelnden Anerkennung der Identität und Kultur der indigenen Kanak – ein zentrales Element des Nouméa-Abkommens von 1998, das seit mehr als einem Vierteljahrhundert den Rahmen für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben bildet – heftig kritisiert.

Als Reaktion darauf bekräftigten die Unterzeichner des neuen

Abkommens „*ihr Bekenntnis zu den Grundsätzen der Anerkennung der Identität der Kanak, wie sie im Nouméa-Abkommen festgelegt sind*“.

In Paris erklärte der Präsident Neukaledoniens, Alcide Ponga, gegenüber französischen Medien: „*Wir haben sehr intensiv, sehr ruhig und sehr respektvoll mit den Vertretern des französischen Staates diskutiert, um dieses Abkommen zu erreichen.*“

Die Verhandlungen in Paris wurden von der *Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste* (FLNKS), der größten Koalition für die Unabhängigkeit von Frankreich, boykottiert. Die FLNKS lehnte bereits den Text von Bougival im August 2025 ab und fordert weiterhin die vollständige und souveräne Unabhängigkeit Neukaledoniens.

Um das in der französischen Verfassung verankerte Nouméa-Abkommen von 1998 zu ersetzen, muss die Regierung unter dem französischen Premierminister Sébastien Lecornu nun die Zustimmung des Parlaments in Paris einholen und anschließend ein Referendum in Neukaledonien durchführen.

Dieser langwierige Verfassungsprozess erfordert die vierte Verschiebung der Wahlen in Neukaledonien für die drei Provinzversammlungen und den Nationalkongress, die derzeit für Mai/Juni dieses Jahres geplant sind. Das neue Abkommen sieht vor, dass diese Kommunalwahlen nun „vor dem 31. Dezember 2026“ stattfinden müssen.

Hintergrund: Im Gegensatz zu früheren Abkommen für Neukaledonien, die Konfliktphasen

beendet haben, wie das *Matignon-Oudinot-Abkommen* von 1988 und das *Nouméa-Abkommen* von 1998, ist es mit dem am 19. Januar verkündeten Abkommen nicht gelungen, alle Befürworter*innen und Gegner*innen der Unabhängigkeit zusammenzubringen. Die Tatsache, dass das neue Abkommen nach dem Elysée – dem französischen Präsidentenpalast – und dem Sitz des Überseeministeriums in der *Rue Oudinot* in Paris benannt ist, unterstreicht, dass es sich um ein in Paris ausgearbeitetes Abkommen handelt, an dem die wichtigste Unabhängigkeitskoalition nicht beteiligt war. (*Islands Business* 20.01.26, *Asia Pacific Report* 20.01.26)

Bericht dokumentiert Menschenrechtsverletzungen während der Unruhen 2024

Die französische „*Nationale Beratungskommission für Menschenrechte*“ (La Commission nationale consultative des droits de l'homme, CNCDH) hat am 29. Januar einen vernichtenden Bericht über das Vorgehen der französischen Sicherheitskräfte und der Justiz während der Unruhen in Neukaledonien im Jahr 2024 veröffentlicht.

Im 28-seitigen Bericht „Nouvelle-Calédonie et droits fondamentaux: Une analyse de la crise de 2024“ wird behauptet, dass die Maßnahmen der französischen Behörden gegen die indigene Bevölkerung der Kanaken „*gewaltsame, oft unverhältnismäßige Repressionen*“ beinhalteten. Er verurteilt die Justiz wegen Verletzung grundlegender Menschenrechte und internationaler Verpflichtungen und kritisiert das Gefängnisssystem wegen der „unmenschlichen“ Behandlung illegal

verhafteter Kanaken-Häftlinge.

Die CNCDH gibt an, dass das bereits überfüllte Gefängnis von No-uméa, Camp Est, einen „massiven Zustrom neuer Häftlinge“ zu verzeichnen hatte, die auf ihren Prozess warteten. „Im Dezember 2024 waren dort 596 Personen in Einrichtungen untergebracht, die für 390 Personen ausgelegt waren, und 173 Personen schliefen auf Matratzen, die direkt auf dem Boden lagen. Einige Gefangene waren zu dritt, viert oder fünft in einer Zelle untergebracht, die aus Schiffscontainern zu provisorischen Zellen umgebaut worden waren“, heißt es in dem Bericht.

Die CNCDH stellt fest, dass die tiefgreifende soziale Ungleichheit und die Diskriminierung der indigenen Kanak den Aufstand angeheizt haben, da 32,5 Prozent der Kanaken unterhalb der Armutsgrenze leben (im Vergleich zu 9 Prozent der übrigen Bevölkerung). Nur 8 Prozent der Kanaken haben Zugang zu höherer Bildung, verglichen mit 54 Prozent der europäischen Bevölkerung. Während die Kanaken 43 % der Bevölkerung Neukaledoniens ausmachen, stellen sie 90 bis 95 % der Gefängnisinsassen.

Bereits im Oktober 2025 hatte der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen das Vorgehen Frankreichs scharf kritisiert. Der Ausschuss erklärte, „die Schwere der gemeldeten Gewalt sowie die Zahl der Toten und Verletzten seien besonders alarmierend“. Die französischen Delegierten verteidigten bei der Anhörung in Genf das Vorgehen der französischen Regierung.

Hintergrund: Die siebenmonatigen Unruhen im Mai 2024 führten

zum Einsatz von 6.000 französischen Polizisten und Gendarmen im französischen Überseeterritorium mit seinen rund 260.000 Einwohner*innen. Es gab 15 Tote, die meisten durch Schüsse der Sicherheitskräfte, hunderte Menschen wurden verletzt, 2.528 Personen festgenommen und mehr als 500 verurteilt. Der Sachschaden wurde auf 2,2 Milliarden Euro geschätzt.

Auslöser der Unruhen war der Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Wählerverzeichnisse für die Provinzversammlungen und den Kongress Neukaledoniens zu „öffnen“ und tausende von kürzlich zugewanderten französischen Wähler*innen hinzuzufügen, wodurch der politische Einfluss der indigenen Kanak-Bevölkerung weiter geschwächt worden wäre, so zumindest die Befürchtung der Protestierenden.

(<https://www.wsws.org/en/articles/2026/02/18/lkxr-f18.html> 03.11.24, 10.05.24, 17.02.26)

Tourismus soll gestärkt werden

Im Rahmen einer groß angelegten Initiative zur Wiederbelebung seines internationalen Tourismussektors hat Christopher Gygès, Mitglied der Regierung und zuständig für wirtschaftliche Attraktivität, Mitte Januar einen umfassenden Plan vorgestellt, mit dem bis zum Jahr 2032 mindestens 250.000 Tourist*innen angezogen werden sollen.

Die geplante Erholungsstrategie konzentriert sich auf die Umgestaltung der touristischen DNA Neukaledoniens: Aufwertung des Marktes, Diversifizierung des Angebots und Ausrichtung auf Märkte mit hoher Wertschöpfung, wie Gygès erläuterte. Man

wolle die Touristenankünfte von vor der Corona-Pandemie mehr als verdoppeln, sagte er.

Dazu habe er ganz konkrete Pläne, wie etwa eine massive Werbekampagne auf dem internationalen Markt. So soll das Werbebudget von bisher 250 Millionen auf mindestens 400 Millionen Francs erhöht werden, wobei zusätzliche Einnahmen aus Kreuzfahrt- und Airbnb-Steuern hinzukommen sollen, um fast 700 Millionen Francs zu erreichen.

Wichtig sei ihm auch, das Vertrauen von Reisenden in das Land zu stärken. So werde er ein „Gütesiegel“ für hochwertige, ökologisch nachhaltige Dienstleistungen im Hotel- und Tourismusgewerbe entwickeln. Gemeinsame Werbe-Kampagnen mit den Provinzen, Fluggesellschaften, Hoteliers und Reiseveranstaltern werden sich auf die direkten Nachbarn Australien, Neuseeland und Japan konzentrieren. Dazu werde man die Flugverbindungen ausbauen und neue Flugrouten ins Portfolio aufnehmen. Ihm liege auch die Diversifizierung des Tourismussektors am Herzen, so Gygès. Neukaledonien werde sich als Reiseziel für Tagungen, Incentives, Konferenzen und Ausstellungen etablieren. Außerdem wolle man das Land attraktiver für Sportler*innen machen und das Angebot im Segeln und Golfen ausweiten. Die Regierung werde den Neubau und die Renovierung von Hotels unterstützen. Auch neue Öko-Lodges sollen gebaut werden.

Zu guter Letzt versprach der Minister die Ausweitung des Ausbildungsprogramms im Tourismusgewerbe. Man wolle lokale Fachkräfte ausbilden und diese auch anstellen, um den Arbeitsmarkt zu beleben. (*Pacific Business Review*

19.01.26, <https://southpacificislands.travel/new-caledonia-announces-recovery-plan>)

Neues Unterseekabel „TamTam“

Die Regierung von Neukaledonien hat die offizielle Inbetriebnahme des Unterseekabels „TamTam“ begrüßt, eines 411 Kilometer langen Kabels, das Port Vila in Vanuatu mit Lifou in der Provinz Loyauté-Inseln in Neukaledonien verbindet. Die Einweihungsfeier fand am 18. Februar 2026 in Anwesenheit von Vertretern der Asiatischen Entwicklungsbank und der Firma *Prima Ltd* statt.

Mit der Anlandung des Kabels an der Station der Post- und Telekommunikationsbehörde in Lifou möchte Neukaledonien seine Rolle als digitaler Knotenpunkt im Pazifik festigen. Das Kabel ist ein Beitrag zur Sicherung digitaler Datenströme und zur Diversifizierung der internationalen unterseeischen Verbindungswege.

Das TamTam-Projekt steht im Einklang mit dem übergeordneten Ziel der Regierung, eine zuverlässige und wettbewerbsfähige internationale Konnektivität bereitzustellen und damit sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die geopolitischen Interessen in der Region zu unterstützen.

Neben der Verbesserung der Kommunikation umfasst das TamTam-Kabel eine wissenschaftliche Komponente, die von dem neukaledonischen Unternehmen *Pacific Peering* entwickelt wurde. Entlang des New Hebrides Rift werden vier ‚Klimawandelknotenpunkte‘ installiert, die eine Echtzeitüberwachung des Meeresbodens über spezielle Glasfaserkabel ermöglichen.

Die von den Sensoren gesammelten Daten ermöglichen:

- die sofortige Erkennung von Unterwassererdbeben und Tsunami-Risiken;
- die Beobachtung des Anstiegs des Meeresspiegels und anomaler Wellenaktivitäten;
- und die Verfolgung von Veränderungen der globalen Meerestemperaturen.

Die Informationen werden sowohl Neukaledonien als auch Vanuatu frei zur Verfügung gestellt.

Info: Das SMART TamTam-Kabelprojekt wird von der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) und der französischen Regierung finanziert, einschließlich Eigenkapitalbeteiligungen von *Prima Ltd*, dem *Vanuatu National Provident Fund* (VNPf) und der Zeitung *Vanuatu Post*. Frankreich hat rund 18 Millionen Euro (2,5 Milliarden VT) zur Unterstützung des SMART TamTam-Projekts zugesagt. Das SMART TamTam-Kabelsystem soll bis Ende 2027 betriebsbereit sein. (*Pacific Business Review* 19.02.26, <https://www.submarinenetworks.com/en/systems/australia-usa/tamtam>)

MIKRONESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Clara Groth, Masterstudentin in Chinese Studies, Uni Würzburg.]

Demok-Festival feiert Palau Eintopf als Nationalgericht

Palau: Seit mittlerweile vier Jahren wird im Bundesstaat Ngaraard auf Palau ein Festival zu Ehren des nationalen Eintopfs gefeiert, dem Demok. Das Gericht wird aus Taroblättern,

Kokosmilch und Krabbenfleisch zubereitet.

Zunächst sind lediglich ein paar Familien mit Töpfen voll Demok zusammengekommen, um gemeinsam das landesweite Lieblingsgericht zu genießen und zu feiern. Mittlerweile hat sich die Hommage an den Eintopf jedoch zu einem wichtigen kulturellen Ereignis im Ngaraard und darüber hinaus entwickelt, bei dem der Erhalt traditioneller Kochkunst und die Gemeinschaft gefeiert wird. Auf dem Festival wird außer Demok daher auch ein vielfältiges Programm geboten mit traditionellen Tänzen, einer Modenschau, Demok-Workshops und Ausstellungen zu verschiedener Taro-Sorten aus Ngaraard und ganz Palau.

Gleichzeitig ist die Veranstaltung auch eine Spendenaktion, denn die Einnahmen fließen in Jugendprogramme, Seniorenangebote, den Erhalt von Kulturerbe und in Infrastruktur.

(<https://islandtimes.org/demok-festival-brews-bigger-legacy-in-ngaraard/>
<https://www.abc.net.au/pacific/programs/nesia-daily/nesia-daily/106349494>)

Korruptionsvorwürfe und Verdacht chinesischer Einflussnahme

Palau: Der palauische Senatspräsident Hokkons Baules wird vom US-Außenministerium der Korruption im Auftrag chinesischer Akteure bezichtigt. Laut Stellungnahme des Ministeriums habe Baules Bestechungsgelder angenommen, um politische und wirtschaftliche Interessen Chinas zu unterstützen. Die Vorwürfe richteten sich auch gegen einen Bürgermeister auf den Marshall-Inseln.

Baules weist die Anschuldigungen von sich und zeigt sich empört über das Vorgehen der US-Regierung. Er erklärte, dass er chinesische Unternehmen in Palau unterstütze, jedoch ausschließlich auf legalem Weg. Außerdem wisse er nicht, auf welche Weise sich die Anschuldigungen stützen würden.

Palau und die Marshall-Inseln sind zwei wichtige strategische Verbündete der USA und in den letzten Jahren zunehmend zwischen die Fronten des sich verschärfenden geopolitischen Konflikts zwischen Washington und Peking geraten. Beide Länder erhalten wirtschaftliche Unterstützung von den USA im Rahmen ihrer freien Assoziierungsabkommen (COFA). Im Gegenzug ist Washington für ihre Verteidigung verantwortlich und erhält exklusiven militärischen Zugang zu strategisch wichtigen Gebieten im Pazifik.

China ist ebenfalls bestrebt, in der Region Fuß zu fassen. Dabei fährt Peking eine Strategie nach dem Prinzip Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits umwirbt die Volksrepublik die finanziell angeschlagenen pazifischen Inselstaaten mit wirtschaftlichen Investitionen. Gleichzeitig baut die Regierung in Peking immer wieder Druck auf, indem sie beispielsweise den chinesischen Tourismus nach Palau einschränkt, der auf dem Inselstaat einen wichtigen Anteil der wirtschaftlichen Einnahmen ausmacht. Denn neben Palaus strategisch günstiger Lage im Pazifik sind der chinesischen Regierung die diplomatischen Beziehungen zwischen Palau und Taiwan ein Dorn im Auge. Die Mischung aus wirtschaftlichem Druck und Charmeoffensive soll den Inselstaat dazu bewegen, die engen Verbindungen zu Taiwan zu

beenden und stattdessen diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik einzugehen.

In den vergangenen Jahren forderten palauische Regierungsvertreter eine Verstärkung der US-Präsenz durch mehr Patrouillenboote in seinen Hoheitsgewässern, nachdem chinesische Schiffe mehrmals in Palaus ausschließliche Wirtschaftszone eingedrungen waren. Palau verfügt außerdem über von den USA kontrollierte Flugplätze, und das US-Militär errichtet dort moderne Radarstationen. (<https://www.theguardian.com/global-development/2018/sep/08/palau-against-china-the-tiny-island-defying-the-worlds-biggest-country> <https://www.abc.net.au/news/2026-02-11/us-bars-palau-marshall-islands-officials-for-alleged-corruption/106329288>)

US-Migranten im Tausch für Hilfsgelder

Palau: Nachdem der palauische Kongress vergangenen Juli ein Migrationsabkommen mit den USA noch kategorisch abgelehnt hatte, erklärte sich der Inselstaat nun doch dazu bereit, bis zu 75 Migrant*innen aufzunehmen. Im Gegenzug sollen Palau zusätzliche Hilfsgelder bereitgestellt werden.

Die Einwanderungspolitik von US-Präsident Donald Trump, insbesondere die Abschiebungswelle unter seiner Regierung, wurde aufgrund fehlender rechtsstaatlicher Verfahren von Menschenrechtsaktivisten scharf kritisiert. Denn die Trump-Regierung hat sogar in Drittländer abgeschoben, zu denen die Migrant*innen meist keinerlei Verbindungen haben.

Vor diesem Hintergrund haben die USA nun auch mit Palau ein Abkommen geschlossen, in dessen Rahmen bis zu 75 Drittstaatsangehörige, die sich keiner Straftat schuldig gemacht haben, nach Palau kommen sollen, um dort zu leben und zu arbeiten und so dem lokalen Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Im Gegenzug stellten die Vereinigten Staaten insgesamt über 15 Millionen US-Dollar für die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen, Sicherheitsberater, sowie Reformen im öffentlichen Dienst bereit.

(<https://www.theguardian.com/world/2025/dec/25/tiny-pacific-nation-of-palau-to-take-migrants-from-us-in-return-for-aid>, <https://www.deutschlandfunk.de/abkommen-mit-washington-in-selbststaat-palau-nimmt-abgeschobene-migranten-aus-den-usa-auf-100.html>)

Erste Parlamentspräsidentin

Palau: Anfang Februar wurde Marie A. Nabeyama zur ersten weiblichen Legislaturin (Abgeordnete in einem gesetzgebenden Organ) im *Koror State Legislature* (dem Parlament des Bundesstaates Koror) gewählt, anschließend wurde sie auch zur Parlamentspräsidentin der 13. Legislaturperiode gewählt – als erste Frau in der Geschichte Korors in diesem Amt.

„Ich fühle mich geehrt und werde mein Bestes geben, um die Bevölkerung des Bundesstaates Koror in der 13. Legislative des Bundesstaates Koror zu vertreten“, sagte Nabeyama nach ihrer Wahl.

Palau ist eine präsidentiale, demokratische Republik mit deutlicher Trennung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Die Legislative (d.h. der Kongress, *Olbiil Era Kelulau*) Palaus hat ein Zweikammersystem: Den Senat sowie das „House of Delegates“ mit 16

Vertretern für die 16 Bundesstaaten. Mit Marie A. Nabeyama ist jetzt erstmals eine Frau zur Vertreterin des Bundesstaates Koror in die Delegiertenversammlung gewählt worden.

Hintergrund: Der Bundesstaat Koror, der bevölkerungsreichste Bundesstaat Palaus, war in den letzten Jahrzehnten bei Wahlen immer ein Trendsetter für die übrigen Bundesstaaten. Die neue Führung der Legislative des Bundesstaates Koror wird nun von den anderen Bundesstaaten der mikronesischen Inselrepublik, die sich auf ihre eigenen kommunalen Wahlen vorbereiten, genau beobachtet werden, (*Palau Island Times* 03.02.26)

Kulturerbe Kanu-Bau

Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM): Die karolinische Navigation und der Bau von Langstreckenkanus basieren in den Föderierten Staaten von Mikronesien auf jahrhundertealten Traditionen. Insbesondere auf den äußeren Inseln des Staates Yap wird die Herstellung von Kanus aus lokalen Rohstoffen und die Navigation ohne Karten oder Instrumenten nach wie praktiziert. Oft beteiligt sich die gesamte Inselgemeinde am Bau von einem neuen Kanu, der mit der Auswahl des richtigen Baums beginnt und auf einem alten indigenen Messsystem beruht. Auch die Schnitzarbeiten kurz vor der Fertigstellung involvieren aufwendige Handarbeit. Die asymmetrische Form dieser traditionellen Kanus ermöglicht hohe Geschwindigkeiten und das Befahren selbst flacher Gewässer. Anstatt moderner Technik nutzen die Kanufahrer Umweltsignale, wie zum Beispiel

atmosphärische Phänomene zur Orientierung.

Diese Navigations- und Kanubau Traditionen ermöglichten einst die Besiedlung tausender Inseln im pazifischen Ozean, sind auf den meisten Inselstaaten mittlerweile allerdings verloren gegangen. In den FSM wird das jahrhundertealte Wissen in einem eigenen Ausbildungszweig unter der Leitung von erfahrenen Kanubauern und Navigatoren noch weitergegeben. Aber es gibt immer größere Nachwuchsprobleme, weshalb der Erhalt des Kanu-Baus und der traditionellen Navigation auch auf den Föderierten Staaten von Mikronesien gefährdet ist.

(<https://ich.une-sco.org/en/USL/carolinian-wayfinding-and-cano-making-01735>)

Bevölkerungsrückgang

FSM: Die Föderierten Staaten von Mikronesien sind seit mehreren Jahren von einem signifikanten Bevölkerungsrückgang betroffen. Experten gehen davon aus, dass die Bevölkerung innerhalb der letzten zehn Jahre um ca. zehn Prozent geschrumpft ist, wobei die Abwanderung ins Ausland aufgrund von mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven einer der Hauptgründe ist. Beobachter befürchten, dass pazifische Inselstaaten wie die FSM eines Tages fast oder vollständig verlassen sein könnten, wenn sich der aktuelle Trend weiter fortsetzt.

Die Erfahrung anderer Pazifikstaaten, die in der Vergangenheit einen ähnlichen Bevölkerungsrückgang erlebt haben, hat jedoch gezeigt, dass es sich dabei meist nur um eine Phase handelt, der eine weitere Phase der Stabilisierung oder sogar des

Bevölkerungswachstum folgt. Zudem hat der Rücklauf auch seine positiven Seiten. Die FSM sind wirtschaftlich stark von ausländischer Entwicklungshilfe abhängig, die sich nun auf weniger Bewohner*innen verteilen und somit zu einem höheren Pro-Kopf-Einkommen führt. Bereits jetzt macht sich dieser Effekt bemerkbar und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um geschätzte 5 Prozent gewachsen. Unklar ist bisher jedoch nach wie vor, ob ein Bevölkerungsrückgang das Pro-Kopf-Einkommen so weit steigern kann, dass tatsächlich in Zukunft eine Stabilisierung eintritt.

(<https://devpolicy.org/depopulation-in-fsm-and-rmi/>,

<https://unmission.fm/fsm-statement-at-the-commission-on-population-and-development/>)

Neuer Botschafter in Kanada

FSM: Am 28. Januar 2026 hat Jackson T. Soram, Botschafter der Föderierten Staaten von Mikronesien in den USA, sein Beglaubigungsschreiben in Ottawa an Mary May Simon, Generalgouverneurin von Kanada, überreicht und sich damit als neuer Botschafter der FSM auch für Kanada legitimiert.

Botschafter Soram bekräftigte sein Engagement für die Förderung der Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse, darunter nachhaltige Entwicklung und Klimawandel, Bildung und zwischenmenschlicher Austausch. Speziell zum Thema zwischenmenschlicher Austausch verwies Botschafter Soram auf die wachsende Diaspora von Bürger*innen der Föderierten Staaten von Mikronesien in den Vereinigten Staaten, insbesondere auf die Notwendigkeit, dass sich die

Bürger*innen frei über die Grenzen zwischen den USA und Kanada bewegen können, um Orte in Kanada zu besuchen.

Beide Seiten wollen nun eine Vereinbarung erarbeiten, die den Grenzverkehr für die FSM-Bürger*innen besser regelt.

Info: Die Föderierten Staaten von Mikronesien und Kanada nahmen 1993 diplomatische Beziehungen auf und pflegen seitdem freundschaftliche Beziehungen.

(<https://kpress.fm/issues/KPress-Vol26-Iss05-11Feb26-WEB.pdf>)

Erste Drag-Show verspricht Superstar-Talente

Guam: Die erste große Drag-Show „Romeo to Juliet“, die Ende Februar auf Guam stattfindet, soll laut Veranstalter Travis Duenas die Drag-Szene der Insel wieder beleben und einen neuen Tourismusmarkt erschließen.

Drag ist eine queere Kunstform, bei der Geschlechternormen durch eine überzeichnete Darstellung von Weiblichkeit und Männlichkeit parodiert, hinterfragt oder künstlerisch inszeniert werden.

In der ausverkauften Show werden neben lokalen Talenten aus Hawai'i und Guam auch eine Reihe von internationalen Superstars aus der Drag-Szene auftreten. Laut Duenas habe Guam einst einige der renommiertesten Talente im Pazifik hervorgebracht. Er hofft, dass „Romeo to Juliet“ nur der Auftakt zu weiteren Veranstaltungen sei, die lokalen Unternehmen zugutekommen und Nachwuchstalente in der Transgenderszene fördern würden. Die Show soll auch insgesamt größere Aufmerksamkeit auf die Insel ziehen.

Zudem hofft Duenas, dass sein Veranstaltungsunternehmen *Under the Wig* mit diesem Konzept zeigen kann, dass es einen Markt für diese Art von Unterhaltung gibt, der auch mehr Besucher*innen anlocken könnte. Tourist*innen aus Japan, Korea, Thailand und Taiwan möchten laut Duenas heutzutage vielfältige Unterhaltungsmöglichkeiten geboten bekommen und Drag in seiner reinsten Form sei dabei ein hervorragendes Erzählformat.

Info: Die auf Guam geborene Drag Queen Adrian Diaz wuchs in der Trans- und Drag-Community der Insel auf, nachdem ihr Vater sie mit zwölf Jahren zu einem Wettbewerb angemeldet hatte. Nach ihrem ersten Sieg als *Queen of Queens* begann sie 2003 mit Drag-Auftritten. Laut Diaz würden Drag-Shows sowohl bei Tourist*innen als auch bei Einheimischen auf Begeisterung stoßen. Ihr selbst wäre besonders der Kontakt zum Publikum wichtig. Lokale Drag-Gruppen, wie die *Untouchables*, die meist in Clubs auftreten, seien auf Guam längst bekannt. Diaz wünscht sich allerdings eine größere Bandbreite an Drag-Auftritten, die zum Beispiel nicht nur abends in Clubs, sondern auch tagsüber stattfinden, sodass sich auch ältere und ganz junge queere Menschen Shows anschauen können.

Auch die auf Hawai'i lebende Drag-Queen Coco Chandelier nimmt an der Show teil. Sie unterrichtet an der Universität von Hawai'i im Fachbereich Theater und Tanz. Chandelier beschäftigt sich schon seit längerem mit der Geschichte von Drag-Auftritten, denn für sie symbolisiere Drag, wie frei sich Frauen mittlerweile in der Kunst ausdrücken können.

Gleichzeitig sei die Drag-Community auch ein Raum, in dem Frauen – egal ob transgender oder nicht – Unterstützung finden, die ihnen sonst teilweise fehlt. Drag kämpfe damit auch aktiv gegen Sexismus in der Gesellschaft.

(https://www.guampdn.com/news/guams-first-premier-drag-show-promises-superstar-talent/article_a84555b7-2d47-4aa5-bced-d9f6ca252f17.html
https://en.wikipedia.org/wiki/Drag_entertainment)

Japanisches Massengrab aus dem Zweiten Weltkrieg

Nördliche Marianen: Tinian, eine der drei Hauptinseln der Nördlichen Marianen, war im Zweiten Weltkrieg Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen amerikanischen und japanischen Soldaten.

Nun konnte anhand von US-amerikanischen Aufzeichnungen und Archivmaterial ein japanisches Massengrab verortet werden, in dem US-Streitkräfte während der Kriegsjahre 140 Leichen bestattet hatten. Das japanische Gesundheitsministerium hat bereits die sterblichen Überreste von 86 Menschen geborgen. Das Archivmaterial verweist außerdem auf ein weiteres Massengrab in der Nähe mit 308 Toten. Das Ministerium hat bereits weitere Untersuchungen veranlasst.

(<https://japannews.yomiuri.co.jp/09.01.26>)

Von Nauru zu Naoero?

Nauru: Präsident David Adeang von Nauru legte Ende Januar einen Verfassungsänderungsantrag vor, nach dem der bisherige Landesname „Nauru“ zu „Naoero“ geändert werden soll. Grund dafür sei, dass die vorgeschlagene

Änderung die Sprache, Kultur und Identität des Landes wesentlich besser repräsentieren würde.

In einer Erklärung teilte die Regierung mit, der Name Nauru sei entstanden, weil Naoero von Nicht-Muttersprachlern, also den Kolonialmächten, nicht korrekt ausgesprochen werden konnte.

Auch andere Länder haben in der Vergangenheit ihren Landesnamen aus ähnlichen Gründen geändert, wie beispielsweise Eswatini und Türkiye. Eine Umbenennung hätte für Nauru allerdings auch einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand zur Folge. Eine endgültige Entscheidung, die nur mit zweidrittel Mehrheit im Parlament zugunsten einer Namensänderung gefällt werden kann, wird erst in mehreren Monaten erwartet.

(<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/586787/nauru-president-proposes-changing-country-name-to-naoero>)

Britischer König gratuliert

Tokelau: Der britische König Charles III. und seine Frau Camilla haben eine Video-Grußbotschaft anlässlich der 100-jährigen Beziehungen zwischen Tokelau und Neuseeland nach Tokelau geschickt.

In seiner Botschaft erklärte der König die tiefe Symbolik der Flagge Tokelaus, die ein „*Kanu unter vollen Segeln auf dem Weg zu den Sternen des Kreuz des Südens*“ darstellt. König Charles sagte, dass diese Sterne die Tokelauer seit Jahrhunderten über die Gewässer des Pazifiks geleitet haben, und er drückte seine Hoffnung aus, dass die Menschen sehr stolz auf die 100-jährige „Reise“ ihres Landes und seine vielen

Errungenschaften seien.

Charles sagte weiter, dass er und Königin Camilla schöne und bleibende Erinnerungen an ihre Begegnungen mit Mitgliedern der tokelauischen Gemeinschaft während ihrer Besuche in Neuseeland hätten.

Zur feierlichen Flaggenzeremonie war eigens eine Delegation aus Neuseeland unter Leitung der Generalgouverneurin von Neuseeland, Dame Cindy Kiro, angereist. Die Delegation der Generalgouverneurin - zu der auch Kiro's Ehemann, der neuseeländische Arzt Dr. Richard Davies gehörte - besuchte alle drei Atolle Tokelaus (Fakaofu, Nukunono und Atafu), um an Begrüßungszeremonien teilzunehmen, sich mit *Taupulega* (Ältestenräten) und *Fatupaepae* (Frauengruppen) zu treffen und wichtige Infrastrukturprojekte wie Schulen, Krankenhäuser und Anlagen für erneuerbare Energien zu besichtigen.

Info: Die Verwaltung von Tokelau wurde 1926 von Großbritannien an Neuseeland übertragen. Am 1. Januar 1949 wurde Tokelau mit dem *Tokelau Act* 1948 offiziell ein nicht selbstregiertes Territorium Neuseelands. (Artikel von Julia Ratzmann. *Pacific Media News* 11.02.26, *Wikipedia*)

MARSHALL-INSELN

Hohe Rate an häuslicher Gewalt

Trotz der hohen Rate häuslicher Gewalt auf den Marshall-Inseln melden sich nur wenige Frauen, um den vom Gericht angebotenen Schutz vor misshandelnden Partnern in Anspruch zu nehmen.

Im Jahr 2025 gab es einen Anstieg der Zahl der von Frauen eingereichten zivilrechtlichen Anträge auf einstweilige Schutzanordnungen. Dies folgt auf einen historischen Tiefstand im Jahr 2024, als laut Statistiken des Obersten Gerichtshofs nur ein einziger Fall von häuslicher Gewalt von einer Frau vor den Obersten Gerichtshof zur Erlangung einer Schutzanordnung vorgebracht wurde.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der von Frauen eingereichten Anträge auf Schutz auf sechs – darunter allein zwei im Dezember 2025.

Der Trend der letzten Jahre liegt jedoch deutlich unter der Zahl der Anträge, die Mitte der 2010-er Jahre von Frauen beim Obersten Gerichtshof der Marshall-Inseln eingereicht worden waren. Informationen aus den letzten zehn Jahren zeigen, dass in den drei Jahren von 2016 bis 2018 40 Frauen beim Obersten Gerichtshof Anträge auf einstweiligen Schutz vor gewalttätigen Partnern und/oder (Ehe-)Männern gestellt hatten. In den letzten drei Jahren, 2023 bis 2025, beantragten weniger als die Hälfte dieser Frauen – 16 – gerichtlichen Schutz.

Der Rückgang der Anträge von Frauen auf Schutzanordnungen beim Obersten Gerichtshof in den letzten drei Jahren scheint allerdings nicht mit den veröffentlichten Berichten über anhaltende häusliche Gewalt in den Gemeinden übereinzustimmen.

Der US-Menschenrechtsbericht 2022 über die Marshall-Inseln zitierte beispielsweise einen Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO, in dem „geschätzt wurde, dass 38 Prozent der jemals verheirateten oder in einer

Partnerschaft lebenden Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in ihrem Leben Gewalt durch einen Intimpartner erlebt hatten, davon 19 Prozent in den letzten 12 Monaten“.

Zahlen aus dem „2025 Pacific Gender Outlook“, der von *UN Women* und dem *Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft* veröffentlicht wurde, zeigen, dass jede fünfte Frau und jedes fünfte Mädchen auf den Marshall-Inseln, die jemals in einer Partnerschaft gelebt haben, körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt haben. (*Radio NZ 05.01.26*)

Rekordzahl an Abschiebungen

Im vergangenen Jahr sind 76 straffällig gewordene Staatsbürger*innen der Marshall-Inseln aufgrund der rigiden Migrationspolitik von US-Präsident Donald Trump aus den USA abgeschoben worden. 40 dieser 76 Menschen im Alter zwischen 20 und 46 Jahren wurden aus dem Nordwesten von Arkansas abgeschoben, dem Bundesstaat mit der größten Konzentration von legal in den USA aufhaltenden Marshalliesen (rund 15.000) in den USA.

In den beiden ersten Monaten des Jahres 2026 gab es bereits 14 Abschiebungen von Marshalliesen*innen, davon fast nur Männer. Die meisten von ihnen hielten sich legal in den USA auf.

Einige der Abschiebungen erfolgten auf den Tatbestand des „Nicht-Erscheinens“ zu Gerichtsverhandlungen in den USA, wie die lokale Wochenzeitung *Marshall Islands Journal* schreibt.

Auf den Marshall-Inseln kümmert sich Rien Simon um die Abgeschobenen. Er ist Präsident und

Gründer des neuen gemeinnützigen Projekts „*Marshall Island Halfway House*“ mit Sitz in der Hauptstadt Majuro, das sich um die kriminellen Ausgewiesenen nach deren Ankunft in Majuro kümmert. Er war auch an der Gründung der Anfang letzten Jahres ins Leben gerufenen „*Republic of the Marshall Islands Deportation Task Force*“ beteiligt, deren Mitglied er immer noch ist. Unter der Schirmherrschaft der *Marshall Islands Deportation Task Force* werden repatriierte Marshalliesen nun bei ihrer Ankunft einer medizinischen und einwanderungsrechtlichen Untersuchung unterzogen.

„Die jüngsten Trends bei der Strafverfolgung zeigen, dass marshallische Staatsbürger mit Vorstrafen – selbst bei geringfügigen Vergehen – zunehmend von Abschiebungen betroffen sind, insbesondere, wenn diese Vergehen mit ihrem Einwanderungsstatus in Zusammenhang stehen“, erklärt Simon die hohe Zahl an Abschiebungen im vergangenen Jahr.

Info: Beamte der US-Einwanderungs- und Zollbehörde ICE (*Immigration and Customs Enforcement*, ICE) waren von der Trump-Regierung angewiesen worden, eine große Anzahl von Menschen zu verhaften und in ihre Herkunftsländer abzuschieben, manchmal nur wegen eines Verkehrsverstoßes oder eines geringfügigen Vergehens.

Marshalliesische Staatsangehörige, mit Ausnahme derjenigen mit Vorstrafen, können ohne Visum in die USA einreisen. Sie werden gemäß einem bilateralen Freihandelsabkommen (COFA) aus dem Jahr 1986 als Nicht-Einwanderer mit dem Status „*Freely Associated State (FAS)*“

eingestuft. Im Gegenzug unterhält das US-Militär eine strategische Interkontinentalraketenbasis im Pazifik auf dem Kwajalein-Atoll in den Marshall-Inseln.

Der COFA-Vertrag verpflichtet marshallische Staatsangehörige, die in den USA leben, zur Einhaltung der Gesetze und zur Führung eines gültigen Reisepasses und eines sogenannten I-94-Reisedokuments, das als offizieller Nachweis für die Ein- und Ausreise von Nicht-US-Bürger*innen dient. In der Vergangenheit drohte Personen mit Vorstrafen bereits die Abschiebung, während Inselbewohner*innen mit abgelaufenen Reisedokumenten kaum rechtliche Konsequenzen zu befürchten hatten. Das ändert sich jedoch gerade, so Simon. (*Palau Island Times 13.02.26, Marshall Islands Journal 06.03.26, <https://arktimes.com/arkansas-blog/2025/08/05/marshalliese-deportations-escalate-in-arkansas-and-elsewhere-under-trump>*)

Auszeichnung für Beamten

Jimata Kabua Jr. ist vom *International Code Council* mit dem „*Global Award 2025*“ ausgezeichnet worden. Der Regierungsbeamte arbeitet als Assistant Secretary in der *Division of Building Safety & Regulations des Ministry of Public Works, Infrastructure and Utilities* (Bauministerium). In dieser Funktion spielt er eine wichtige Rolle bei der Umsetzung und Durchsetzung von Gebäudesicherheitsstandards im Land. Ausgezeichnet wurde er für seine herausragenden Beiträge zur Gebäudesicherheit auf den Marshall-Inseln.

Info: Der 1994 gegründete *International Code Council (ICC)* ist eine US-amerikanische Nichtregierungsorganisation, die

Baunormen und Modellbauordnungen entwickelt. Die sogenannten I-Codes (z. B. *International Building Code*, *International Residential Code*) dienen in den USA als Gold-Standard für sichere, nachhaltige und bezahlbare Gebäude. (*Marshall Islands Journal* 27.02.26, *Wikipedia*)

Treffen zwischen Heine und Albanese

Die Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine, hat sich während eines offiziellen Besuchs in Canberra Anfang Februar auch mit dem australischen Premierminister Anthony Albanese getroffen – sie ist die erste marshallische Staatschefin seit mehr als drei Jahrzehnten, die *Down Under* besucht. Der letzte Besuch eines Präsidenten der Marshall-Inseln fand laut der australischen Botschaft im Jahr 1993 statt.

Heines Besuch markierte „*ein neues Kapitel in den hochrangigen Beziehungen*“ zwischen den beiden Nationen, wie ihr Büro in einer Presseerklärung mitteilte.

Die Gespräche zwischen den beiden Staatschefs konzentrierten sich auf Klimaschutzmaßnahmen und gemeinsame regionale Prioritäten. Präsidentin Hilda Heine würdigte außerdem die baldige Eröffnung einer australischen Botschaft in Majuro als wichtigen Meilenstein in den bilateralen Beziehungen. Außerdem lud sie Premier Albanese zu einem Besuch auf den Marshall-Inseln ein. Albanese bedankte sich für den Staatsbesuch und sagte: „*Der Pazifik ist unsere Heimat und unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn sind wichtig.*“ (*Radio NZ Intern* 03.02.26)

KIRIBATI

Aktualisiertes Partnerschaftsabkommen mit Neuseeland

Der neuseeländische Außenminister Winston Peters hat in Tarawa Mitte Januar eine Partnerschaftserklärung mit dem Vizepräsidenten von Kiribati, Dr. Teuea Toatu, unterzeichnet – genau ein Jahr später, nachdem Peters letztes Jahr vom Präsidenten Kiribatis brüskiert worden war, was die diplomatischen Beziehungen belastete und eine Überprüfung der neuseeländischen Hilfe für Kiribati auslöste.

Mit der Unterzeichnung des neuen Abkommens hat Neuseeland jetzt seine Unterstützung für Kiribati erneuert und sich damit zu mehr Unterstützung in den Bereichen Gesundheit, Arbeitskräftemobilität und Wasserversorgungssicherheit verpflichtet.

Während des Treffens in Tarawa diskutierten Peters und der Vizepräsident von Kiribati die Beziehungen zwischen Neuseeland und Kiribati, regionale und globale Themen von gemeinsamem Interesse sowie die Bedeutung des *Pacific Islands Forum* für die Förderung der regionalen Zusammenarbeit in einem schwierigen geostrategischen Umfeld.

Außerdem gaben sie gemeinsam Folgendes bekannt:

- weiteres Engagement Neuseelands für die Prävention nicht übertragbarer Krankheiten und die Unterstützung der Gesundheit von Müttern und Kindern in Kiribati;
- erneute Unterstützung für das Programm zur Stärkung der Arbeitskräftemobilität im Pazifikraum, damit mehr Arbeitnehmer*innen aus Kiribati am

neuseeländischen Programm für anerkannte Saisonarbeitgeber teilnehmen können;

- Erhöhung der Mittel für die Wasserversorgungssicherheit in Kiribati durch die Pazifische Partnerschaft für die Wasserversorgungssicherheit auf Atollen (*Pacific Partnership for Atoll Water Security*) in Zusammenarbeit mit der Pazifischen Gemeinschaft (SPC).

Hintergrund: Dies war Winston Peters' zweiter offizieller Besuch in Kiribati nach seiner letzten Reise dorthin im Jahr 2019.

„*Die Rückkehr nach Tarawa hat sowohl die akuten Herausforderungen, denen Kiribati gegenübersteht, als auch den Beitrag, den Neuseeland leisten kann und sollte, um diese zu bewältigen, deutlich gemacht*“, sagte Peters.

Mit seinem Besuch erfüllte Peters auch ein Versprechen, das er bei seinem Amtsantritt im Jahr 2023 gegeben hatte: Nämlich während seiner Amtszeit als neuseeländischer Außenminister alle 17 Mitglieder des *Pacific Islands Forum* zu besuchen. (*Radio NZ Intern* 19.01.26)

NGOs fordern Einbeziehung von Gemeinden

Der Verbund von Nichtregierungsorganisationen auf Kiribati, die *Kiribati Association of NGOs* (KANGO), hat eine stärkere Anerkennung der Führungsrolle der Gemeinden und der traditionellen Regierungsführung bei der Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und der freiwilligen nationalen Überprüfung (*Voluntary National Review*) 2026 gefordert.

KANGO-Vertreter Ueakeia Tofinga betonte in seiner Rede auf dem *Asia-Pacific Forum on Sustainable Development*, dass nachhaltige Entwicklung in Kiribati eng mit dem Überleben der Nation angesichts wachsender Klimabedrohungen verbunden ist. Er hob die nationale traditionelle i-Kiribati-Philosophie von „*Te Mauri, Te Raoi, ao Te Tabomoa*“ (Gesundheit, Frieden und Wohlstand) als Leitprinzipien für Entwicklungsbemühungen hervor.

Tofinga sagte weiter, dass Entwicklungsstrategien auf Gemeindeebene beginnen sollten, insbesondere innerhalb der *Maneaba*, dem traditionellen Versammlungsort, an dem lokale Entscheidungen getroffen werden.

Laut KANGO leisten Basisorganisationen, darunter kirchliche Gruppen, Frauennetzwerke und Jugendgruppen, bereits einen aktiven Beitrag zur Klimaanpassung, Ernährungssicherheit und Widerstandsfähigkeit der Gemeinden. Ihre Beiträge werden jedoch in offiziellen nationalen Berichten und Entwicklungsplanungsprozessen oft übersehen oder unzureichend dargestellt, ergänzte Tofinga. Dies gälte es zu ändern. Deshalb plädiert KANGO für den Einsatz partizipativer Umfragen und lokaler Kartierungsmethoden, um die Erfahrungen und Perspektiven der Gemeinden zu erfassen, die in den üblichen statistischen Daten nicht immer sichtbar sind. Außerdem betonte der KANGO-Vertreter, wie wichtig es ist, zivilgesellschaftliche Organisationen in jede Phase der nationalen Planung und Entscheidungsfindung einzubeziehen und nicht nur in späteren Konsultationsphasen.

Durch die Einbeziehung der Stimmen der Gemeinden in nationale

und internationale Entwicklungsprozesse könnten Fortschritte laut KANGO inklusiver, verantwortungsbewusster und besser auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt werden, meinte er.

(<https://news.fundsforngos.org/2026/03/06/kiribati-ngos-call-for-stronger-local-governance-to-rescue-sdgs/> 06.03.26)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Hohe Ausgaben für Essen

Tonga: Im Jahr 2021 gaben tongaische Haushalte 33 % ihrer Gesamtausgaben für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke aus. Bezieht man Mahlzeiten außerhalb des Hauses („to go“ oder im Restaurant) mit ein, sind es sogar 45 %.

Das bedeutet, dass fast die Hälfte des Haushaltsbudgets für Lebensmittel ausgegeben wird, darunter Grundnahrungsmittel, zusätzliche Proteinhaltige Produkte, Obst und Gemüse, was die zentrale Rolle der Lebensmittelkosten für die Ernährung und das Wohlergehen tongaischer Familien unterstreicht.

(<https://stats.pacificdata.org/>)

Studie verbindet Krätze mit rheumatischer Herzkrankheit bei Kindern

Tonga: Ärzte und Epidemiologen haben verstärkte Anstrengungen zur Ausrottung der Hautkrankheit Krätze in Tonga gefordert, um die Häufigkeit rheumatischer

Herzerkrankungen bei Kindern vor Ort zu verringern.

Eine Studie der Universität Auckland (Neuseeland) hatte zuvor einen starken Zusammenhang zwischen Krätze und rheumatischer Herzkrankheit bei tongaischen Schulkindern festgestellt. Die Studie wurde in Zusammenarbeit mit dem neuseeländischen Gesundheitsforschungsrat, dem tongaischen Gesundheitsministerium und der *Tonga National University* durchgeführt.

Die Forscher*innen untersuchten für die Studie 400 Kinder aus vier Schulen in Tongatapu. Sie fanden heraus, dass Kinder, die sowohl an Krätze als auch an einer bakteriellen Hautinfektion litten, fast fünfmal häufiger an rheumatischer Herzkrankheit erkrankten als Kinder mit gesunder Haut.

Der pazifische Epidemiologe Dr. Gerhard Sundborn erklärte: „*Mit jeder Studie, die wir durchführen, wird der Zusammenhang immer deutlicher. Wir glauben daher, dass dies darauf hindeutet, dass Krätze ein ursächlicher Mechanismus für Rheuma ist.*“

Krätze sei leicht zu behandeln, sagte Dr. Sundborn. Sie wird in der Regel mit Permethrin-Creme oder Ivermectin-Tabletten behandelt.

„*Die einzige Schwierigkeit besteht darin, dass bei einer hohen Prävalenz die gesamte Bevölkerung behandelt werden muss. Für Gemeinden oder Bevölkerungsgruppen mit einer Prävalenz von über zehn Prozent empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation eine Massenmedikamentengabe, bei der die gesamte Bevölkerung gleichzeitig behandelt wird,*“ so der Arzt, der seit acht Jahren zum Zusammenhang zwischen Krätze

und rheumatischen Herzkrankheiten forscht.

Die Massenmedikamentengabe mit Ivermectin hat sich zuvor im Pazifikraum in Ländern wie Fidschi bewährt, um die Krätze-Rate innerhalb von zwei Jahren erheblich zu senken. Dr. Sundborn ist zuversichtlich, dass dies auch in Tonga möglich ist.

Info: Die bereits verstorbene Frau Dr. Toakase Fakakovikaetau hatte bereits 2008 das Vorsorgeprogramm „Mafu Sai“ (Gutes Herz) ins Leben gerufen, um Kinder mit Herzschwäche frühzeitig behandeln zu können. (RNZ 10.12.25)

Stärkung der städtischen Widerstandsfähigkeit

Tonga: Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) hat einen Zuschuss in Höhe von 80 Millionen US-Dollar zur Finanzierung wichtiger Infrastrukturverbesserungen auf Tongatapu genehmigt, mit denen das Projekt „*Tonga Sustainable Economic Corridors and Urban Resilience*“ (SECURE) finanziert wird.

Im Rahmen von SECURE werden eine 720 Meter lange Brücke über die Fanga'uta-Lagune und 2,1 km Zufahrtsstraßen gebaut sowie 7,3 km Entwässerungsinfrastruktur im Großraum der Hauptstadt Nuku'alofa modernisiert.

Die Arbeiten sollen die Verkehrsüberlastung verringern, die Anbindung an den Hafen und den Flughafen verbessern und sicherere Evakuierungswege für Gemeinden schaffen, die von Überschwemmungen, Wirbelstürmen und Tsunamis bedroht sind. Die Infrastrukturmaßnahmen sollen die Widerstandsfähigkeit der

Stadtbewohner*innen gegenüber Naturkatastrophen stärken.

Info: Dieses Projekt ist Teil einer größeren Ko-Finanzierungszusage der ADB und der Weltbank in Höhe von insgesamt 120 Millionen US-Dollar und ist das größte von Entwicklungspartnern finanzierte Vorhaben in der Geschichte Tongas. (Talanoa o' Tonga 10.12.25)

Tonga will Botschaft in Fidschi eröffnen

Tonga: Das Königreich Tonga will seine erste diplomatische Vertretung in Fidschi eröffnen. Dem hat das fidschianische Kabinett bereits einstimmig zugestimmt. Die fidschianische Regierung erklärte, die neue Vertretung werde die historischen Beziehungen zwischen den pazifischen Nachbarstaaten vertiefen und eine konsequentere Zusammenarbeit ermöglichen.

Die neue diplomatische Präsenz soll den Handel und die Investitionen fördern, die Mobilität der Arbeitskräfte verbessern und die konsularischen Dienstleistungen für die Bürger*innen beider Länder verbessern.

Alle Kosten für die Einrichtung und den Betrieb der Botschaft in Fidschis Hauptstadt Suva werden von der tongaischen Regierung getragen.

Die Eröffnung einer Botschaft sei ein gutes Signal für die zunehmende Solidarität der Pazifikstaaten angesichts geopolitischer Herausforderungen in der Region, hieß es aus Tonga. (Talanoa o' Tonga 19.02.26)

Neue App gegen Kulturverlust

Samoa: Für Samoaner*innen, die außerhalb ihrer Dörfer im Ausland aufwachsen, kann es unmöglich erscheinen, die Titel ihrer Vorfahren und ihre Herkunfts- und Familiengeschichte zu kennen. Eine neue Applikation für das Mobiltelefon soll das jetzt ändern. Die App heißt „Fa'alupega“ - nach der heiligen Praxis der Ehrentitel der Häuptlinge.

Fa'alupega verbindet Menschen mit ihrem Dorf, dem Land ihrer Vorfahren und familiären Hierarchien und bildet damit die Grundlage für *Fa'asāmoa*, die samoanische Lebensweise.

Traditionell wird dieses Wissen von den Matai (Häuptlingen) mündlich weitergegeben und bei Zeremonien geteilt. Diese Praxis findet sich auch in gedruckten Werken wie im Buch *O le tusi fa'alupega o Sāmoa*, das erstmals 1915 veröffentlicht wurde.

Der samoanische Software-Entwickler Julius To'o hat die Fa'alupega-App jetzt auf den Markt gebracht, um diese Aufzeichnungen für die Zukunft zu bewahren und sie digital in einer Datenbank kostenlos zur Verfügung zu stellen.

„*Fa'alupega ist nicht nur ein Wort. Es ist die Landkarte dessen, wer wir sind und woher wir kommen*“, sagte To'o, der über 15 Jahren Erfahrung in der Programmierung von Software hat.

Die App soll das wachsende Risiko des kulturellen Verlusts unter den in der ausländischen Diaspora lebenden Samoaner*innen minimieren.

Daten aus der Volkszählung von 2023 zeigen, dass rund 91,4 Prozent der samoanischen Kinder unter 15 Jahren in Neuseeland geboren wurden, wo sie nur sehr

begrenzt Zugang zu traditionellem Wissen haben.

Die App geht auch auf das *mā* (Schamgefühl) ein, das einige Samoaner*innen im Ausland empfinden, wenn sie mit Sprach- oder Kulturkenntnissen zu kämpfen haben.

To'o erklärte, dass seine App einen sicheren Raum bietet, in dem Menschen privat ihr Wissen aufbauen können. Er fügte hinzu, dass Nutzer*innen sich auf ihr eigenes Dorf konzentrieren oder mehrere Dörfer und Inseln erkunden können.

Info: Die App ist für iOS und Android verfügbar und enthält eine vollständige Datenbank mit den Titeln der samoanischen Häuptlinge. (*Pacific Media News* 17.02.26)

Eröffnung einer Botschaft in Jerusalem

Samoa: Premierminister Laaulialemalietoa Polataivao Schmidt erklärte Anfang Januar 2026 vor Vertretern der samoanischen Zweigstelle der *International Christian Embassy Jerusalem*, er habe das Außenministerium seines Landes angewiesen, mit den Vorbereitungen für die Eröffnung einer samoanischen Vertretung in Jerusalem zu beginnen. Er wolle, dass die Botschaft noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehme.

Dieser Schritt folgt auf die Einrichtung der Botschaft Fidschis in Jerusalem im letzten Jahr und die Eröffnung der Botschaft Papua-Neuguineas in der Stadt im Jahr 2023.

Nur eine Handvoll Länder erkennen Jerusalem als Hauptstadt Israels an – 2017 stimmte die UN-

Generalversammlung während einer seltenen Dringlichkeitssitzung mit überwältigender Mehrheit (128 zu 9) dafür, die Länder aufzufordern, keine diplomatischen Vertretungen in der historischen Stadt einzurichten, da das besetzte Ostjerusalem als Hauptstadt des Staates Israel vorgesehen ist.

Bei der Erörterung seiner Entscheidung sprach Laaulialemalietoa über die Verbindungen Samoas zu Israel. Er ging auf sein Treffen mit der stellvertretenden israelischen Außenministerin Sharren Haskel ein, das er letztes Jahr während einer medizinischen Behandlung in Neuseeland hatte. Er habe sich sehr über den Besuch der Außenministerin an seinem Krankenbett gefreut, sagte der Premier. *„Es war ein Segen für mich zu erfahren, dass Israel auch ein Auge auf Samoa geworfen hat, da wir in vielerlei Hinsicht eine enge Verbindung haben.“*

Info: Jerusalem und Apia arbeiten seit Jahren über die *Israelische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit* (MASHAV) zusammen und bieten Schulungen und Unterstützung in Bereichen wie Energie an. Im Jahr 2023 ratifizierten die beiden Länder ein Abkommen über die gegenseitige Befreiung von der Visumpflicht.

Derzeit unterhalten sieben Länder – die Vereinigten Staaten von Amerika, Fidschi, Guatemala, Honduras, Kosovo, Papua-Neuguinea und Paraguay – vollwertige Botschaften in Jerusalem. (*Asia Pacific Report* 11.01.26, <https://www.jpost.com/israel-news/article-882961>)

Schüler*innen rasseln durch nationale Prüfungen

Samoa: Am 23. Januar wurden die Ergebnisse der zentralen staatlichen Schulprüfungen (*national exams*) bekanntgegeben. Premierminister La'aulialemalietoa Leuatea Schmidt zeigte sich enttäuscht von den Samoaweit schlechten Prüfungsergebnissen. Ein Großteil der Schüler*innen habe die Prüfungen nicht bestanden, die meisten seien in den Fächern Englisch und Mathematik durchgefallen.

Der Premier erklärte, dass in der Vergangenheit die Prüfungsunterlagen für nationale Prüfungen in Neuseeland erstellt worden waren, wodurch ein hohes akademisches Niveau aufrechterhalten wurde. Die Umstellung auf lokal erstellte Prüfungsunterlagen in diesem Jahr habe zu einem Rückgang der Ergebnisse in den Fächern Lesen und Mathematik beigetragen.

Es mangle dabei aber nicht an Schulen per se, sondern an qualifizierten Lehrkräften, erklärte der Premier. Die Lösung sei, Lehrkräfte aus dem Ausland nach Samoa zu holen. Die Regierung habe bereits Anträge an Entwicklungspartner vorbereitet, um Unterstützung für die aktuelle Situation im Bildungssystem zu erhalten.

Die Regierung arbeite bereits jetzt an einem Projekt zur Stärkung der frühkindlichen Bildung, so der Premier. Diese Initiative umfasste auch die Bereitstellung nahrhafter Mittags-Mahlzeiten für Schüler*innen. Die Programme sollen entweder in diesem oder im nächsten Jahr starten.

Die Regierung bereite sich außerdem darauf vor, die Stipendienmöglichkeiten durch die

Zusammenarbeit mit 20 neuen Entwicklungspartnern zu erweitern, um einkommensschwache Eltern und gute Schüler*innen besser zu unterstützen. In der Diskussion sei auch eine Vorverlegung des Unterrichtsbeginns von bisher 9 Uhr auf 8 Uhr morgens. Je länger die Kinder und Jugendlichen in der Schule blieben, desto weniger würden sie „auf der Straße abhängen“, so der Premier, der anfügte, er sei in seiner Schulzeit von strengen Lehrkräften aus Australien erzogen worden und das habe ihm nicht geschadet. (*Samoa Observer* 23.01.26)

Konsultationen zum Tiefseebergbau

Cook-Inseln: Die *Cook Islands Seabed Minerals Authority* (SBMA) hat Ende Januar in den Dörfern Amuri und Tautu auf der Insel Aitutaki 2-tägige Konsultationen mit den Gemeinden durchgeführt, um über die neuesten Entwicklungen im Bereich des geplanten Tiefseebergbauprojektes zu informieren und direktes Feedback von den lokalen Gemeinden einzuholen.

Die Regierungsdelegation wurde vom Premierminister und Minister für Meeresbodenmineralien, Mark Brown, sowie hochrangigen Vertretern der SBMA aus den Teams für Partnerschaften und Zusammenarbeit sowie Wissensmanagement geleitet. Der Delegation gehörten auch Mitglieder des Beratungsausschusses für Meeresbodenmineralien an, darunter der Vorsitzende Bishop Tutai Pere und das Ausschussmitglied George Williamson.

Die Delegation informierte in den Dörfern über aktuelle Entwicklungen im Bereich Tiefseebergbau und bot Gelegenheit zu einer

offenen Diskussion. Die Gemeindeglieder brachten Fragen zu Umweltschutz, finanzieller Sicherheit und Governance-Systemen zur Sprache.

„Diese öffentlichen Treffen untermauern unser Engagement, unsere Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen“, sagte Edward Herman, Direktor für Partnerschaften und Zusammenarbeit bei der SBMA. „Das Feedback und die Fragen aus diesen Sitzungen tragen dazu bei, dass die Regierung rechenschaftspflichtig bleibt und sich auf positive Ergebnisse für unser Land konzentriert.“

Das Feedback aus den Konsultationen war insgesamt positiv, wobei viele Teilnehmer*innen den Fortschritt befürworteten und gleichzeitig die Bedeutung einer kontinuierlichen Einbindung, Transparenz und sorgfältigen Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialfragen betonten.

Die in Aitutaki gesammelten Erkenntnisse und Rückmeldungen werden in das laufende Programm der SBMA zur Einbindung der Bevölkerung und in künftige Konsultationen auf den anderen Inseln der Cook-Inseln einfließen, versprach die SBMA.

(<https://www.sbma.gov.ck/news-3/article-256> 10.02.26, *Pacific Business Review* 11.02.26)

Schulung zur Verbesserung der maritimen Sicherheit

Cook-Inseln: Die Regierung der Cook-Inseln hat im Februar 2026 offiziell die IORIS (*Indo-Pacific Regional Information Sharing*)-Grundlagen- und Führungskräfte-schulung durchgeführt, ein umfassendes zweiwöchiges Programm zur Verbesserung der nationalen maritimen Sicherheitskapazitäten, zur Stärkung der

behördenübergreifenden Koordination und zur Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Regierungsstellen.

Die Schulung wurde im Rahmen des von der Europäischen Union finanzierten Projekts CRIMARIO (*Critical Maritime Routes Indo-Pacific*) durchgeführt und konzentrierte sich auf die Nutzung von IORIS – einer sicheren, webbasierten Plattform, die die Echtzeit-Koordination und den Informationsaustausch zwischen nationalen und regionalen Behörden, die im Bereich der maritimen Sicherheit tätig sind, erleichtert.

Die nationale Sicherheitspolitik der Cook-Inseln hat ihren diesjährigen Schwerpunkt auf den Schutz der ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone und die Stärkung der operativen Koordinierung innerhalb der gesamten Regierung gelegt.

„Diese Schulung ist eine direkte Investition in unsere nationale Sicherheitskapazität“, sagte Karopaerangi Ngatoko, Stabschefin im Büro des Premierministers. „IORIS stattet unsere Behörden mit modernen Tools und Techniken aus, um Informationen effektiver auszutauschen, Reaktionen schnell zu koordinieren und mit den sich entwickelnden maritimen Risiken Schritt zu halten“, erklärte sie.

Hintergrund: Die 2018 entwickelte und eingeführte Plattform für den Informationsaustausch zwischen dem Indo-Pazifik und lateinamerikanischen Ländern IORIS ist ein neutrales, zuverlässiges und benutzerfreundliches Instrument für den Austausch von maritimen Informationen, das die Koordinierung, Zusammenarbeit und Kommunikation über eine sichere, verschlüsselte Online-

Umgebung ermöglicht. Ihre Hauptfunktion besteht darin, maritimen Zentren, Organisationen und Behörden ein Mittel zur Analyse, Planung und Koordinierung maritimer Operationen vom westlichen Indischen Ozean über Asien und Südostasien bis hin zum Pazifischen Ozean und Lateinamerika zur Verfügung zu stellen.

Die Cook-Inseln wurden 2023 durch eine vom *Pacific Fusion Centre* in Vanuatu veranstaltete Schulung erstmals mit der IORIS-Plattform vertraut gemacht. Seitdem hat das Büro des Premierministers die Einführung der Plattform in neun Regierungsbehörden mit insgesamt 19 registrierten Nutzern im ganzen Land vorangetrieben. Darüber hinaus haben Behörden der Cook-Inseln gemeinsam mit Partnern aus dem Pazifikraum und Lateinamerika an regionalen Tabletop-Übungen unter Verwendung von IORIS teilgenommen. (*Pacific Business Review* 03.02.26, <https://ioris.org/>)

US-Geräte prüfen Wasserqualität

Cook-Inseln: Beau Miller, Beamter der US-Botschaft auf den Cook-Inseln, hat Bob Williams, Gesundheitsminister im Gesundheitsministerium *Te Marae Ora*, technische Geräte zur Qualitätsprüfung von Trinkwasser überreicht. Vorausgegangen war dieser amerikanischen Initiative ein diplomatischer Besuch im Jahr 2025, als Beamte des Gesundheitsministeriums erklärten, sie verfügten zwar über das nötige Wissen zur Überprüfung von Trinkwasser, hätten aber keine geeigneten Geräte dafür.

Mit den in den USA hergestellten

Geräten können die Cook-Inseln ab sofort die Wasserqualität ohne externe Labore oder fortlaufende ausländische Hilfe direkt überwachen und schnelle, genaue Tests durchführen, um die öffentliche Gesundheit zu schützen und sicheres Trinkwasser auf den Inseln zu gewährleisten.

Minister Williams begrüßte die Spende und bedankte sich. Er sagte: *„Derzeit verlassen wir uns noch auf ein einfaches Testsystem, das anzeigt, ob das Wasser trinkbar ist oder ob schädliche Bakterien vorhanden sind, ohne uns genau zu sagen, welche Schadstoffe im Wasser enthalten sind. Mit diesen neuen Geräten können wir die vorhandenen Bakterien und Krankheitserreger genau identifizieren, schnell auf Verunreinigungen reagieren und gezielte Maßnahmen zum Schutz unserer Bevölkerung ergreifen.“* (*Cook Islands News* 24.02.26)

FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI PITCAIRN

Gesetzentwurf zur Entschädigung von polynesischen Atomtestopfern

Frz.-Polynesien: Die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung haben am 29. Januar einstimmig einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der die Entschädigung der Opfer von Atomtests in Französisch-Polynesien klarer regeln soll. Das sogenannte „Arbelot-Gesetz“ soll Entschädigungszahlungen für die Opfer der französischen Atomtests erleichtern und die Anträge darauf vereinfachen. Derzeit müssen die Opfer noch nachweisen, dass ihre Krankheit tatsächlich auf die radioaktive Strahlenbelastung

während dieser Versuche zurückzuführen ist, indem sie einen individuellen Kausalzusammenhang zwischen ihrer Krankheit und der Verstrahlung faktisch belegen.

Ab sofort werde man eine „Expositionsvermutung“ akzeptieren. Das heißt konkret, dass jede Person, die an einer als potenziell strahlenbedingt anerkannten Krankheit leidet und in bestimmten Gebieten und Zeiträumen anwesend war, sowie ihre Rechtsnachfolger Anspruch auf finanzielle Entschädigung haben, d.h. auch Kinder und Ehepartner*innen von direkt betroffenen Personen („*victimes par ricochet*“) sollen berücksichtigt werden.

Bisher musste außerdem eine bestimmte radioaktive Dosis in der Einheit Millisievert nachgewiesen werden, um eine Entschädigung zu erhalten. Dies führte dazu, dass viele Opfer mit ihrer Klage auf Entschädigung scheiterten. Die neue Regelung beseitigt diese Hürde. Diese Bestimmungen sollen rückwirkend auch für Entschädigungsanträge gelten, die vor Inkrafttreten des Gesetzes gestellt wurden. Der Gesetzestext sieht auch vor, dass der Staat die von den Krankenkassen getragenen Gesundheitskosten erstattet.

Trotz der einstimmigen Abstimmung warfen die Kosten dieses Gesetzesentwurfs bei einigen Abgeordneten Fragen auf. „*Das Budget der Armee kann allein eine Entschädigung, die sich auf Milliarden belaufen könnte, nicht tragen*“, warnte der Abgeordnete Lionel Duparay. Die Abgeordnete der Grünen, Dominique Voynet, bedauerte ihrerseits, dass der Text *„die Körper, aber nicht die Orte behandelt“*, obwohl *„die Versuche nachhaltig kontaminierte*

Standorte hinterlassen haben“.

„Fast 15.000 Menschen, die zwischen 1966 und 1975 in Polynesien gelebt haben, leiden an einer als strahlenbedingt anerkannten Krankheit. Fast die Hälfte von ihnen ist bereits verstorben“, erklärte der Abgeordnete von Französisch-Polynesien Moerani Frébault (Partei *Fraktion Renaissance*). „Wie kann man akzeptieren, dass 280.000 Polynesier allein die Gesundheitskosten einer im Namen der Nation getroffenen Entscheidung tragen müssen, während fast eine Milliarde Euro für Gesundheitsleistungen“ bereits durch ihre „Beiträge allein finanziert worden seien, fragte er kritisch.

Info: Das sogenannte „Arbelot-Gesetz“ ist keine historische Rechtsnorm, sondern die umgangssprachliche Bezeichnung für eine französische Gesetzesinitiative der polynesischen Abgeordneten Mereana Reid-Arbelot von der Kommunistischen Partei Frankreichs. Es handelt sich um eine „Proposition de loi“ (Gesetzesvorschlag) zur Anerkennung und besseren Entschädigung der Opfer der französischen Atomtests in Französisch-Polynesien. Die Initiative basiert auf der Arbeit der französischen Parlamentskommission zur Neubewertung des „fait nucléaire“ in Polynesien. Sie wurde Anfang 2026 im Rahmen einer „semaine transpartisane“ im Parlament behandelt. (*France Infos* 28.02.26, <https://www.tahiti-infos.com/> 29.01.26, <https://www.service-public.pf/dscen/2026/01/13/la-proposition-de-loi-de-mereana-reid-arbelot-bientot-examinee/>)

Niedrigste Geburtenrate seit Jahren

Frz.-Polynesien: Nach Angaben des Statistikamtes von Französisch-Polynesien (*Institut de la statistique en Polynésie française, ISPF*) zählte das französische Überseegebiet im Pazifik am 31. Dezember 2024 279.500 Einwohner, wobei die Bevölkerung innerhalb eines Jahres nur um 0,05 Prozent (1.927 Geburten) gewachsen war, was den geringsten Bevölkerungsanstieg seit 1983 (ohne Corona-Pandemie) darstellt.

In seinem Bericht zu Jahresbeginn schlug das ISPF nun Alarm angesichts eines stark verlangsamten Bevölkerungswachstums, das auf den Rückgang der Geburtenrate und die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen ist.

Die Zahl der im Krankenhaus von Pirae registrierten Geburten ist im Jahr 2025 um 3,68 % zurückgegangen - ein weiteres Jahr mit rückläufigen Zahlen, das einen neuen Höhepunkt des Bevölkerungsrückgangs markiert. Insgesamt wurden 1.856 Kinder beim Standesamt der Stadt Pirae registriert, dem wichtigsten Ort für Geburtenmeldungen seit der Einrichtung des Krankenhauses und der Geburtsklinik „Tumu Ora“. 2023 waren noch 2.105 Kinder geboren worden.

Die beliebtesten Vornamen 2025 waren Hia'ai (Wunsch), Kahanui, Anavai, Kaimana und Keahinui. Mit 49 Buchstaben sind diese beiden Namen die längsten vergebenen auf den Inseln: Teaoatepitoehonoiteraihaumaohii-tepitooteaomaori und Teaoiritepitoehonoiteraihaumaohii-tepitooteaomaohi.

(https://www.tahiti-infos.com/Forte-baisse-des-naissances-en-2025_a235590.html 05.01.26)

Neue Erkenntnisse zu den Moais

Rapa Nui: Ein Team von Wissenschaftler*innen glaubt, die Bedeutung einiger der Moai-Steinmonolithen auf Rapa Nui (Osterinsel) entschlüsselt zu haben.

Seit mehr als 30 Jahren untersucht Jo Ann Van Tilburg von der *University of California* in Los Angeles gemeinsam mit dem Rapa Nui-Künstler Cristián Arévalo Pakarati und anderen Mitgliedern der lokalen Gemeinschaft die Ursprünge der Moai. Sie beauftragten die Bodenkundlerin Sarah Sherwood von der *University of the South* in Tennessee (USA) mit der Analyse des Bodens am Sockel zweier Statuen, die in seltsamer Weise aufrecht im Steinbruch Rano Raraku im östlichen Teil der Insel standen, wo die meisten der über 1.000 Moai-Statuen ihren Ursprung haben.

Das Team analysierte die Böden am Fuße zweier Statuen, die Archäologen zufolge zwischen 1510 und 1645 n. Chr. errichtet wurden und fand im Boden chemische Hinweise auf gängige Nahrungspflanzen wie Bananen, Taro und Süßkartoffeln. Nach Aussagen der Experten könnten die Spuren darauf hindeuten, dass die Statuen möglicherweise dazu dienten, die Fruchtbarkeit der Böden in der Region zu feiern.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Einheimischen auf der Osterinsel den Steinbruch möglicherweise tatsächlich als Ort für den Anbau von Nahrungsmitteln genutzt haben, wie die Wissenschaftler*innen im „*Journal of*

Archaeological Science“ schreiben.

„Als wir die chemischen Ergebnisse erhielten, musste ich zweimal hinschauen“, sagte Bodenkundlerin Sherwood begeistert. Die Böden auf einem Großteil von Rapa Nui sind in schlechtem Zustand – entweder stark erodiert oder ausgelaugt und ohne die wichtigen Nährstoffe, die Pflanzen zum Wachsen brauchen. Die Analyse ergab, dass die Böden innerhalb des Steinbruchs weitaus fruchtbarer sind als bisher angenommen, mit reichlich Wasser und einem erhöhten Gehalt an Elementen wie Kalzium und Phosphor, die für die Steigerung der Ernteerträge unerlässlich sind.

„Diese Studie verändert radikal die Vorstellung, dass alle stehenden Statuen in Rano Raraku lediglich darauf warteten, aus dem Steinbruch transportiert zu werden“, sagte Van Tilburg. „Das heißt, diese und wahrscheinlich auch andere aufrechtstehende Moai in Rano Raraku wurden an Ort und Stelle belassen, um den heiligen Charakter des Steinbruchs selbst zu gewährleisten. Die Moai standen im Mittelpunkt der Vorstellung von Fruchtbarkeit und nach dem Glauben der Rapanui förderte ihre Anwesenheit hier die landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion.“

(<https://www.aol.com/articles/scientist-s-tested-soil-under-easter-165400946.html> 24.02.26, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0305440319300809>)

Pitcairner besuchen Kreuzfahrtschiff

Pitcairn: Eine Delegation von 28 Einwohner*innen von Pitcairn unter der Leitung des seit 1. Januar 2026 amtierenden neuen Bürgermeisters Shawn Christian kam kürzlich während der 133-tägigen Weltkreuzfahrt an Bord der *Volendam*, einem luxuriösen Kreuzfahrtschiff der niederländischen Reederei *Holland America Line*. Sie besuchten das Schiff am 46. Tag seiner Weltumrundung, als die *Volendam* um die vulkanische Südpazifikinsel mit ihren derzeit 40 Einwohner*innen kreuzte.

Pitcairn liegt 1.350 Meilen südöstlich von Tahiti und wird nur etwa viermal im Jahr regulär von Versorgungsschiffen angefahren. Deshalb hatte die *Volendam* auch frisches Obst und Gemüse sowie weitere frische Lebensmittel wie Milch, Fleisch und Eier als Gastgeschenke an Bord. Die Besucher*innen aus Pitcairn bauten auf dem Deck einen kleinen Kunsthandwerkermarkt (*Pitcairn Island Curio and Craft Market*) auf und verkauften handgefertigte Produkte an die Schiffspassagiere. Außerdem gab es eine Gesprächsrunde zwischen den Pitcairnern und den interessierten Passagieren.

Zum Abschluss des Besuchs tauschten Bürgermeister Christian und der niederländische Kapitän Rens van Eerten Plaketten und hölzerne Schiffsmodelle aus. (<https://www.seatrade-cruise.com/ports-destinations/pitcairn-islanders-visit-volendam-for-cultural-exchange> 20.02.26, Wikipedia, <https://www.dreamlines.de/schiff/volendam>)

HAWAII

Ergebnisse einer Umfrage zum Klimawandel

Laut einer aktuellen landesweiten Umfrage der Wirtschaftsforschungsorganisation der Universität von Hawai'i (UHERO) glauben die Einwohner*innen Hawai'is überwiegend, dass der Meeresspiegelanstieg Auswirkungen auf ihren Bundesstaat hat. Sie erwarten außerdem, dass sie in ihrem Leben davon betroffen sein werden, und sie wünschen sich Änderungen in der Entwicklungsplanung.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer Umfrage, an der im Sommer 2025 1.314 Erwachsene teilgenommen hatten. Es war die erste repräsentative Umfrage dieser Art, die die öffentlichen Meinungen, Risikowahrnehmungen und politischen Einstellungen in den vier Bezirken Hawai'is maß.

Es herrschte parteiübergreifender Konsens darüber, dass der Meeresspiegelanstieg bereits stattfindet, wobei 89 % der Hawai'ianer*innen glauben, dass er bereits *hier und heute* stattfindet. Fast die Hälfte der Befragten glaubt auch, dass der Anstieg des Meeresspiegels unmittelbare Auswirkungen auf die Einwohnenden hat. Mehr als 80 % erwarten Auswirkungen innerhalb der nächsten 25 Jahre und 83 % der Befragten glauben, dass die Auswirkungen des Anstiegs des Meeresspiegels innerhalb der nächsten 50 Jahre katastrophal sein werden.

„Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Maßnahmen erforderlich sind. Die schwierigere Frage ist nicht, ob gehandelt werden muss, sondern wie die

Anpassung so gestaltet werden kann, dass sie glaubwürdig, fair und langfristig nachhaltig ist“, erklärte Colin Moore, Politikwissenschaftler und außerordentlicher Professor an der UHERO.

Mit Blick auf diese zukünftige Anpassung an Klimawandelfolgen zeigt die Umfrage nach Angaben von Professor Moore, dass die Mehrheit der Hawai'ianer*innen (90 %) eine Begrenzung neuer Bauvorhaben in hochwassergefährdeten Gebieten der Inseln befürwortet. 80 % der Befragten sprechen sich dafür aus, Bauvorhaben im Landesinneren Vorrang vor einer weiteren Expansion an den Küsten zu geben.

(<https://oceanographicmagazine.com/news/hawaiians-already-feel-affects-of-sea-level-rise/> 17.02.26)

Schutz der Algen-Artenvielfalt in einer Arche

Die Meeresbiologin Karla McDermid ist seit über 30 Jahren Professorin für Meereswissenschaften an der Universität von Hawai'i in Hilo. Sie forscht zu „Limu“, einer Algenart.

Zusammen mit ihrer Kollegin Maria Haws, ebenfalls Professorin an der Universität von Hawai'i, und den Meereswissenschaftsstudierenden Emma Poland, Lauren Runnels und Abigail Nason schuf McDermid im vergangenen Jahr die „Limu Ark“, eine lebende Bibliothek mit etwa 70 einheimischen Limu-Arten. Die Sammlung befindet sich in einem eigens aufgestellten Container im *Pacific Aquaculture and Coastal Resources Center* in Hilo. Im Inneren des Containers schwimmen Algenbüschel in verschiedenen Rot-, Grün- und Brauntönen in Röhren und Flaschen.

Die „Limu Ark“ soll Proben der biologischen Vielfalt von Algen konservieren und Menschen dabei helfen, verschiedene Limu-Arten zu identifizieren. Derzeit werden unregelmäßig neue Limu-Arten entdeckt und beschrieben.

Ihre Schwierigkeiten, Limu-Arten in freier Wildbahn zu finden, motivierten die Meeresbiologin dazu, die Arche zu bauen. Sie hoffe, dass die Arche einer neuen Generation von Studierenden ermöglichen werde, Hawai'is Meeresalgen genauer zu studieren.

Um ihre Studierenden zur Erforschung von Limu zu motivieren, veranstaltet McDermids Kurs für Meerespflanzenbiologie jedes Frühjahrssemester ein „Limu-Mittagessen“. Ihre Studierenden haben die Aufgabe, verschiedene Algenrezepte zuzubereiten, darunter eine abgewandelte Version von Kelp-Cupcakes. „*Wir machen alles selbst, von den Getränken bis zum Dessert*“, sagte McDermid.

Info: „Limu“ ist der hawaiianische Begriff für Meeresalgen, Seetang oder Wasserpflanzen. Es handelt sich um eine essenzielle Nahrungsgrundlage und eine wichtige Komponente im Ökosystem in den hawaiianischen Gewässern.

Rekordzahl an Anrufern bei Hotline

Die *Refugee and Immigration Law Clinic* der Universität von Hawai'i meldete für das zurückliegende Jahr 2025 einen deutlichen Anstieg der Anrufe aus dem Gefängnis in Honolulu, dem *Honolulu Federal Detention Center*.

Während die Beratungsstelle in den Jahren 2023 und 2024 keine Anrufe von Inhaftierten

verzeichnete, meldeten sich im vergangenen Jahr über 200 Ratsuchende bei der neu eingeführten Hotline für die sogenannte „Einwanderungshaft“ in Hawai'i.

„Der Zweck dieser Hotline ist es, Personen und ihren Familien, die von der ICE (United States Immigration and Customs Enforcement) inhaftiert wurden oder wenn die ICE vor Ort ist, Notfallhilfe zu leisten“, erklärte Stephanie Haro Sevilla, die Anwältin des Rechtsberatungszentrums „The Legal Clinic“, an die sich Einwanderungshäftlinge letztes Jahr gewandt hatten.

Zwar haben Personen, die vor einem Bundesgericht für Einwanderungsfragen erscheinen, das Recht auf einen Rechtsbeistand, doch gibt es keine Entsprechung zu einem Pflichtverteidiger oder einem vom Gericht bestellten Anwalt.

Laut „The Legal Clinic“ gibt es im gesamten Bundesstaat Hawai'i nur 12 gemeinnützige Einwanderungsanwälte. Die Kosten für private Anwälte sind hoch, da Asylverfahren zeitaufwändig sein können und spezielle Fachkenntnisse erfordern. Nur wenige können sich diese hochspezialisierten Anwälte leisten.

Die Geschäftsführerin von „The Legal Clinic“, Bettina Mok, erklärte, dass Personen mit Rechtsbeistand eine fünfmal höhere Chance haben, von der Abschiebung verschont zu bleiben, und eine zehnmal höhere Chance, frühzeitig aus der Haft im Detention Center in Honolulu entlassen zu werden.

Info: Die *Refugee and Immigration Law Clinic* gab an, im letzten Jahr 125 der von der ICE inhaftierten Personen unterstützt und 39

Vor-Ort-Besuche im *Honolulu Federal Detention Center* durchgeführt zu haben. (*Hawai'i Public Radio* 11.12.25)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Klimafinanzierung unterstützt Straßensanierung in Fidschi

Im November 2023 unterzeichneten Fidschi und Neuseeland das *Country Flexible Finance Partnership Arrangement*, das 27,6 Millionen FJ-Dollar an Budgethilfen für klimabezogene Projekte vorsieht. Diese Projekte, die einen starken Fokus auf die Bekämpfung des Klimawandels legen, unterstützen direkt die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes von Fidschi. Über drei Geschäftsjahre hinweg wurden mit dem neuseeländischen Geld von 2023 bis 2023 fünf klimabezogene Projekte unterstützt, von 2024–2025 fünf Projekte und für 2025–2026 wurden 13 Projekte identifiziert.

Im Rahmen dieses Prozesses stellte das fidschianische Ministerium für Umwelt und Klimawandel in Absprache mit dem Finanzministerium der Straßenbaubehörde von Fidschi im Zeitraum von 2024 bis 2025 3,5 Millionen FJD zur Verfügung, um die Klimaresilienz wichtiger Straßeninfrastrukturen zu stärken. Davon wurden zwei Millionen FJD für Kapitalmodernisierungsarbeiten an mehreren Standorten verwendet, darunter die South Coastal Road vor dem Holy Cross College in Wairiki, die South Coastal Road vor der South Taveuni Primary School, die Biana Road, die Nabukelevu Road und Straßenabschnitte in Sigatoka, Nadi, Ba und Tavua.

„Dies ist ein konkretes Beispiel dafür, wie Klimafinanzierung in praktische Verbesserungen umgesetzt wird, die Gemeinden, Schulen und wichtige Verkehrsverbindungen vor den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels schützen“, erklärte die Ministerin für Umwelt und Klimawandel, Lynda Tabuya, die Effekte der neuseeländischen Klimafinanzierung. (*Pacific Business Review* 27.01.26)

Premier bekräftigt Partnerschaft

Der Premierminister der Salomonen, Jeremiah Manele, hat bei seiner Rede zum *Waitangi Day* am 5. Februar die starke und dauerhafte Partnerschaft zwischen den Salomonen und Neuseeland bekräftigt. Er sprach im Rahmen eines festlichen Empfangs der neuseeländischen Botschaft in der Hauptstadt Honiara.

„Dieser Tag erinnert an den Vertrag von Waitangi – ein grundlegendes Abkommen, das auf Partnerschaft, gegenseitigem Respekt und dauerhaften Beziehungen basiert. Diese Grundsätze finden bei uns auf den Salomonen großen Anklang, wo der Respekt vor der Kultur, der Dialog und die Einheit im Mittelpunkt unserer nationalen Identität stehen“, sagte der Premierminister.

Manele hob die langjährige Freundschaft zwischen den beiden Nationen hervor und wies darauf hin, dass die Beziehungen bis zu den frühen missionarischen Verbindungen im 19. Jahrhundert zurückreichen und durch zwischenmenschliche und zwischenstaatliche Beziehungen weiter gestärkt werden.

Der Premier würdigte die laufenden Investitionen Neuseelands in die Salomonen und verwies dabei auf die im vergangenen Jahr unterzeichnete Finanzhilfe in Höhe von 45 Millionen SBD für die Phase 4 des *„Mekem Strong Solomon Islands Fisheries Programme“* sowie auf die am Rande des 54. *Pacific Islands Forum Leaders Meeting* ins Leben gerufene zehnjährige Bildungspartnerschaft zwischen den Salomonen und Neuseeland (2025–2035) im Wert von 300 Millionen Solomon Dollar.

„Als pazifische Inselstaaten stehen wir vor gemeinsamen Herausforderungen, insbesondere dem Klimawandel, wirtschaftlicher Anfälligkeit und der Verantwortung, unsere Ozeane und die natürlichen Ressourcen zu schützen. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert Partnerschaften, die auf Vertrauen, Verständnis und Respekt beruhen“, fügte der Premierminister in seiner äußerst emotionalen Ansprache hinzu. (*Pacific Business Review* 11.02.26, <https://www.solomonstarnews.com/>)

Fidschi plant Wiedereröffnung der Botschaft

Die fidschianische Regierung plant die Wiedereröffnung ihres Konsulats in Auckland (Neuseeland), um die fidschianische Diaspora in Neuseeland besser zu unterstützen und Handelsmöglichkeiten im Land zu nutzen.

Der fidschianische Hochkommissar in Neuseeland, Ratu Inoke Kubuabola, erklärte gegenüber *RNZ Pacific*, dass dies eine wichtige Funktion sei, die wiederhergestellt werden müsse, nachdem die Koalition unter Sitiveni Rabuka

die internationalen Handelsfunktionen wieder dem fidschianischen Außenministerium übertragen hatte.

Ratu Inoke sagte, dass das Ressort von der vorherigen Regierung unter Bainimarama vom Außenministerium zum Handelsministerium verlegt worden sei. Die Wiedereröffnung des Konsulats in Auckland werde sicherstellen, dass die Dienstleistungen sowohl für die Fidschianer*innen in Neuseeland als auch für den Handel effizienter gestaltet werden.

Ratu Inoke erklärte, dass zurzeit mehr als die Hälfte der Konsularkund*innen die Dienstleistungen in Wellington in Anspruch nehmen. Er sagte weiter, dass, sobald das Büro in Auckland wieder voll funktionsfähig sei, alle konsularischen Dienstleistungen, die bisher nur in Wellington verfügbar waren, auch wieder in Auckland zugänglich sein.

Info: Das Botschaftsteam in Auckland betreut auch Mitglieder der fidschianischen Gemeinschaft in Niue und auf den Cook-Inseln. (*The Fiji Times* 15.02.26, *RNZ Pacific* 16.02.26)

INDONESIEN WESTPAPUA

Neues Strafrecht

Indonesien: Anfang Januar 2026 ist ein neues Strafrecht in Indonesien in Kraft getreten, dem zufolge u.a. außerehelicher Geschlechtsverkehr mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden kann. Anzeigeberechtigt sind dabei ausschließlich Kinder und

Eltern der Betroffenen sowie die Ehepartner*innen.

Darüber hinaus kann die Beleidigung (auch online in den sozialen Medien) des Präsidenten oder Vizepräsidenten sowie der Regierung und staatlicher Institutionen auf Antrag der Betroffenen verfolgt werden und Haftstrafen nach sich ziehen. Der Straftatbestand der Blasphemie wurde ebenfalls verschärft. Dies sollte bei öffentlichen Äußerungen, sowohl im direkten Gespräch als auch im Internet sowie den sozialen Medien, beachtet werden.

Indonesische Gerichts- und Ermittlungsverfahren entsprechen nicht deutschen rechtsstaatlichen Standards. Bei Verdacht auf Verstößen gegen indonesische Gesetze muss ggf. mit langer Untersuchungshaft, teurer und dennoch manchmal unzureichender anwaltlicher Verteidigung sowie mit gesundheitsgefährdenden Haftbedingungen gerechnet werden. Auch bei Verdacht auf geringfügige Vergehen, wie z. B. Sachbeschädigung, werden Ausländer*innen, besonders auf der Insel Bali, von der indonesischen Polizei häufig kurzzeitig in Untersuchungshaft genommen. (*Reisehinweis des Auswärtigen Amtes* 18.02.26)

Vorsitz im UN-Menschenrechtsrat

Indonesien: Herr Sidharto Reza Suryodipuro aus Indonesien übernimmt für ein Jahr den Vorsitz des UN-Menschenrechtsrats, zu dem 47 Mitgliedsstaaten gehören. Die Wahl am 8. Januar 2026 erfolgte im Rahmen des regionalen Rotationsverfahrens der Asien-Pazifik-Gruppe - Indonesien war der einzige Kandidat. Der Indonesier

Suryodipuro eröffnete nach seiner Wahl dann auch am 23. Februar 2026 die 61. Sitzung des Rates als amtierender Präsident.

Der Exekutivdirektor von *Amnesty International Indonesia*, Usman Hamid, widerspricht ausdrücklich der Darstellung, Indonesien habe sich die Position aufgrund eigener menschenrechtlicher Leistungen „erfolgreich gesichert“. Er bezeichnet diese Darstellung als faktisch falsch und betont, dass weder Fortschritte im In- noch im Ausland ausschlaggebend gewesen seien, sondern allein das Rotationsprinzip.

Auf multilateraler Ebene sieht Hamid erhebliche Defizite bei der Menschenrechtlage in Indonesien. Im Rahmen des *Universal Periodic Review*-Verfahrens (UPR) im Jahr 2022 habe Indonesien 59 von 269 Empfehlungen abgelehnt. Als künftiger Vorsitzender werde Indonesien nun selbst die menschenrechtliche Überprüfung anderer Staaten leiten – während es gleichzeitig als überprüfter Staat in einem Spannungsverhältnis zur eigenen Praxis stehe. Hamid kritisiert zudem, dass Indonesiens UPR-Berichte die Situation in Westpapua einseitig darstellen, indem sie Infrastruktur- und Wohlfahrtsprogramme betonen, jedoch die anhaltende Gewalt gegen Zivilist*innen nicht erwähnen. Indonesien habe zudem wiederholt Besuche von UN-Sonderberichterstatter*innen verweigert – darunter 2023 zur Unabhängigkeit der Justiz und zu modernen Formen von Sklaverei sowie 2024 zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Die Präsidentschaft werde nur dann Bedeutung haben, wenn Indonesien künftig Empfehlungen

akzeptiere, unabhängige Expert*innen einlade und konsequent für klare Maßnahmen bei schweren Menschenrechtsverletzungen eintrete, forderte der Direktor von *Amnesty Indonesia*.

Der neu gewählte Präsident des UN-Menschenrechtsrates, Botschafter Suryodipuro, kündigte einen offenen und inklusiven Ansatz an. Er versprach eine enge Zusammenarbeit mit Mitgliedsstaaten, Beobachter*innen, nationalen Menschenrechtsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Indonesiens Engagement sei in der eigenen Verfassung sowie in den Prinzipien der UN-Charta verankert, erklärte er. (<https://westpapuanetz.de/> 23.02.26, <https://www.ohchr.org/>)

Starke Militärpräsenz erhöht Risiken für Menschenrechtsverletzungen

Westpapua: Anfang Januar 2026 wurde bekannt, dass das indonesische Militär (TNI) in drei Bezirken der Provinz Papua neue Bataillone stationiert hat. Nach Angaben der *Papua Legal Aid Foundation (LBH Papua)* wurden sogenannte *Territorial Development Battalions* (TP) in den Bezirken Biak Numfor Regency, Supiori Regency und Waropen Regency gebildet.

LBH Papua warnt, dass die zusätzliche Militärpräsenz das Risiko weiterer Menschenrechtsverletzungen erheblich erhöhe. In Westpapua stieg die Intensität von Gewalt durch Sicherheitskräfte in der Vergangenheit proportional mit sicherheits- und militärpolitischen Maßnahmen. Eine Ausweitung militärischer Strukturen könne daher bestehende Konflikte verschärfen und zu weiteren

Menschenrechtsverletzungen führen.

Offiziell sollen die neuen Bataillone Programme zur Ernährungssicherung, Infrastrukturentwicklung, öffentlichen Gesundheit und wirtschaftlichen Stärkung unterstützen. Nach Einschätzung von *LBH Papua* überschreitet diese Aufgabenbeschreibung jedoch den gesetzlichen Auftrag des Militärs und widerspricht menschenrechtlichen Standards. Die Organisation befürchtet eine weitere Militarisierung ziviler Lebensbereiche.

Auch indigene Vertreter*innen in Biak äußern deutlichen Protest. Nach ihren Angaben trafen Ende November 2025 rund 1.700 Soldaten per Schiff in Biak ein. Teile der Truppen wurden in Wamure (Ost-Biak) sowie im Bezirk Supiori stationiert.

Die Präsenz der Soldaten habe in der Bevölkerung große Verunsicherung ausgelöst und beeinträchtigt das Alltagsleben der indigenen Gemeinschaften erheblich. Zudem sei die Bevölkerung im Vorfeld kaum informiert worden. Land für militärische Einrichtungen sei in nicht-öffentlichen Gesprächen mit einzelnen Personen zur Verfügung gestellt worden.

5.600 Hektar indigenes Land in Ost-Biak, Supiori sowie Nord- und Süd-Biak sollen für den Bau eines Militärhauptquartiers und eines Satelliten-Flugplatzes im Rahmen eines nationalen Raumfahrtprogramms beansprucht werden. Die betroffenen indigenen Gemeinschaften lehnen diese Pläne entschieden ab.

Kirchliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind aufgerufen, die Entwicklungen aufmerksam zu

verfolgen und sich weiterhin für Dialog, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte in Papua einzusetzen.

(Pressemitteilung der VEM 16.02.26)

NGO dokumentiert Ressourcenausbeutung

Westpapua: Die papuanische Nichtregierungsorganisation *People's Earth Heritage Foundation* (Pusaka) warnt vor der fortlaufenden Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in Westpapua. Ihr aktueller Bericht „As usual, we're not considered to exist: A Year full of plundering Papua's natural resources“ zeigt, dass die Region Westpapua wiederholt für nationale Interessen „geopfert“ wird.

Pusaka identifiziert vier zentrale Strategien der indonesischen Regierung:

1. Autokratische Legalität

Gesetze werden angepasst, um Projekte zu legitimieren – selbst, wenn sie gegen bestehende Vorschriften verstoßen.

Beispiel: Der Straßenbau in Merauke begann ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und wurde erst später rechtlich nachträglich abgesichert.

2. Rechtliche Kolonialisierung

Traditionelle Gewohnheitsrechte der indigenen Bevölkerung werden staatlichen Gesetzen untergeordnet.

Das sogenannte *Customary Law* verliert dadurch praktisch an Wirkung und die Selbstbestimmung der Gemeinschaften wird eingeschränkt.

3. Militarisierung

Große Entwicklungsprojekte werden vom Militär begleitet bzw. geschützt.

Geplant sind rund 450 Bataillone mit insgesamt etwa 450.000 Soldaten, um Landwirtschafts- und andere staatliche Programme abzusichern.

4. Einsatz staatlicher Unternehmen

Staatsbetriebe und der Staatsfonds *Danantara* dienen der Profitmaximierung aus Ressourcenausbeutung.

Projekte betreffen unter anderem Reis- und Biokraftstoffproduktion, unterstützt von Unternehmen wie *PT Agrinas Palma Nusantara*.

Pusaka beschreibt diese Maßnahmen als wiederholte „*robbery of nature*“, also als Raub der natürlichen Ressourcen Westpapas, der offiziell mit nationaler Nahrungs- und Energieselbstversorgung gerechtfertigt wird. In der Praxis führten sie jedoch zu wiederholtem Ressourcenraub und zur Einschränkung der Rechte der lokalen Bevölkerung.

Trotz der Herausforderungen leisten die Gemeinschaften vor Ort aktiven Widerstand. Traditionelle Papua-Frauen („Mama-Mama“) kämpfen z.B. gegen extraktive Projekte.

Pusaka wünscht sich mehr internationale Solidarität und internationale Beobachtung der Menschenrechtslage vor Ort. (*Westpapa Netzwerk online* 24.02.26, <https://pusaka.or.id/en/news/>)

Ausgestorben geglaubte Tiere wiederentdeckt

Westpapa: Zwei als ausgestorben geltende Tiere sind jetzt in abgelegenen tropischen Regenwäldern in Westpapa

wiederentdeckt worden. Das „Zwerg-Langfingerpossum“ ist ein kleines Possum mit einem besonders langen Finger an jeder Hand – es galt seit 6.000 Jahren als ausgestorben. Das zweite wiederentdeckte Tier ist ein „*Ringelschwanz-Gleitbeutler*“ mit einem Schwanz, mit dem es sich an Ästen festhalten kann. Auch dieser Beutler, der in den Höhlen hohler Bäume lebt, galt seit 6.000 Jahren als ausgestorben.

„Es ist selten, lebende Exemplare einer ausgestorbenen Art zu finden, aber zwei zu entdecken, ist „bemerkenswert“, erklärten die Wissenschaftler, die ihre Ergebnisse Anfang März 2026 in der Fachzeitschrift *„Records of the Australian Museum“* veröffentlichten.

Solche Entdeckungen werden als „Lazarus-Taxon“ bezeichnet, ein Begriff, der von der biblischen Figur Lazarus inspiriert ist, der von den Toten auferstanden ist.

„Die Entdeckung eines Lazarus-Taxons ... ist eine außergewöhnliche Entdeckung“, erklärte Prof. Tim Flannery, ein prominenter australischer Wissenschaftler, der vor allem für sein 2005 erschienenes Buch *„The Weather Makers“* über den Klimawandel bekannt ist.

Die erste wiederentdeckte Art war das Zwerg-Langfinger-Possum, ein gestreiftes Beuteltier mit einem Gewicht von etwa 200 g, das während der Eiszeit aus Australien verschwunden sein soll. Ein charakteristisches Merkmal ist, dass der vierte Finger an jeder Hand doppelt so lang ist wie die anderen Finger, was ihm laut Wissenschaftlern dabei hilft, Larven von Holzbohrern, seiner Hauptnahrungsquelle, aus dem Holz zu graben.

Für die bahnbrechende Entdeckung recherchierten die Wissenschaftler über 30 Jahre lang akribisch in Fotodatenbanken, untersuchten Fossilien und kontaktierten schließlich mit der Bitte um Hilfe lokale Klans. Die Ältesten aus den Tambah- und Maybrat-Klans konnten die Wissenschaftler zu den Fundstellen der Tiere bringen. Ohne ihre Hilfe wäre die Identifizierung der Art nicht möglich gewesen, so Rika Korain, eine Frau aus Maybrat und Mitautorin der Studie.

„Es sind sehr traditionelle Menschen“, fügte Flannery hinzu, *„die den Gleithörnchen so viel Heiligkeit beimessen, dass sie sie nicht nur nicht jagen, sondern auch ihren Namen nicht aussprechen“.*

Der Lebensraum des Gleithörnchens sei jedoch zunehmend durch die Abholzung der Regenwälder in der Region bedroht, sagte Flannery. Dies habe unter anderem ihr Team und lokale Natur- und Umweltschutzgruppen dazu veranlasst, sich für die Sicherung der Landrechte der indigenen Papua für die Wälder einzusetzen, um sicherzustellen, dass ohne die Zustimmung der Einheimischen keine Abholzung durchgeführt werden kann, erklärte der Professor. (*BBC News* 06.03.26, *The International News* 06.03.26, https://www.abc.net.au/news/2026-03-06/naus-possumnr_0603/106424796)

AUSTRALIEN

Zusammenarbeit zwischen Queensland und PNG

Premierminister James Marape (Papua-Neuguinea, PNG) und der Premierminister von Queensland, David Crisafulli, unterzeichneten am 10. Dezember 2025 im Parlament von Queensland eine Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding, MoU*) zwischen Papua-Neuguinea und Queensland für den Zeitraum von 2025 bis 2030.

Marape bezeichnete die Unterzeichnung als „einen wichtigen Meilenstein in unserer gemeinsamen Geschichte und unserer gemeinsamen Zukunft“ und hob die dauerhaften Verbindungen zwischen Papua-Neuguinea und Queensland hervor.

Das MoU legt eine praktische Zusammenarbeit auf drei Ebenen fest – zwischen Regierungen, zwischen Unternehmen und zwischen Menschen – und umfasst vorrangige Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Rettungsdienste, Landwirtschaft, Tourismus, Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen, Recht und Justiz, Katastrophenschutz sowie kultureller und sportlicher Austausch.

Die Absichtserklärung befasst sich auch mit dem wachsenden Bedarf an Fachkräften in Queensland in den Bereichen Altenpflege, Lehre, Polizeiarbeit, Rettungsdienste und technische Berufe. Marape betonte die Bereitschaft Papua-Neuguineas, hier einen Beitrag zu leisten, und erklärte: „*Papua-Neuguinea hat eine junge, dynamische Bevölkerung. Wenn wir sie*

nach australischen Standards ausbilden, können wir Queensland dabei helfen, seinen Arbeitskräftemangel zu beheben, und gleichzeitig unsere eigenen Fähigkeiten stärken, wenn unsere Bürger mit neuen Qualifikationen nach Hause zurückkehren.“

Nach der Unterzeichnung wies Marape auf die besonderen Beziehungen zwischen Queensland und Papua-Neuguinea hin. So leben derzeit rund 25.000 neuguineische Staatsbürger*innen in Queensland. (*PNG Business News* 17.12.25, <https://www.pmnec.gov.pg/10.12.25>)

Abkommen zu erneuerbaren Energien

Tonga und Australien haben eine neue Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding, MoU*) zu erneuerbaren Energien unterzeichnet, die darauf abzielt, den Übergang des Königreichs Tonga zu sauberer, erschwinglicher und zuverlässiger Energie zu beschleunigen.

Die Vereinbarung wurde Ende Januar am Rande eines Treffens einiger Mitgliedsländer des *Pacific Islands Forum* in Brisbane von dem tongaischen Premierminister Lord Fakafanua und dem australischen Minister für Klimawandel und Energie, Chris Bowen, unterzeichnet.

Die im MoU beschriebene *Tonga-Australia Renewable Energy Partnership* wird finanziell von der *Australia-Pacific Partnership for Energy Transition* unterstützt. Das Partnerschaftsabkommen baut auf der laufenden bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Klima und Energie auf und

spiegelt das gemeinsame Engagement beider Länder für Maßnahmen im Bereich saubere Energie und Klimaresilienz wider.

Tongas Regierung hat sich mit seiner „*Tonga Energy Road Map 2021–2035*“ zum Ziel gesetzt, bis 2035 100 Prozent erneuerbare Elektrizität zu erreichen.

Hintergrund: Australien möchte zukünftig seine Unterstützung für Investitionen in erneuerbare Energien, Netzmodernisierungen und Kapazitätsaufbau in den Pazifikstaaten ausweiten. Canberra hat bereits 125 Millionen AUD für Programme zur Umstellung auf erneuerbare Energien in der Region Ozeanien bereitgestellt. (*Talanoa o' Tonga* 30.01.26, <https://www.dceew.gov.au/sites/default/files/documents/tonga-australia-renewable-energy-partnership.pdf>)

Neuer Botschafter für die Salomonen

Premierminister Jeremiah Manele von den Salomonen empfing am 14. Januar 2026 den designierten australischen Botschafter Jeff Roach in Honiara, nahm offiziell sein Einführungsschreiben entgegen und bekräftigte die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern.

Roach, ein hochrangiger Beamter des australischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Handel, überreichte seine offiziellen Beglaubigungsschreiben zusammen mit einer persönlichen Botschaft des australischen Premierministers Anthony Albanese.

Premierminister Manele hieß Roach in Honiara willkommen und würdigte seine umfangreiche Erfahrung im Pazifikraum sowie in Laos und in Frankreich. Roach

leitete zuvor australische Initiativen zur Tuvalu-Australien-Fal-e-pili-Union und zum Nauru-Australien-Vertrag und war als Hochkommissar in Vanuatu und stellvertretender Missionsleiter bei den Vereinten Nationen in Genf (Schweiz) tätig.

Manele hob in seiner Begrüßungsrede das Programm „*Pacific Australia Labour Mobility*“ (PALM) hervor, das zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beigetragen hat. Er schlug vor, aufbauend auf dem Erfolg der derzeit im australischen Altenpflegesektor beschäftigten Pflegerinnen von den Salomonen, weitere Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der frühkindlichen Bildung zu prüfen.

(<https://fijiglobalnews.com/> 14.01.26, <https://www.foreignminister.gov.au/>)

SPORT

Jüngstes Frauenteam rudert über den Pazifik

Großbritannien: Nach 165 Tagen auf See haben die britischen Ruderinnen Jess Rowe (28) und Miriam Payne (26) eine rekordverdächtige, nonstop und ohne Unterstützung durchgeführte 8.213 Seemeilen lange Pazifiküberquerung von Peru nach Australien absolviert. Sie sind damit das erste und auch jüngste Frauenteam, das unter solchen Bedingungen von Kontinent zu Kontinent über den Pazifischen Ozean gerudert ist.

Am 5. Mai 2025 waren die beiden Frauen in Lima (Peru) losgerudert. Am 18. Oktober erreichte das 9 Meter lange Ruderboot „Velocity“

den Yacht Club in der australischen Hafenstadt Cairns (Queensland).

Das „*Seas the Day Ocean Rowing Team*“ ruderte ohne Zwischenstopp einmal quer durch den Pazifik. Die beiden Frauen ruderten in jeweils 2-Stunden-Schichten durchschnittlich bis zu 16 Stunden täglich und legten manchmal mehr als 80 Seemeilen in 24 Stunden zurück.

Trotz diverser Rückfälle wie Schäden an der überlebenswichtigen Entsalzungsanlage, Stromausfällen, Batteriefehlern und gebrochenen Rohren schafften es die Frauen sicher bis in den australischen Hafen.

Info: Während der gesamten Expedition sammelte das Team Spenden für „*The Outward Bound Trust*“ - eine Organisation, die Programme unterstützt, die durch Outdoor-Abenteuer das Selbstvertrauen und die Widerstandsfähigkeit junger Menschen stärken. Als sie Australien erreichten, hatten die beiden Frauen mehr als 86.000 britische Pfund gesammelt – und damit ihr ursprüngliches Ziel weit übertroffen.

(<https://oceanographicmagazine.com/news/seas-the-day-the-youngest-female-team-to-conquer-the-pacific/> 13.02.26)

Extremschwimmer fordert Ende des Bodenfischens

Neuseeland: Der neuseeländische Ultra-Marathon-Schwimmer, Umweltaktivist und Extremsportler Jono Ridler aus Auckland hat im Januar 2026 mit seinem Projekt „*Swim4TheOcean-Mission 2026*“ begonnen. Dabei handelt es sich um den Versuch, etwa 1.600 km entlang der Ostküste der Nordinsel von Neuseeland zu schwimmen – in Etappen über ca.

90 Tage – um auf die Bedeutung gesunder Ozeane aufmerksam zu machen und ein Ende des Bodenfischens (*Bottom Trawling*) zu fordern.

Der 36-jährige begann in Waikuku am North Cape mit seiner ersten Schwimmetappe. Insgesamt wird er bei seiner Umrundung der Ostküste der Nordinsel in sechs Städten Halt machen, um auf sein Anliegen aufmerksam zu machen.

Ridler verbindet die besondere sportliche Herausforderung mit einer klaren Forderung nach dem besseren Schutz für die Weltmeere. Meeresschutz und nachhaltige Fischereipraktiken stehen immer im Zentrum seiner Projekte. Er arbeitet dabei mit Umweltschutzorganisationen wie *Live Ocean* zusammen, um politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Info: Ridler ist auf sehr langes Open-Water-Schwimmen (Ultra-Marathon-Swims) spezialisiert. Bereits 2023 hatte er einen Rekord aufgestellt, indem er ein 99km-nonstop-Schwimmen über den Hauraki-Golf schaffte- diese Strecke gilt als die längste ununterbrochene offene Wasserstrecke in Neuseeland. Der Extremschwimmer legte diese Strecke ohne Neoprenanzug, sondern nur mit Badehose, Schwimmbrille und Badekappe zurück.

(*Sail World* 05.01.26, www.Swim4TheOcean.org, https://www.jonoridler.com/about?utm_source=chatgpt.com)

Neuer Name

Pazifik: Die *Organisation of Sports Federations of Oceania* (Organisation der Sportverbände Ozeaniens, OSFO) hat zum Ende des letzten Jahres eine Namensänderung

in „Oceania Sport“ bekannt gegeben.

Der neue Name soll die Rolle der Organisation im Sport in der gesamten Region Ozeanien klar beschreiben, für mehr Anerkennung und Verständnis bei den Interessengruppen und Partnern sorgen sowie die Identität als ozeanischer Sportverband stärken.

(<https://www.oceaniasport.org/osfo-unveils-name-change-to-oceania-sport/10.12.25>)

Ergebnisse der HSBC World Sevens Series

Singapur, Perth, Vancouver: Bereits drei Rugby-Turniere der *World Sevens Series* wurden in 2026 gespielt. Mit dem Sieg in Singapur hat sich das Herrenteam Fidschis die Führung im Gesamtwettbewerb geholt. Nach Platz zwei in Perth und Platz drei in Vancouver ist Fidschi weiterhin Tabellenführer, punktgleich mit Südafrika.

Bei den Damen war das Ergebnis der letzten drei Turniere immer dasselbe: Neuseeland gewinnt im Finale gegen Australien. Die neuseeländischen *Black Ferns* sind damit ebenfalls Tabellenführer des Gesamtwettbewerbs. Das fidschianische Frauenteam tut sich in 2026 bisweilen etwas schwer und konnte nicht über die Platzierungen 6, 7 und 6 hinauskommen.

Die reguläre Saison endet mit dem kommenden Turnier in New York (USA), bevor dann in drei finalen Turnieren der Gesamtsieger gekürt wird. Die beiden letzten Turniere finden in Europa in Valladolid und Bordeaux statt und es sind noch Tickets erhältlich.

Info: „HSBC“ ist keine rugby-spezifische Abkürzung, sondern steht für den Sponsor „Hongkong and

Shanghai Banking Corporation“.

In vielen Rugby-Formaten – besonders im Rugby Sevens – wird der Name der Bank in den offiziellen Titel integriert, z. B. HSBC World Rugby Sevens Series oder HSBC SVNS.

(Artikel von Friederike Keller, Rugby-Spielerin, Pazifik-Netzwerk.

<https://www.svns.com/en/standings/svns>)

Samoa und Tonga verpassen den Aufstieg

Dubai: Nach erneuter Umstrukturierung der *HSBC World Sevens Series* im vergangenen Sommer, welche es jedem Team in der Theorie nun ermöglicht, noch an den finalen Turnieren der Mannschaften der ersten Division teilzunehmen, sind die beiden Teams aus Samoa und das Herrenteam aus Tonga bereits im ersten Wettbewerb gescheitert. Das Frauenteam Tongas war nicht für den Wettbewerb qualifiziert.

Da sich lediglich die besten zwei Teams für den Folgewettbewerb qualifizieren, waren der 3. Platz der Herren Samoas sowie Platz 7 bei den Damen und der 8. Platz Tongas nicht ausreichend. Damit endet die internationale Sevens Saison für beide Nationen bereits nach dem ersten Turnier.

(Artikel von Friederike Keller, Rugby-Spielerin, Pazifik-Netzwerk.

<https://www.rnz.co.nz/news/pacific/584413/samoa-tonga-miss-out-on-promotion-up-the-sevens-ranks>)

Vorverkaufsstart für die Rugby-WM 2027

Australien: Am 18. Februar hat der Vorverkauf für registrierte Fans für die *Rugby Union WM* der Herren in Australien begonnen. In

dieser ersten Phase des Ticketverkaufs wurden bereits mehr als 750.000 Tickets verkauft, davon waren mehr als die Hälfte bereits während der ersten sechs Stunden verkauft worden.

Die starken Verkaufszahlen mehr als 18 Monate vor Turnierbeginn zeigen das große Interesse am Turnier sowohl in Australien als auch international. Besonders beliebte Spiele waren u.a. das Spiel Australien gegen Neuseeland sowie die KO-Spiele. Im Mai startet die nächste Phase des Vorverkaufs. (Artikel von Friederike Keller, Rugby-Spielerin, Pazifik-Netzwerk. <https://www.rugby.com.au/news/mens-rugby-world-cup-2027-breaks-presale-record-after-initial-ticket-sale-202634>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Reise zur Ehrung eines Meisternavigators

Palau: Das traditionelle Segelkanu *Alingano Maisu* hat Palau am 15. Februar 2026 zu einer 6.200 Meilen langen Reise über den Pazifik verlassen und markiert damit den 20. Jahrestag der Schenkung des Bootes an den legendären mikronesischen Meisternavigator Pius „Papa Mau“ Pailug.

Eine Zeremonie zum Stapellauf fand im Drop Off der Neco Marina in Malakal statt, wo Regierungsvertretende, Diplomaten, Pädagogen und Gemeindemitglieder zusammenkamen, um das gelbe Doppelrumpf-Kanu und seine 14-köpfige Besatzung zu verabschieden.

Die Reise wird von Meisternavigator Sesario Sewralur aus den Föderierten Staaten von Mikronesien geleitet. Zur Besatzung

gehören Navigatoren und Seeleute aus Palau, den Föderierten Staaten von Mikronesien, dem Commonwealth der Nördlichen Marianen, Taiwan, Guam und Hawai'i.

Palaus Präsident Surangel Whipps Jr., Taiwans Botschafter Andy Kang-L Chen, Vertreter des *Palau Community College* sowie lokale und diplomatische Partner*innen nahmen an der Abschiedsfeier der *Micronesian Voyaging Society* teil.

Info: Die *Alingano Maisu* wird zunächst nach Taiwan und dann weiter nach Okinawa, Saipan, Guam, Satawal, Yap und Ngulu fahren und dabei mit rein traditionellen Navigationsmethoden eine Strecke von etwa 6.200 Seemeilen zurücklegen. (*Palau Island Times* 16.02.26)

Neue Banknote erinnert an PNG-Politiker

Papua-Neuguinea: Die *Bank of Papua New Guinea* (BPNG) hat offiziell eine neue 100-Kina-Banknote in Umlauf gebracht, um das Vermächtnis eines der einflussreichsten Staatsmänner des Landes, des verstorbenen Sir Julius Chan, zu würdigen und an den ersten Jahrestag seines Todes zu erinnern.

Bei der nationalen Einführung am 27. Januar im *Stanley Hotel* in Port Moresby sagte BPNG-Gouverneurin Elizabeth Genia, die neue 100-Kina-Banknote sei sowohl eine Hommage an Sir Julius' bleibenden Beitrag für Papua-Neuguinea als auch eine Bekräftigung der wirtschaftlichen Souveränität und Identität des Landes. Gouverneurin Genia hob Sir Julius Chans entscheidende Rolle bei

der Gründung der *Bank of Papua New Guinea* hervor. Als erster Finanzminister des Landes leitete Sir Julius 1973 persönlich die Verhandlungen, um sicherzustellen, dass Papua-Neuguinea nicht nur eine Bank, sondern eine unabhängige Zentralbank erhält.

Seit dem 28. Januar ist die neue Banknote im ganzen Land im Umlauf. Sie wurde in Zusammenarbeit mit dem langjährigen Druckpartner *Note Printing Australia* (NPA) hergestellt und zeigt auf der Rückseite in der Mitte der Note ein Porträt von Sir Julius Chan sowie kulturelle Symbole wie das Toea-Armband von den Trobriand-Inseln, das die langjährigen Traditionen des Handels und Austauschs symbolisiert, die noch vor der modernen Währung existierten. Die Abbildungen des Hai-Rufers aus Neuirland und eines traditionellen Kanus stehen für Mut, Geschick und Führungsstärke, während das in der Ferne segelnde Lakatoi-Segelschiff die historischen Handelsrouten und die weltoffene Zukunft Papua-Neuguineas widerspiegelt.

„Dies sind nicht nur dekorative Elemente“, sagte Gouverneurin Genia. „Sie haben eine Bedeutung – eine Bedeutung, die in unserer Geschichte, Kultur und Identität verwurzelt ist.“

Auf der Vorderseite der 100-Kina-Banknote ist weiterhin das ikonische Bild des Parlamentsgebäudes zu sehen, das die Souveränität und Identität der Nation symbolisiert. Auch das Staatswappen von Papua-Neuguinea – ein Paradiesvogel, der auf einer Kundu-Trommel und einem Speer sitzt – ist erhalten geblieben.

Info: Der zweimalige Premierminister Sir Julius Chan war am 30.

Januar 2025 in Huris (Neuirland) im Alter von 85 Jahren gestorben. (*Business News PNG* 02.02.26)

Beisetzung nach 186 Jahren

Fidschi: Nach 186 Jahren wurden die sterblichen Überreste des fidschianischen Häuptlings Ro Veidovi (auch: Vendovi) Logavatu im Dezember 2025 in seiner Heimat Fidschi beigesetzt.

Die Überreste des Häuptlings – sein Schädel, der lange Zeit im *Smithsonian Institute* in Washington DC (USA) mit der Registrierungsnummer „Specimen 292“ aufbewahrt worden war – wurden zum Flughafen Nausori geflogen und in einer Zeremonie zum Dorf Lomanikoro in Rewa, etwa 10 Meilen von der fidschianischen Hauptstadt Suva entfernt, gebracht, bevor sie auf dem Häuptlingsfriedhof von Narusa beigesetzt wurden.

Die Überführung der sterblichen Überreste wurde von traditionellen Ritualen und einem kurzen Gottesdienst begleitet.

„Heute hat sich für Ro Veidovi der Kreis geschlossen, da er endlich neben seiner Familie auf unserem Hauptfriedhof beigesetzt wurde“, erklärte Ro Teimumu Kepa, der derzeitige *Roko Tui Dreketi* und einer der *high chiefs* Fidschis.

An der feierlichen Zeremonie nahmen auch der Botschafter Fidschis in den Vereinigten Staaten, Ratu Ilisoni Vuidreketi, sowie John Degory, stellvertretender Missionschef der amerikanischen Botschaft in Fidschi, teil.

Hintergrund: Ro Veidovi Logavatu, ein Häuptling aus Rewa, wurde von amerikanischen

Marinesoldaten 1840 aus Fidschi verschleppt und starb zwei Jahre später im Juni 1842 im New York Naval Hospital. Veidowi war an Bord des US-Kriegsschiffs *USS Peacock* festgenommen und auf See wegen des Todes amerikanischer Bech-de-mer-Händler auf Kadavu Island vor Gericht gestellt worden und anschließend in die USA verschleppt worden.

Info: Die Insel Vendovi in den San Juan Islands vor der Küste des US-amerikanischen Bundesstaates Washington wurde vom amerikanischen Marineoffizier Charles Wilkes nach Ro Veidovi benannt, dem fidschianischen Häuptling, den er in den 1840er Jahren gefangen genommen hatte. (*Fiji Sun* 10.12.25, *Pacific Media News* 15.12.25)

Fidschianerin gewinnt Schönheitswettbewerb

Fidschi: Ailava Samuel aus Fidschi hat die *Miss Pacific Island Pageant 2026* gewonnen. Samuel triumphierte bei dem regionalen Schönheitswettbewerb auf heimischem Boden, als sie sich gegen sechs andere Damen aus dem Pazifik durchsetzte. Die 19-Jährige gewann auch den Preis für das beste Interview.

Miss Papua-Neuguinea, Iampela Popena, wurde zur ersten Vize-Miss gekrönt. Sie wurde auch als „Best Traditional Wear“ und „Miss Internet“ ausgezeichnet.

Miss Samoa, Iliganoa Feagaimali'i Soti, wurde zur Zweitplatzierten gekürt, Siosi'ana Patricia Taumoepeau aus Tonga gewann den dritten Platz sowie die Titel „Best Sarong“ und „Miss Tourism“. Die Vertreterin Kiribatis, Atiterentaai Rinimarawa, gewann

den Titel „Miss Personality“. (*FBC News* 15.02.26)

Israelische Botschaft in Fidschi

Fidschi: Die Eröffnung der Botschaft der Republik Fidschi in Jerusalem am 17. September 2025 war ein Meilenstein in den diplomatischen Beziehungen zwischen Fidschi und dem Staat Israel, die erstmals 1970 aufgenommen wurden. Im Gegenzug hatte sich der Staat Israel verpflichtet, eine Botschaft in Fidschi zu eröffnen, um die bilateralen und multilateralen Beziehungen weiter zu stärken und seine Präsenz im pazifischen Raum auszubauen.

Die Regierung in Israel erklärte jetzt, dass eine israelische Botschaft in Suva es den Fidschianern ermöglichen würde, ihre kulturellen und religiösen Verbindungen zum Heiligen Land zu vertiefen.

Die technischen und vorbereiteten Arbeiten werden in den kommenden Monaten in enger Abstimmung mit dem Staat Israel durchgeführt, wobei die Einrichtung der Botschaft noch für 2026 vorgesehen ist.

(<https://www.fbcnews.com.fj/news/israel-aims-to-open-embassy-in-fiji/> 23.01.26)

CARE Vanuatu gewinnt *World Habitat Award* für klimaresistente Wohnungsbauinitiative

Vanuatu: Die Nichtregierungsorganisation *CARE Vanuatu* hat für ihre Initiative „Sicheres Wohnen in Vanuatu durch Gender-Agency und lokale Führung“ am 20. Januar den Preis *Bronze World Habitat Award* erhalten.

Das Projekt befasste sich mit der extremen Anfälligkeit Vanuatus

für Wirbelstürme, Erdbeben und Klimakatastrophen. Vanuatu wurde zuvor vom *WorldRiskIndex* der Universität der Vereinten Nationen als eines der weltweit am stärksten von Naturkatastrophen bedrohten Länder eingestuft.

Das Projekt auf Vanuatu wurde nach den tropischen Wirbelstürmen Judy und Kevin (2023) ins Leben gerufen. In der abgelegenen Provinz Tafea wurden im Rahmen der Initiative Ansprechpartner*innen für den Schutz von Unterkünften geschult, die Haushalte in ihren Gemeinden berieten, erschwingliche Haushalts- und Gemeinde-Kits (z. B. Hurrikan-Gurte, Nägel, Hämmer) zur Verfügung stellten und dabei lokale Materialien und traditionelles Wissen nutzten.

Außerdem wurde ein kostengünstiger, von der Gemeinde geleiteter Selbsthilfe-Workshop unter dem Motto „*Build Back Safer*“ gefördert. Das Projekt legte einen besonderen Schwerpunkt auf die Führungsrolle von Frauen, indem es diese durch technische Schulungen befähigte, den Wiederaufbau von Unterkünften voranzutreiben und neue Unterkünfte sicherer zu machen. Außerdem wurden die Entwicklung von Handbüchern, Werkzeugen und Paketen für den Bau von zyklonsicheren Gebäuden gefördert. Kostengünstige Bausätze für einkommensschwache, abgelegene Gebiete wurden im Rahmen des Projektes ebenfalls bereitgestellt.

Info: In Krisengebieten versorgt CARE jährlich Millionen Menschen mit Nahrung, Notunterkünften und sauberem Trinkwasser. CARE arbeitet in über 100 Ländern weltweit für die Linderung von Not nach Katastrophen und fördert dabei gezielt Frauen

und Mädchen. CARE ist bereits seit 2008 in Vanuatu tätig und arbeitet mit lokalen Gemeinden zusammen, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen und Klimaschocks zu stärken und die Beteiligung von Frauen und Mädchen an der Führung in Gemeinden und auf nationaler Ebene zu erhöhen.

(<https://vbtc.vu/care-vanuatu-wins-world-habitat-award-for-climate-resilient-housing-initiative/> 21.01.26)

Modernisierte Lodge soll Gäste anlocken

Salomonen: Am 16. Januar hat Premierminister Jeremiah Manele die modernisierte *Parangiju Mountain Lodge* nahe der Hauptstadt Honiara in Zentral-Guadalcanal feierlich eröffnet. Manele war Ehrengast der Zeremonie, bei der die Fertigstellung neuer Bungalows, zusätzlicher Zimmer und erweiterter Dienstleistungen in der Lodge gefeiert wurde.

Die Modernisierung wurde durch einen Zuschuss finanziert, der im Rahmen des Budget-Unterstützungsprogramms 2025 der Regierung der Salomonen bewilligt und vom Ministerium für Kultur und Tourismus verwaltet wurde. Die Investitionen in die beliebte Lodge spiegeln den strategischen Fokus der Regierung auf den Tourismus wider, erklärte der Premier. Ziel sei die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung des Privatsektors und ein integratives Wachstum des Tourismussektors auf der Insel Guadalcanal. Dies könne vor allem durch hochwertige Unterkünfte erreicht werden, so der Premier in seiner Antrittsrede, bei der er die Betreiberfamilie für die Modernisierung der Lodge mit ihren vielen Annehmlichkeiten lobte. Die

Eigentümer hätten es verstanden, die Lodge in die natürliche Umgebung einzupassen, ohne mit Luxus zu protzen. Bisher hätte es einfach nicht genug Zimmer auf den Salomonen gegeben, um den Tourismus als lukrative Einnahmequelle zu nutzen, bedauerte der Premier. Das werde sich jetzt ändern, denn die Regierung werde zukünftig noch mehr Modernisierungsprojekte im Hotel- und Gaststättenbereich unterstützen.

Ziel sei es, im Jahr 2035 jährlich 100.000 Tourist*innen ins Land zu locken, formulierte der Premier die Pläne der Regierung. Man werde sich längerfristig als Reiseziel für Natur- und Kulturtouristen positionieren, sagte er weiter. (*Pacific Business Review* 19.01.26, <https://www.parangijulodge.com/en/>)

IN MEMORIAM

† Lino Olopai, Kulturvermittler

Garapan (Saipan): Am 29. Januar 2026 verstarb Lino Urushemeyoung Mettao Olopai 86-jährig, ein regional angesehener und international bekannter Aktivist und Förderer der Rückbesinnung auf die traditionelle Kultur der Karolinen-Inseln und des Kulturerhalts angesichts starker vor allem US-amerikanischer kultureller Einflüsse von außen in Mikronesien.

Als Geschichtenerzähler, Historiker, Segler, Navigator und Kulturvermittler agierte Lino Olopai mehrere Jahrzehnte engagiert, um das kulturelle Erbe insbesondere der Bewohner der zentral-mikronesischen Karolinen-Inseln bewusstseinsbildend nach innen in die eigene Community hinein

als erhaltenswert zu vermitteln.

Geboren am 14. Januar 1940 auf der zur Marianen-Gruppe gehörenden Insel Saipan, hatte er Vorfahren von Pulusuk, Chuuk-Inseln. Als auf Saipan lebend, aber von karolinischer Abstammung, galt er als Saipan Carolinian, der sich auch für ein gedeihliches Miteinander der indigenen Chamorros Saipans und der später eingewanderten Karoliner einsetzte, die oft miteinander als sogenannte „Chamolinians“ verschmolzen sind.

Zu seinen Leistungen zählen seine Beiträge zur Wiederbelebung des traditionellen Bootsbaus und des Segelns mittels traditioneller Navigationskenntnisse. Dabei wurde er von seinem Cousin, dem berühmten Navigator Maui Piaulug von Satawal, stark beeinflusst. Auf Satawal lernte Lino Olopai in den 1970er Jahren drei Jahre lang unter anderem traditionelle Formen der terrestrischen und astronomischen Navigation, den Bau eines karolinischen Kanus, sowie vieles über die traditionelle karolinische Familienstruktur, die Sprache und die überlieferten religiösen Überzeugungen. Als Aktivist opponierte er mehrmals gegen Entscheidungen, die dem Erhalt des kulturellen Erbes der Karoliner auf Saipan entgegenstanden.

Sowohl zu der Zeit, als die Marianen-Inseln Teil des US-geführten *Trust Territory of the Pacific Islands* (TTPI) waren als auch im *Commonwealth of the Northern Mariana Islands* (CNMI), bekleidete Lino Olopai administrative Ämter, u.a. als Vorsitzender der *CNMI Chamorro/Carolinian Language Policy Commission*. Mit Unterstützung der Kulturanthropologin Juliana Flinn konnte er sein Wissen und seine erlernten

Erkenntnisse über die traditionelle Kultur der Karoliner in einem Buch mit dem Titel „Rope of Tradition“ im Jahr 2005 veröffentlichten. Das Buch erzählt sowohl Linos eigene Biographie als auch Geschichten, die durch die traditionelle mündliche Überlieferung auf den Karolinen-Inseln über Generationen hinweg weitergegeben wurden. (Prof. Hermann Mückler, Pazifik-Netzwerk-Mitglied, Uni Wien)

† Sia Figiel, Schriftstellerin

Apia (Samoa): Am 26. Januar 2026 verstarb Papali'i Sia Figiel, eine der angesehensten Schriftstellerinnen Samoas.

Die 1967 geborene Schriftstellerin und Lyrikerin war auch als Performance-Künstlerin und Malerin tätig, die Tanz und Gesang in ihre künstlerischen Präsentationen einfließen ließ. Als Tochter einer samoanischen Mutter und eines polnisch-amerikanischen Vaters war sie bereits in ihrer Kindheit durch eine Mehrzahl von kulturellen Einflüssen geprägt, die durch ihre Familie, ihre schulische Ausbildung und ihr unmittelbares samoanisches Umfeld entstanden. Aus den Dörfern ihrer Kindheit Mata'utu Tai, Tanugamanono und Vaivase erhielt sie etliche ihrer Inspirationen, die sie in ihren Prosawerken sowie in ihrer Lyrik verarbeitete.

Nach ihrem Highschool-Abschluss erwarb sie einen Bachelor-Abschluss in Geschichtswissenschaften am Whitworth-College im US-amerikanischen Spokane (Washington). Drei Jahre in Berlin von 1991 bis 1994 inspirierten sie zu einer schriftstellerischen Karriere, die mit der 1996 erfolgten Veröffentlichung ihres Debütromans „Where We Once Belonged“ (deutsch: „Alofa“) ihren Anfang

nahm. Das Buch wurde rasch zum Bestseller und international gewürdigt. Der Roman erzählt die Geschichte der 13-jährigen Alofa Filiga in einem samoanischen Dorf der 1970er Jahre.

Zu den weiteren hervorhebenswerten Werken Sia Figiels zählt die Gedicht- und Prosa-Sammlung „The Girl in the Moon Circle“ (1996) sowie die Romane „They Who Do Not Grieve“ (1999) und „Freelove“ (2016).

Sia Figiel thematisierte in ihren Werken – verfasst auf Samoanisch und Englisch – Themen, die bis dahin in der samoanischen Gesellschaft ausgeblendet wurden. Ob es sich um die Sexualität von Frauen handelte, oder deren traditionelle, sich verändernde und moderne Rolle in der Gesellschaft – Figiel griff Tabuthemen wie z.B. Inzest auf, und ließ die Hauptfiguren ihrer Geschichten die Herausforderungen gesellschaftlicher Normen und Werte auf Samoa auf ihre Sinnhaftigkeit und Relevanz für die Gegenwart hinterfragen. Themen wie Kolonialismus, Traditionalismus, Arbeitsmigration, Konsumverhalten, die Rolle der Medien sowie politische Souveränität wurden von ihr aus einer spezifisch weiblichen Perspektive behandelt. 1994 gewann sie die *Polynesian Literary Competition*, 1996 erhielt sie den *Commonwealth Writers' Prize*. Ihre Werke wurden in viele Sprachen übersetzt.

Sia Figiel litt mehr als zwei Jahrzehnte lang unter Type 2 Diabetes und wurde zu einer Warnerin vor den Folgen dieser schweren Krankheit. Sie selbst litt sowohl unter starken physischen als auch psychischen Problemen in Zusammenhang mit der Krankheit. Im Mai 2024 erschlug sie während eines „blackouts“ ihre langjährige

Freundin und Schriftstellerkollegin Caroline Sinavaiana-Gabbard, was im August 2025 zu einem Prozess führte. Sia Figiel verstarb noch vor der Urteilsverkündung in ihrer Zelle in Apia's Tanumalala-Gefängnis. (Prof. Hermann Mückler, Pazifik-Netzwerk-Mitglied, Uni Wien)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

Kirchen als starke Stimme für Menschenrechte und Umweltschutz

Westpapua (Indonesien): In einem Statement vom 20. Februar 2026 hat der nationale Kirchenrat von Westpapua (*Papuan Council of Churches*) gemeinsam mit 44 zivilgesellschaftlichen Organisationen die indonesische Regierung aufgefordert, ihren militärischen Ansatz in Westpapua zu beenden und umstrittene Agrar- und Palmölprojekte zu stoppen.

Im Zentrum der Erklärung steht die klare Positionierung der Kirchen als moralische und gesellschaftliche Stimme in dem Konflikt. Sie fordert den sofortigen Abzug aller Militärangehörigen aus Westpapua. Auch Soldaten, die zivile Aufgaben wie Unterricht oder Medienarbeit übernehmen, sollten demnach abgezogen werden. Zugleich appellierte die Erklärung an beide Konfliktparteien – das indonesische Militär und die Unabhängigkeitsbewegung *West Papua National Liberation Army*, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Die Regierung solle Journalist*innen sowie internationalen Beobachtern, einschließlich des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, Zugang zur

Region gewähren.

Ein weiterer Schwerpunkt des Statements ist die Kritik an sogenannten nationalen strategischen Projekten, insbesondere an der geplanten Rodung von zwei Millionen Hektar Land in der Provinz Süd-Papua bei Merauke für landwirtschaftliche Großprojekte wie Palmölplantagen. Diese Vorhaben würden den Lebensraum indigener Gemeinschaften zerstören. Die Kirchen fordern stattdessen einen unverzüglichen Dialog zwischen der Regierung und der indigenen Bevölkerung.

Bischof Bernardus Bofitwos Baru (Timika) von der Katholischen Kirche warnt vor großflächigen Rodungen und den sozialen sowie ökologischen Folgen. Er betont, der Wald sei Lebensgrundlage und spiritueller Raum der Papua. Entwicklung dürfe nicht auf Profitmaximierung basieren. Die katholische Kirche fordert die Beteiligung der Bevölkerung und nachhaltige, gerechte Entwicklungsstrategien. Die starke Militärpräsenz (ca. 12.000 Soldaten) beeinträchtigt laut katholischer Kirche Alltag, Landwirtschaft und kirchliches Leben.

Die *Indonesian Communion of Churches* (PGI) unter Jacklevyn Frits Manuputty verurteilt in der gemeinsamen Erklärung den Militarismus und Großprojekte als Instrumente der Unterdrückung und des Landraubs. Sie fordert die Achtung von Demokratie, Menschenrechten und Umwelt.

Beide Kirchen verstehen ihr politisches Engagement und ihre Kritik an der indonesischen Regierung ausdrücklich als geistlichen Auftrag und gesellschaftliche Verantwortung. Sie verbinden

Menschenrechtsarbeit mit theologischer Reflexion über Gerechtigkeit, Frieden und die Integrität der Schöpfung.

(www.westpapuanetz.de 23.02.26, <https://www.ucanews.com/news/bishop-slams-excessive-military-presence-in-indonesias-papua/111638>, <https://pgi.or.id/news/>)

Verbot nicht-christlicher Religionen?

Samoa: Der samoanische Premierminister La'aulialemalietoa Leuatea Polataivao Fosi Schmidt hat ein Verbot nicht-christlicher Religionen vorgeschlagen. Er gab diese Position bezüglich „heidnischer Glaubensrichtungen“ an Heiligabend 2025 bekannt.

Der Premierminister begründete das mögliche Verbot mit der Gefahr religiösen Extremismus und den jüngsten Gewalttaten in Australien und Neuseeland.

Rechtsexperten bezweifeln die Verfassungsmäßigkeit eines solchen Verbots. Artikel 11 der samoanischen Verfassung garantiert Religionsfreiheit. Der Premierminister hat jetzt den *Nationalen Rat der Kirchen* gebeten, die Regierung in dieser Angelegenheit zu beraten.

Oppositionsgruppen und Menschenrechtsaktivisten argumentieren, dass der Vorschlag des Premiers gegen internationale Übereinkommen und nationales Recht verstößt. Der Imam der kleinen muslimischen Gemeinde Samoas bezeichnete den Vorstoß des Premiers als „diskriminierend und unnötig“. Dem stimmte der ehemalige langjährige Premierminister und heutige Oppositionsführer Tuilaepa Sailele Malielegaoi zu.

Bislang wurde noch kein Gesetz verabschiedet.

Hintergrund: Mit einer Verfassungsänderung im Jahr 2017 wurde eine spezifisch christliche Erklärung in den Hauptteil der Verfassung aufgenommen, dadurch wurde Artikel 1 wie folgt geändert: „*Samoa ist eine christliche Nation, die auf Gott dem Vater, dem Sohn und dem Heiligen Geist gegründet ist*“. Durch diese Verfassungsänderung wurde das Christentum zur offiziellen Staatsreligion proklamiert.

(*Samoa Observer* 03.01.26, <https://religiouslibertytv.substack.com/p/samoa-prime-minister-proposes-ban>, <https://samoaglobalnews.com/samoa-founded-on-christianity7/>)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Redaktionelle Mitarbeit:

Clara Groth, Oliver Hasenkamp

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank
IBAN: DE1252060410000101111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC, Cook Islands News, Fiji Times, The National, Australien- und Neuseeland-Info, Pacific Business News, Pacific Islands Report, Pacific Daily News, Post-Courier, Pacific Beat, Radio Australia, Radio New Zealand International, Solomon Islands Broadcasting Association, Tahiti Info, Wantok, Westpapua-Netzwerk, Rettet den Regenwald, TAPOL

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE
und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de